

Preußische Allgemeine



Nr. 31 · 4. August 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Mangelnde Aufarbeitung

Nach dem Ende der Corona-Pandemie ist es Zeit für eine kritische Betrachtung der vergangenen drei Jahre. Doch weder Staat noch Medizin noch Wissenschaft zeigen dazu Anstrengungen. Auch die Kirchen schweigen – wieder einmal Seite 3



Karl Hagemeister Meister des Havelländischen Impressionismus Seite 10



Mexiko Die Wut der Ureinwohner auf den Ökoko-Kolonialismus Seite 12

VON HOLGER FUSS

POLITIK

Die CDU und die Utopie einer bürgerlichen Normalität

In ihrem Erschrecken über die Stärke der AfD verdrängt die Union, dass die Konkurrenz ihr Hoch vor allem der Schwäche der Christdemokraten verdankt

Seit vor zwei Monaten erste Meldungen umgingen, wonach die AfD in Umfragen mit 18 Prozent gleichauf steht mit der Kanzlerpartei SPD, gebärdet sich der Politikbetrieb noch hysterischer als üblich. In der Zwischenzeit haben die Schmuddelkinder des Politikbetriebs die Sozialdemokraten bundesweit hinter sich gelassen und liegen laut aktueller INSA-Umfrage mit 22 Prozent als zweitstärkste politische Kraft nur noch vier Punkte hinter der Union.

Kein Wunder also, dass die AfD auf ihrem Bundesparteitag vor Stolz strotzte und für die Bundestagswahl 2025 einen eigenen Kanzlerkandidaten ins Rennen schicken will. An der Alternative für Deutschland, so das Signal, soll künftig niemand mehr vorbei können. Am allerwenigsten die Christdemokraten. Genau dies hat AfD-Co-Chefin Alice Weidel am Rande des Parteitags im ZDF-„heute journal“ verkündet: „Unser Programm hat natürlich große Schnittmengen mit einer CDU vor drei Jahrzehnten. Und ich glaube, da lässt sich ein gutes Paket daraus schnüren.“

Rein rechnerisch würden Union und AfD gemeinsam auf die 50 Prozent zumarschieren, käme noch die FDP dazu, wäre eine absolute Mehrheit gewiss – und die rot-grün dominierte Ampelregierung Geschichte. Doch derlei schwüle Sommerträume einer bürgerlichen Mehrheit, die sich in der Bevölkerung deutlicher abbildet als im gegenwärtigen Parteienspektrum, werden sich schwerlich realisieren lassen.

Wobei die Freien Demokraten noch am wenigsten zimperlich sein dürften: So geschmeidig sich die Liberalen in die Mitte-Links-Koordinaten von SPD und Grüne eingepasst haben, so elastisch dürften sie sich auch bei einer Gestaltung rechts der Mitte erweisen, sofern nur eine Regierungsbeteiligung winkt. Christian Lindners Diktum von 2017, „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“, dürfte in der Ampel widerlegt worden sein.

Die AfD gibt derzeit ein rechtsschillerndes Spiegelbild der Grünen nach ihrer Gründung 1980 ab. Ein Sammelbecken politischer Rabauken, die gemäßigte Realos in der Partei übertönen. Hatten die Grünen zu Beginn lange Zeit damit zu ringen, ihr Verhältnis zu Gewalt und staatlichen Institutionen zu disziplinieren, so treten sie vierzig Jahre später umso eifriger als staatstragende Grundgesetzpartei schlechthin auf, die jedermann darüber belehrt, wie Demokratie geht.

Ähnliche Häutungen dürften auch bei den heute rechts oszillierenden Fundamentaloppositionellen zu erwarten sein. So wie einst den Grünen gebetsmühlenartig nachgesagt wurde, sie würden sich nicht verlässlich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen, so arbeitet sich heute der Verfassungsschutz an den „Umfrage-Meistern vom ganz rechten Rand“ („Bild“) ab. Behörden-Chef Thomas Haldenwang attestierte den AfD-Bewerbern für die Europawahl 2024 „rechtsextremistische Verschwörungstheorien“, konnte als Beispiele aber nur einwanderungskritische Aussagen anführen wie einen „menschengemachten Bevölkerungswandel“ oder eine „zwangsweise Zuweisung von Migranten“. Warum solche zugespitzten, offenkundigen Tatsachenfeststellungen verfassungsfeindlich seien, ließ er offen.

Dass Haldenwang mit solchen Verlautbarungen die Zustimmung für die AfD

in der Bevölkerung nur weiter emporreibt, scheint dem Juristen mit Unions-Parteibuch nicht aufzugehen. Auch sein Parteivorsitzender Friedrich Merz gibt sich erstaunlich gefeit davor, das Offensichtliche wahrzunehmen und danach zu handeln. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung ist es überdrüssig, dass das Land erst unter Kanzlerin Merkel, jetzt unter der Ampel zum Migranten-Hotspot umgebaut wird, während zugleich ein gesellschaftliches Sprechverbot über die Begleiterscheinungen dieser kulturellen Umstrukturierungen verhängt wird.

Kein Gegenpol zur linken Wokeness

Dazu die woke-ideologischen Angriffe auf unsere vertraute Lebenswelt, wechselnde Opfergruppen wetteifern tagtäglich um die moralischen Wasserstandsmeldungen. Jede Wirklichkeitsbeschreibung, wie etwa Merz' Bemerkung über „kleine Paschas“ ruft verlässliche Empörungen der üblichen Verdächtigen auf den Plan. Wäre die Union nicht noch immer in der Zange von Merkel-Aposteln, wäre es für sie ein Leichtes, sich wieder auf ihre Kernaufgabe einer ernstzunehmenden liberal-konservativen Kraft in Deutschland zu besinnen.

Heteronormative Lebenswelten, christliche Grundhaltungen, biederer Familiensinn, bildungsbürgerlicher Traditionalismus und Heimatverbundenheit hätten wieder eine parteipolitische Adresse und müssten nicht bei Wirrköpfen am

rechten Rand Unterschlupf suchen. Wokeness links der Mitte konnte in den letzten Jahren deshalb so bizarr eskalieren, weil ihr kein Gegenpol Paroli bot. Dies wäre eine genuine Aufgabe der Union gewesen.

Insofern ist auch Merz' Begriff einer Brandmauer irreführend. Unter Merkel wurde eine Brandmauer der Politischen Korrektheit mitten durch die Partei gezogen. Jenseits der Korrektheit flohen die konservativen Fundis zur AfD oder sie verharrten innerhalb der Union in innerer Emigration. Der Rest diesseits der Korrektheit lässt CDU wie CSU heute kaum noch von der SPD unterscheidbar sein – und beide Volksparteien lassen sich von den Grünen die politische Agenda diktieren.

Wer sich indes der Politischen Korrektheit beherzt entgegenstellt, muss den Anspruch aufgeben, zu jeder Zeit als moralischer Primus dazustehen. Eine wertegeleitete Politik ist zum Scheitern verurteilt, weil sich Grundwerte nicht flexibel jeweiligen Erfordernissen anpassen. Ein kluger Staatsmann betreibt Interessenspolitik und macht sich auch die Hände schmutzig.

„Das Gute ist nämlich der Traum des Bösen“, schreibt der Philosoph Norbert Bolz. Ohne das Böse verwahrlost das Gute. Dies erleben wir gegenwärtig. Eine Renaissance des politischen Konservatismus im Gefäß der Christdemokratie wäre auch die Rückkehr zu einer lebberen Normalität. Im Moment fühlt sich Normalität in Deutschland an wie eine Utopie.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Eine US-Firma bescheinigt acht deutschen Reaktoren die Betriebsfähigkeit Seite 7

Kultur

Das Generalhotel auf dem Schönefelder Flughafen soll abgerissen werden Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Eine Hofer Volkstanzgruppe im Dienste der Völkerverständigung Seite 18

Lebensstil

Zum 100. Mal empfängt die Arena di Verona Opernfreunde aus aller Welt Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Sparkassen Sie genießen einen nahezu altruistischen Ruf. Doch ist der gerechtfertigt angesichts von Filialschließungen und „S-Prämien sparen flexibel“? Und was ist von modernen Direktbanken zu halten?

Sparkassen verspielen ihr Vertrauen

Ihre Existenz dient der Daseinsvorsorge – doch wie lange noch?

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Die deutschen Sparkassen leben seit jeher von ihrem Nimbus, Sparern zu soliden Gewinnen und Verbrauchern zu akzeptablen Krediten zu verhelfen. Jetzt deutet einiges darauf hin, dass die in der Regel öffentlich-rechtlichen Institutionen das ihnen entgegengebrachte Vertrauen verspielen.

Als 1801 die Stadt Göttingen die erste kommunale Sparkasse einrichtet, beginnt damit, was nach dem Ende der napoleonischen Kriege zum Regelfall wird: Die deutschen Städte und ab 1831 auch die Landkreise richten Sparkassen ein, um ihren Bürgern und Handwerkern zu einem kleinen Wohlstand und der örtlichen Wirtschaft zu Wachstum zu verhelfen. Die Sparkassen verschaffen sich schnell den Ruf, nicht selbst auf schnöden Gewinn aus zu sein, sondern als kommunale Einrichtung ganz im Dienste des Volkes zu stehen. Im 20. Jahrhundert, insbesondere im Nachkriegsdeutschland ab den 50er Jahren, verhelfen sie den Hauslebauern zum Haus, dem Handwerker zu neuen Maschinen, dem fleißigen Sparer zu guten Zinsen. Während das Land in den vergangenen fast zweihundert Jahren durch Kriege und Krisen schlittert, bleiben die Sparkassen stabil und zeigen noch im letzten deutschen Dorf mit verlässlichen Ansprechpartnern für die finanziellen Belange des deutschen Michels Präsenz.

Der deutsche Sparkassenverband besteht heute aus 560 Unternehmen, 16.500 Geschäftsstellen und etwa 300.000 Beschäftigten. Die Sparkassen werben selbstbewusst mit der dezentralen Aufstellung und der Präsenz in der Fläche. Doch das Wegbrechen von Filialen und persönlichen Ansprechpartnern besonders fernab dichtbesiedelter Städte fällt auf. Der gute Ruf der Sparkassen, der noch in den 1990er Jahren galt, bröseln längst vor sich hin. Denn heute ist das Bild von geschlossenen Filialen, von Sparkassenfusionen und einer immer unpersönlicher werdenden Servicekultur geprägt.

Hoher Kostendruck

Am ehesten fällt die Entwicklung im ländlichen Raum auf, wo im Dorf auf einmal die Geschäftsstelle geschlossen wird, der persönliche Ansprechpartner fehlt, ja

mancherorts sogar der Geldautomat zurückgebaut wird.

Der Hintergrund dieser Entwicklung ist vielschichtig. Der Kostendruck der Sparkassen hat nicht nur mit der Digitalisierung zu tun. Vor allem auch das Platzen der US-amerikanischen Immobilienblase und die die Weltfinanzwirtschaft erschütternde Insolvenz der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers im Jahr 2008 hatten schwerwiegende Folgen bis hin zur kleinsten Gemeindeparkasse. Gewaltige Kursverluste an den Aktienmärkten, schlechtere Kreditbedingungen und ein Rückgang des privaten Konsumverhaltens bis hin zur Rezession waren die Folge. Fast wie beim Dominoeffekt kam es 2009 zu Staatsschuldenkrisen in Südeuropa und zur Eurokrise 2010.

Zwar sind nur wenige Sparkassen von der Bankenkrise direkt betroffen gewesen, dennoch haben die europäischen Gesetze zur Bankenregulierung eine beachtliche Folgewirkung, an denen auch die kleinen Sparkassen nicht vorbeigekommen sind: Alle Finanzinstitute waren und sind gezwungen, große Reserven aufzubauen, um künftigen Krisen mit entsprechendem Puffer begegnen zu können. Diese Rücklagen-sicherung können die Finanzinstitute

– noch dazu in Zeiten der Zinskrise – allerdings nur aufbauen, indem sie woanders sparen. Der größte Kostenfaktor für Sparkassen ist das vorgehaltene Filialnetz mit entsprechenden Mitarbeiterzahlen.

Da aber auch die Berichtspflicht der Banken im Zuge der Bankenregulierung als Folge der Weltfinanzkrise gerade für kleine Finanzinstitute einen überproportionalen Personalaufwand mit sich bringen, kürzen die Sparkassen das Personal in den Filialen und verweisen die Kundschaft immer weiter auf das Onlinebanking. Bereits zahlreiche Sparkassen haben seit Einführung der verschärften Bankenregulierung Basel II und III den Weg in die Fusion gewählt, um als größeres Institut gerade bei der Berichtspflicht Personal konzentriert einsetzen zu können.

Mangelhafte Sparprodukte

Während junge Menschen damit aufwachsen, ihre Überweisungen im Internet zu tätigen, ist schon der Zugang zum Internet für Hochbetagte zum großen Teil eine unüberwindbare Hürde. Das Gefühl des Abhängigseins macht sich dann bei der älteren Generation und jenen breit, die dort leben, wo bereits der Netzzugang ein Problem darstellt.

Kommen zum wegbrechenden Filialnetz dann noch mangelhafte Sparprodukte auf den Markt – wie das zu Beginn der Jahrhundertwende massenhaft verkaufte und jetzt die höchsten deutschen Gerichte beschäftigende Produkt „S-Prämien sparen flexibel“ mit variablen Zinsen –, sind die Dispokredit-Zinsen deutlich überzogen, oder die Kontoführungsgebühren massiv angehoben, so geht Vertrauen verloren.

Der Schwund von Sparkassenfilialen hat längst auch die Politik auf den Plan gerufen. So hat vor Kurzem erst Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) den Ostdeutschen Sparkassenverband eindringlich vor Filialschließungen gewarnt, nachdem Verbraucherzentralen mit einem Rechtsgutachten die gesetzliche Verankerung von Mindestzahlen von Filialen und Bankautomaten in den Ländern eingefordert haben. Dabei gehe es nicht nur um ältere Menschen, die sich abgehängt fühlen könnten. „Auch sind Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft und den Tourismus so in den Blick zu nehmen, dass es zu keinem Verlust an Attraktivität in und für den ländlichen Raum kommt“, so Woidkes Warnschuss vor den Bug der Sparkassen.



Was von Sparkassen übrig bleibt: Morbider Charme einer ehemaligen Filiale

Foto: pa

DIREKTBANKEN

Günstig, aber nicht frei von Kritik

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist vor allem in der Finanzwirtschaft durchgreifend. Das mit der Digitalisierung einhergehende Internetgeschäft hat Banken erschaffen, die zumindest überall dort vertreten sind, wo Computernutzer sie suchen. Außer einer Hauptgeschäftsstelle mit starken Servern gibt es keine persönlichen Ansprechpartner und keinen Geldautomaten mehr. Das spart enorme Personalkosten ein. Der Druck solcher Direktbanken auf die Branche ist groß.

Auch die Sparkassen reagieren auf den Trend. Die Bayerische Landesbank hat sich beispielsweise mit der Deutschen Kreditbank Aktiengesellschaft (DKB) und die Frankfurter Sparkasse mit der 1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH eigene Onlinebanken geschaffen. Ob Girokonto, Kredite, Studentenangebote, Wertpapierdepot, Sparpläne oder der Handel mit Edelmetallen – alles ist hier über das Internet möglich. Das bringt im Bereich der Kontoführungsgebühren einige Vorteile. Manche Bank bietet das Online-Girokonto sogar kostenlos an.

Doch was einfach klingt, wird vor allem dann kompliziert, wenn ein direkter Ansprechpartner erforderlich ist, weil Probleme auftauchen. Die 1822direkt ist beim Online-Finanzratgeber finanzfluss.de aktuell von 54 Kunden bewertet worden: 13 Prozent der Bewertungen waren positiv, 30 Prozent neutral, aber die verbleibenden 57 Prozent haben sich negativ geäußert. Blickt man in die konkreten Bewertungen, geht es fast immer um Probleme mit Sicherheitsstandards beim Online-Banking und der Nichterreichbarkeit von Notfall-Hotlines.

Der durchschnittliche Finanzkunde strebt zwar Sparsamkeit bei Kontoführungsgebühren und das schnelle Überweisen von Rechnungen via Internet an und wechselt deshalb vielleicht auch zu den billigen Anbietern im Netz. Doch die Kritik an reinen Onlinebanken bestätigt, dass der persönliche Ansprechpartner in einer ortsnahen Filiale der Hausbank für den Durchschnittsdeutschen auch im digitalen Zeitalter wichtig bleibt. B.K.

VERBRAUCHERTIPP

Abgezockte Prämienparerer

Hoffnung für Bankkunden – Sparkassen müssen im großen Stil Zinsen nachzahlen

Zurzeit bieten mehrere Sparkassen Sparern Vergleichsangebote und Nachzahlungen von Zinsansprüchen an. Hintergrund dafür ist ein speziell in den 1990er und 2000er Jahren vertriebenes Produkt der Sparkassen, das in ähnlicher Form auch von Volksbanken verkauft wurde. Das Produkt „S-Prämien sparen flexibel“ ermöglichte den Sparern, wenn sie einen variablen Zinssatz akzeptierten und monatlich einen festen Sparbetrag einzahlten, neben Zinsen auch immer weiter steigende Prämienzahlungen zu erlangen.

Das Sparprodukt ist langfristig angelegt. Die meisten Verträge enthielten jedoch rechtlich problematische Vertragsbedingungen, Hinweise auf einen konkre-

ten Referenzzinssatz gab es gar nicht oder allenfalls in den Geschäftsstellen aushängend. In mehreren Entscheidungen hat der Bundesgerichtshof derart unpräzise Verträge und den Verweis auf Aushänge in Geschäftsstellen als unzureichend kritisiert und Vorgaben für den Referenzzins festgelegt, von dem die Schwankungen des flexiblen Zinses abhängen sollten.

Sparkassen versuchten, einige der Verträge, die sich als kritisch erwiesen, etwa weil sie auf 99 Jahre Laufzeit festgelegt waren, zu kündigen, weil das Fallen der Leitzinsen mit der Bankenkrise 2007/2008 auch die Gewinnmargen schwer beeinträchtigte. Lange Laufzeiten ohne Kündigung bei gleichzeitiger Verpflichtung

jährlich hohe Prämien für Spareinlagen zahlen zu müssen, machten derartige Verträge mit der Zeit zum veritablen Risiko.

Verbraucherzentralen errechneten je nach Vertrag gewaltige Zinsnachzahlungsansprüche, da den Sparern zu wenig Zinsen ausgezahlt worden seien, setzte man den vom BGH geforderten Referenzzins an, und reichten gegen eine Thüringer Sparkasse eine Musterklage für 800 Sparer ein. Da das Produkt millionenfach von deutschen Sparkassen an den Mann gebracht worden war, empfahl der Sparkassenverband DSGVO seinen Mitgliedsbanken schließlich zu mauern. Die Sparkassen wurden zwar von der Aufsichtsbehörde Bafin per Allgemeinverfü-

Erste Sparkassen haben ihren Kunden Vergleichsangebote unterbreitet. Betroffene sollten sich anwaltlich beraten lassen oder an Verbraucherzentralen wenden

gung aufgefordert, die Kunden über die rechtlichen Probleme zu informieren, doch fast alle Sparkassen widersprachen und lehnten die Information ihrer Kunden ab, um auf die dreijährige Verjährung der Ansprüche hinauszulaufen.

Erste Urteile mit gerichtlich festgelegten Zinssätzen liegen vor. Das Ergebnis bleibt zwar hinter den Erwartungen der Verbraucherschützer zurück, dennoch haben erste Sparkassen – auch wenn die maßgeblichen Urteile noch nicht rechtskräftig sind – jetzt reagiert und ihren Kunden Vergleichsangebote unterbreitet. Betroffene sollten sich anwaltlich beraten lassen oder an Verbraucherzentralen wenden. B.K.

„Gesundheit ist nicht Gott“

Über Angst als treibende Kraft der Corona-Politik und allgemeines Herrschaftsinstrument, Medizin als Religionsersatz sowie die Rolle der evangelischen Kirche in der Pandemie-Zeit – Teil 4 der PAZ-Sommerinterviews 2023

IM GESPRÄCH MIT THOMAS A. SEIDEL

Die Corona-Zeit mit ihren Lockdowns und der Maskenpflicht und Ausgangssperren ist vorbei. Zeit für eine Analyse dessen, was geklappt hat – und was nicht. Doch genau diese Aufarbeitung wird allenthalben vermieden. Umso wichtiger sind private Initiativen wie ein soeben erschiener Sammelband, der aus einem besonderen Blickwinkel eine „Rückschau auf die Corona-Krise“ wagt. Fragen an dessen Herausgeber.

Herr Seidel, 2015 gründeten Sie mit dem inzwischen verstorbenen Publizisten Ulrich Schacht die Buchreihe „GEORGIANA. Neue theologische Perspektiven“. Diese widmet sich Querschnittsthemen von Glauben, Kirche und Gesellschaft. In Ihrem jüngsten Band blicken Sie nun auf die Corona-Krise. Warum?

In der Reihe GEORGIANA versuchen wir als herausgebende St. Georgs-Bruderschaft und als Bonhoeffer-Haus e.V., aktuell relevante, zum Teil auch streitbare Debatten aus christlicher Perspektive aufzugreifen und konstruktiv zu diskutieren.

Das Thema Corona ist in dieser Hinsicht aus mehreren Gründen von hoher Relevanz. Christlicher Glaube und christliche Weltverantwortung haben mit den existenziellen Fragen des Menschseins zu tun. Gesundheit, Krankheit, Tod und Leben stehen im Zentrum des christlichen Glaubens. Mit der Corona-Pandemie hatten wir ein Problem auf der Tagesordnung, und haben es zum Teil noch immer, das genau diese Bereiche berührt. Und zwar auf der Ebene des Individuums und seines privaten Umfeldes ebenso wie auf der Ebene von Kirche, Kirchgemeinde, Bürgergemeinde, Politik, Medien, Recht und natürlich auch der Medizin. Das alles bietet Stoff für eine breit angelegte Rückschau auf die zurückliegenden Jahre aus christlicher Perspektive.

Der Titel Ihres Buches lautet „Angst, Politik, Zivilcourage“. Warum ist Angst ein so zentraler Begriff für die Corona-Krise?

Die Autoren des Bandes verbindet die Überzeugung, dass menschliche Angst eine natürliche Reaktion der *Conditio Humana* ist. Angst lehrt uns, vorsichtig zu sein. Allerdings – und auch das verbindet alle Beteiligten des Bandes – hat die Angst in der Corona-Zeit vielfach eine übergroße, bedrohliche Rolle gespielt. Damit meine ich nicht nur die verständliche Sorge vor einem neuartigen Virus, vor Krankheit oder gar dem Tod. Vielmehr teilen alle Autoren den Eindruck, dass von politischer Seite, von den Medien und zum Teil leider auch in den Kirchen, mit Angst Politik und Stimmung gemacht wurde. Dabei ist allgemein bekannt, dass Angst keine Stärkung des menschlichen Körpers und seines Immunsystems bewirkt, sondern den Menschen letztlich schwächt.

Da der Umgang mit menschlicher Angst eine zentrale Beobachtung in der Corona-Zeit war, haben wir die Angst zu einem zentralen Begriff unserer kritischen Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie gewählt.

Sie selbst werfen in Ihrem Vorwort die Frage nach den Profiteuren der Angst auf. Haben Sie darauf eine Antwort gefunden? Profiteure sind natürlich unter anderem jene Medien, die nach dem Motto „Only bad news are good news“ mit angstbesetzten Botschaften lieber die Reichweite und Auflage in die Höhe trieben als aufklärerisch und präzise danach zu fragen, was eigentlich war.

Schon zu Beginn der Corona-Pandemie hätte es die Möglichkeit gegeben, aus dem weltweit für Aufsehen sorgenden Fall des Kreuzfahrtschiffes „Diamond Princess“ und den dortigen Infektionsverläufen Folgerungen für die tatsächlichen Gefahrenpotenziale



Abstand statt Beistand: Sinnbild für die Haltung vieler Kirchenverantwortlicher in der Corona-Zeit

Foto: dpa

der Pandemie zu ziehen. Dort waren im Februar 2020, also ganz am Anfang der Corona-Zeit, knapp 3000 Gäste, zumeist im Alter von 60 plus, sowie etwa 1000 Mitglieder der Besatzung auf engstem Raum vereint. Trotzdem gab es nur rund 700 Infektionsfälle und – Gott sei Dank – nur sechs Tote, die allesamt zur vulnerablen Gruppe gehörten. Obwohl also schon früh erkennbar war, dass Corona kein generationsübergreifendes Massensterben bedeuten würde, ließen die Medien derartige Fälle links liegen und stürzten sich vor allem auf die Bilder mit den Särgen aus Bergamo, die, ohne präzise Recherche der lokalen Gegebenheiten und Folgen, international zu beinahe hysterischer Betriebsamkeit führten.

Anderer Profiteure der Angst waren Krankenhäuser, die zum Teil am staatlich gestützten Corona-Management verdienten, und erst recht manche Politiker, die als Propheten der Angst eine Aufmerksamkeit bekamen, die sie vorher nie hatten. Allen voran denke ich da an den heutigen Bundesminister für Gesundheit.

Welche Rolle spielt Angst allgemein in der Gesellschaft?

Angstgetriebene, pseudoapokalyptische Debatten sind nicht selten ein Machtinstrument. Das ist zunehmend auch im Kontext der Klima-Thematik zu beobachten. Natürlich sind Fragen des Umweltschutzes oder der Bewahrung der Schöpfung zentrale Aufgaben der Menschheit. Aber dort, wo mit Angst Politik gemacht wird, geht es häufig weniger um Sachfragen, sondern um Diskurs-Herrschaft, um das Durchdrücken eigener Positionen und das Nicht-Zulassen freier Sachdebatten.

Ich will den Aktivisten von „Fridays for Future“ oder der „Letzten Generation“ nicht absprechen, von ihren Anliegen überzeugt zu sein. Aber sie versuchen eben auch mit der Behauptung einer nahen Klima-Apokalypse geltendes Recht außer Kraft zu setzen. Das dürfen der Rechtsstaat und seine Organe nicht durchgehen lassen.

Die Initiatorin von „Fridays for Future“, Greta Thunberg, rief dazu auf: „Ich will, dass ihr in Panik geratet.“ Doch Panik ist das Letzte, was man braucht, um einer Gefahr und einem komplexen weltweiten Problem zu begegnen. Dagegen steht die Ermutigung der Bibel: „Fürchtet euch nicht!“

Das christliche Prinzip der Furchtlosigkeit ist für Sie ein bewährtes Mittel gegen die Politik der Angst. Allerdings gehörten auch die Kirchen zu jenen Institutionen, die sich in der Corona-Zeit nicht immer mit Ruhm bekleckert haben.

Das ist leider so. Allerdings muss man mit Blick auf die Kirchen auch differenzieren. Es gab in ganz vielen Kirchengemeinden ein unglaubliches Maß an Hilfe für Betroffene und Achtsamkeit sowie auch Versuche, den – wie wir Lutheraner sagen würden – den Anordnungen der „Obrigkeit“ die Gefolgschaft zu verweigern, wo man von der Sinnhaftigkeit der Corona-Maßnahmen nicht überzeugt war.

Allerdings wurde gerade auf der Ebene der öffentlichkeitswirksamen Ämter wie der Spitze der EKD oder der Landesbischöfe nicht vernehmbar genug der Politik der Angst die christliche Botschaft der Furchtlosigkeit gegenübergestellt. Es wäre ratsam gewesen, zu sagen: „Seid vorsichtig, liebe Leute, aber habt keine Angst, sondern vertraut darauf, dass Gott es gut mit uns meint und wir diese Krankheit überwinden können.“

In Ihrem Buch fragt der Arzt Erich Freisleben, ob Medizin zu einem neuen Religionsersatz geworden ist. Wie lautet die Antwort?

Doktor Freisleben, der eine große Hausarztpraxis in Berlin führt, vertritt die Ansicht, dass schon am Anfang des 20. Jahrhunderts die Medizin eine pseudoreligiöse Aufwertung erfuhr – und damit die ganzheitliche Sicht auf den Menschen Schaden nahm. Bereits in seiner Promotion hat er sich mit Eugenik und Euthanasie befasst und darauf verwiesen, dass dahinter ein absolutes mechanistisches Menschenbild stand, das Abweichungen von einer definierten Norm nicht mehr toleriert.

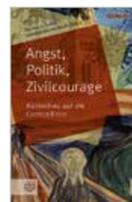
Natürlich sieht Freisleben dies durch Corona nicht für 1 zu 1 wiederkehren, aber er weist doch auf ein Denken, das die Gesundheit weit über andere Aspekte des menschlichen Daseins stellt. Damit bekommt ein unbestreitbar wichtiger Wert unseres Lebens quasi göttliche Dignität. Doch die Gesundheit ist nicht Gott. Sie ist ein hohes und schützenswertes Gut, aber sie steht nicht über allem.

Dem Begriff der Angst setzen Sie auch die Zivilcourage entgegen. Was hat Zivilcourage mit Corona zu tun?

Zivilcourage setzen wir in Korrespondenz zu Furchtlosigkeit, die nicht mit Leichtsinns verwechselt ist. Es gab im beruflichen wie privaten Bereich unzählige Fälle, bei denen Menschen ungeachtet der Gefahren für ihr eigenes Leben, unter kreativer Auslegung der staatlichen „Abstandsgebote“, für ihre Mitmenschen da waren. Das meint die Mitarbeiter in den Krankenhäusern und Altenheimen, einschließlich vieler Seelsorger und Berater. Dort, wo Heilung nicht möglich war, haben sie bis zuletzt Zuspruch gegeben.

„Wo das offene Gespräch und die kritische Aufarbeitung ausbleiben, wird sich das über kurz oder lang rächen“

Debatte



Thomas A. Seidel / Sebastian Kleinschmidt (Hrsg.)

Angst, Politik, Zivilcourage. Rückschau auf die Corona-Krise

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig 2023, Paperback, 340 Seiten
ISBN: 978-3-374-07463-1
38 Euro

● **Dr. Thomas A. Seidel** ist ev. Pfarrer und Leiter der Diakonenbildung im Bereich der Ev. Kirche in Mitteldeutschland. Er war u.a. Beauftragter der Thüringer Landesregierung zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017. Seit 2007 ist er Geschäftsführender Vorstand und seit 2019 Vorstandsvorsitzender der Internationalen Martin Luther Stiftung. Er ist Mitherausgeber der Buchreihe „GEORGIANA. Neue theologische Perspektiven“.

www.luther-stiftung.org

Deutlich geringer war die Zivilcourage dort, wo es um die Umsetzung politischer Entscheidungen ging. Hier wäre es in Kirche und Diakonie spätestens nach dem Sommer 2020 an der Zeit gewesen, auch im Gespräch mit den Partnerkirchen in anderen Ländern, beispielsweise in Schweden, Dänemark et cetera, eine sachgerechte Einschätzung der realen Gefahren der Krankheit vorzunehmen. Dazu hätte auch gehört, die zum Teil katastrophalen Folgen der Corona-Maßnahmen – etwa für die Kinder und Jugendlichen – in den Blick zu nehmen und die deutlichen Warnungen von Kinderärzten und entsprechenden Verbandsvertretern ernst zu nehmen und ihnen zur Geltung zu verhelfen.

Gewiss wäre das kritische Hinterfragen der Maßnahmen und auch die Zurückhaltung hinsichtlich konkreter medizinischer Maßnahmen, wie zum Beispiel der Impfung mit einem nur unzureichend getesteten Impfstoff, auch ein Gebot der Klugheit und eine Aufgabe der Spitzen der Evangelischen Kirche in Deutschland gewesen.

Ist das Wegducken von Kirchenvertretern vor einem Virus ein Indikator, dass zumindest Teilen der Kirche das Gottvertrauen abhandengekommen ist?

Ich kann und will das Gottvertrauen der Amtsträger der Kirche nicht bewerten. Mir ist jedoch aufgefallen, dass sich nicht wenige Verantwortungsträger in Kirche und Diakonie zu einseitig darauf konzentriert haben, die staatlichen Vorgaben einzuhalten oder sogar zu verschärfen. Damit ist das biblische Zeugnis der Ermutigung und die Einladung zu verantwortungsvoller Furchtlosigkeit in den Hintergrund geraten.

Als Annette Kurschus zur EKD-Ratsvorsitzenden gewählt wurde, bezeichnete sie in einem Interview die Corona-Impfung als einen Akt christlicher Nächstenliebe. Das ist nicht nur eine generalisierende, sondern auch eine ausgrenzende Aussage. Insbesondere für all jene, die sich aufgrund einer Befragung ihres Gewissens, oft auch in Rücksprache mit ihrem Hausarzt, gegen eine Impfung entschieden. Wenn die Ratsvorsitzende gesagt hätte, dass sie selbst von der Impfung überzeugt sei, es ansonsten aber der Freiheit der Bürger anheimgestellt ist, ob sie sich impfen lassen wollen, wäre das theologisch in Ordnung und auch ethisch angemessen gewesen.

Vor wenigen Wochen wurde gemeldet, dass 2022 wieder hunderttausende Christen ihre Kirche verlassen haben. Reflexartig wurde dies auf die bekannten Fälle sexuellen Missbrauchs durch kirchliche Amtsträger geschoben. Allerdings liegen diese Skandale schon wieder Jahre zurück. Könnte die Austrittswelle nicht auch mit dem bescheidenen Auftreten der Kirche in der Corona-Zeit zu tun haben?

Das Handeln der Kirchen, sich während der Corona-Krise vor allem als Lautsprecher staatlicher Maßnahmen zu betätigen, auch zu Kirchenaustritten geführt hat, ist durch zahlreiche Schreiben an die Kirchenämter belegt. Herauszufinden, in welcher deutschlandweiten Quantität das der Fall war, wäre eine leistbare Aufgabe einer Evaluation der EKD. Allerdings muss der Wille vorhanden sein, diese selbstkritische Frage zu stellen und auch beantworten zu wollen.

Fakt ist: Wo das offene Gespräch und die kritische Aufarbeitung ausbleiben, wird sich das über kurz oder lang rächen und sich niederschlagen in Mutlosigkeit und in mangelnder Loyalität, in breiten Teilen von Staat und Gesellschaft. Auch das Vertrauen in die Kirche als Institution und als Arbeitgeber wird Schaden nehmen, wenn nicht Zeichen und mutige Initiativen der kritischen Selbstbefragung gewagt werden.

Das Interview führte René Nehring.

● MELDUNGEN

Forderung nach
Arbeitspflicht

Stuttgart – In einer einstimmig verabschiedeten Resolution haben die Landräte von Baden-Württemberg die Forderung aufgestellt, dass „eine über die bisherigen Regelungen und Umsetzungsformate hinausgehende Verpflichtung Schutzsuchender zur Annahme von auch gemeinnütziger Arbeit etabliert und organisiert wird“. Hierzu sagte der Präsident des Landkreistags, Joachim Walter (CDU), es müsse „ohne ideologische Scheuklappen hinterfragt werden, ob das deutsche Sozialrecht bei den Geflüchteten immer die richtigen Anreize setzt“. Die Initiative fand die Zustimmung des Gemeindetages von Baden-Württemberg, wie dessen Präsident Steffen Jäger mitteilte: „Unser Sozialstaat hilft denen, die Hilfe brauchen. Der Staat muss jedoch erwarten dürfen, dass jeder Einzelne dann auch im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Gelingen der Gesellschaft beiträgt – beispielsweise ... über eine gemeinnützige Arbeit“. Zu tun gäbe es hier mehr als genug. W.K.

Kaum noch
günstige Autos

München – Verbraucher, die sich einen günstigen Kleinwagen zulegen wollen, haben auf dem deutschen Markt immer weniger Auswahl. Laut dem Allgemeinen Deutschen Automobil-Club (ADAC) werden derzeit nur noch vier Modelle angeboten, die weniger als 15.000 Euro kosten. Wie der ADAC mitteilt, ist der ab 11.300 Euro erhältliche Dacia Sandero der günstigste Kleinwagen auf dem deutschen Markt. Unter der Grenze von 15.000 Euro liegen auch der Fiat Panda, der Citroën C3 und der Mitsubishi Space Star. Allerdings haben sich alle vier Kleinwagenmodelle in den vergangenen Monaten deutlich verteuert. Der ADAC wies darauf hin, dass der Mitsubishi Space Star und der Fiat Panda Hybrid nur über eine „spärliche Ausstattung“ und schlechte Sicherheitssysteme verfügen. Deutsche Autobauer bieten aktuell überhaupt kein Kleinwagenmodell unter 15.000 Euro an. H.M.

Rückstau
beim MAD

Köln/Berlin – Der Militärische Abschirmdienst (MAD) ist bei seinen Sicherheitsüberprüfungen des militärischen und zivilen Personals der Bundeswehr erheblich im Rückstand. Das zeigt eine Antwort des Bundesverteidigungsministeriums an die Unionsfraktion. Zum Stichtag 31. Mai dieses Jahres gab es noch 69.687 offene Verfahren – bei 181.596 aktiven Soldaten und 80.890 Zivilbeschäftigten. Die Ursache hierfür sind überlange Ermittlungen, die bis zu 80 Wochen dauern. Der CDU-Verteidigungsexperte Ingo Gädechens kritisierte diesen Stau beim MAD und sprach in der „Bild am Sonntag“ von einem „Skandal“. „Gerade mit Blick auf Rechtsextremismus und russische Spionage ist das ein erhebliches Sicherheitsrisiko.“ Dass die Überprüfungen so schleppend verlaufen, resultiert aus der Verschärfung des Soldatengesetzes im Mai 2021. Seither muss der MAD bei etlichen Dienstposten auch die Äußerungen der Inhaber in den sozialen Netzwerken durchleuchten. W.K.



Magdeburg: Während ihres 14. Parteitags trat die AfD der europäischen ID-Partei bei

Foto: pa

PARTEITAG

Austrittsforderung passé

AfD will die EU reformieren, statt der Gemeinschaft den Rücken zu kehren

VON ROBERT MÜHLBAUER

Mit dem Höhenflug der AfD in den Umfragen haben auch die Nervosität der anderen Parteien und die Angriffe auf sie zugenommen. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder nannte sie jüngst „die fünfte Kolonne Moskaus“. Unterdessen tappte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz in ein Fettnäpfchen, als er seine eigene Partei als „die Alternative für Deutschland mit Substanz“ bezeichnet – was ihm scharfe Kritik der SPD und der Grünen eintrug.

Die AfD könnte ihre derzeitige Lage eigentlich in vollen Zügen genießen: In einigen Umfragen lag sie zuletzt bei 22 Prozent, nicht mehr weit hinter der Union (26 Prozent) und deutlich vor SPD (18) und Grünen (14). Mit diesem Rückenwind konnte sie ihren Parteitag in Magdeburg am letzten Juli- und ersten August-Wochenende mit Selbstvertrauen angehen. Dort steht vor allem die Wahl der Kandidatenliste für die EU-Parlamentswahl nächsten Juni an.

Am ersten Parteitagswochenende konnte sich der sächsische EU-Abgeord-

nete Maximilian Krahn als Spitzenkandidat klar durchsetzen – auch wenn der AfD-Außenpolitiker nicht bei allen in der Partei übermäßig beliebt ist. Manche werfen ihm nicht nur eine zu große Moskauer, sondern auch eine irritierende China-Nähe vor.

Für Streit sorgten bereits heikle Anträge zur EU und Aussagen zur NATO. Schließlich aber wurde die Forderung nach einem EU-Austritt Deutschlands nicht beschlossen. Damit folgte der Parteitag der Linie der Parteiführung. Um den Europawahl-Leitantrag des Bundesvorstands hatte es zuletzt Verwirrung gegeben. Zunächst war darin die Rede von einer „geordneten Auflösung der EU“, die man durch eine neu zu gründende Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, einen „Bund europäischer Nationen“, ersetzen wolle. Nach hektischen internen Beratungen verschwand aber die Formulierung der „Auflösung der EU“. Diese sei ein redaktionelles Versehen gewesen, hieß es.

ID-Partei: Führung setzt sich durch

Aus dem Umfeld von AfD-Bundessprecherin Alice Weidel, die in der Partei immer stärker wird, wurde gesagt, dass Weidel

sich für eine mildere Formulierung im EU-Antrag eingesetzt habe. Auch um die Partnerparteien im Europaparlament in der rechten Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) nicht abzuschrecken – darunter der französische Rassemblement National von Marine Le Pen, die italienische Lega von Matteo Salvini und der flämische Vlaams Belang. Weidel sagte vor Kurzem in einem Interview dem „Stern“, sie spreche statt von „Auflösung“ lieber von einem „Rückbau der EU“. Der AfD-Bundesvorstand konnte vergangenes Wochenende auch für den

„Es gilt zunächst,
unser eigenes Militär
wiederherzustellen“

Markus Buchheit

EU-Abgeordneter der AfD, zu Forderungen aus seiner Partei, Deutschland solle aus der Nato austreten

Antag zum Eintritt der AfD in die ID-Partei eine deutliche Mehrheit der Delegierten hinter sich bringen.

Tendenzen, in denen manche Beobachter eine Abkehr von der NATO sehen wollten, schlugen bereits im Vorfeld des Parteitags hohe Wellen. Schon ein recht breit getragener Antrag zur Neufassung des Europa-Leitantrags brachte die Springer-Zeitung „Die Welt“ in Wallung: Sie sah darin eine Forderung zur Loslösung von der NATO.

Tatsächlich heißt es in dem Text, den sieben Landesvorsitzende unterstützen, „Zeitenwende“ muss bedeuten, dass die Staaten Europas die Verantwortung für ihre Sicherheit endlich selbst in die Hand nehmen – statt unter den vermeintlichen Schutzschirm eines fernen und eigennützig Hegemons zu flüchten.“ Die EU habe sich „als unfähig erwiesen, gegenüber der US-geführten NATO ein unabhängiges europäisches System kollektiver Sicherheit zu etablieren“.

Da unter den Antragsstellern auch der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke ist, wurde der Antrag mit Argusaugen betrachtet. Aber auch der gemäßigte NRW-Landeschef Martin Vincenz hatte sich hinter den Antrag gestellt. „Als Mitzeichner verstehe ich den Antrag nicht als Positionierung für einen NATO-Austritt, sondern für eine Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik, die auch im Interesse der NATO ist“, sagte er.

Gauland: Bismarck wäre pro NATO

In den Ost-Landesverbänden gibt es aber auch Heißsporne und Radikale, die gerne eine NATO-Austrittsdebatte anstoßen wollen. Der bayerische EU-Abgeordnete Markus Buchheit sagte der PAZ, wenn es um die Souveränität Deutschlands gehe, dürfe es „keine Denkverbote“ geben. Er fügte aber hinzu, die Debatte sei verfrüht. „In Anbetracht einer über Jahrzehnte hinweg materiell wie moralisch heruntergewirtschafteten Wehrfähigkeit gilt es zunächst, unser eigenes Militär wiederherzustellen.“

Eine aktuelle INSA-Umfrage für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zeigte, dass die AfD mit allzu forschen Aussagen zur EU und zur NATO potentielle Wähler verlieren könnte. Zwar ergab die Umfrage, dass eine knappe absolute Mehrheit von AfD-Wählern tatsächlich für einen Austritt aus der EU und der NATO seien. Aber unter den potentiellen Wählern stößt beides auf deutliche Ablehnung. Im Klartext: Mit allzu radikalen Positionen verbaut sich die Partei die Möglichkeit, neue Wählerschichten anzusprechen.

Auch der AfD-Altvordere und Ehrenvorsitzende Alexander Gauland hat seine Partei davor gewarnt, die westliche Verteidigungsgemeinschaft abzuschreiben. Auf einem früheren Parteitag tätigte Gauland den historischen Ausspruch: „Bismarck hätte sich für die NATO ausgesprochen.“

HESSEN

Über 30 Prozent bekommen und die AfD stoppen

Was der Christdemokrat Boris Rhein anstreben muss, um nicht nur Ministerpräsident zu bleiben

Am 8. Oktober findet in Hessen die nächste Landtagswahl statt. Es wird der erste Prüfstein für den amtierenden Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) sein. Vor einem guten Jahr, Ende Mai vergangenen Jahres, übernahm er das Amt von seinem Parteifreund Volker Bouffier. In diesen Tagen präsentiert er sich als konservativer Hardliner. In allen Umfragen liegt die Union mit 28 Prozent weiter deutlich vor der SPD und den mitregierenden Grünen.

Der Wahlkampf hat bisher wenig Fahrt aufgenommen und das bereitet den christdemokratischen Strategen durchaus Sorgen. Eine geringe Beteiligung könne die AfD stark machen, heißt es in Wies-

baden. Derzeit liegt die Rechtspartei bei rund 13 Prozent. Ein ähnliches Ergebnis erzielte die Partei bereits vor fünf Jahren bei der letzten hessischen Landtagswahl. Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Robert Lambrou gibt sich bürgerlich-moderat, schafft es aber auch nicht, sonderlich aufzufallen.

Die Spitzenkandidatin der oppositionellen SPD ist die derzeitige Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die auf Bundesebene mit einer neuen Immigrantennetzwerke zu kämpfen hat. Rhein legt den Finger in die Wunde und profitiert von der Tatsache, dass Faeser bisher im hessischen Wahlkampf wenig präsent ist. „Der

Bund muss endlich dafür sorgen, dass weniger Menschen illegal nach Deutschland kommen“, sagte Rhein am vergangenen Wochenende. „Dazu brauchen wir flächendeckende Kontrollen an den deutschen Außengrenzen. Faeser müsse dies sofort umsetzen“, forderte er und riskiert damit noch kurz vor Toresschluss einen Krach mit dem bisherigen grünen Koalitionspartner.

Hinter Rheins Äußerungen steckt aber ein Kalkül. Der hessische Landesverband galt in der alten Bundesrepublik traditionell als der rechteste der CDU. Das Stimmenpotential in der Mitte ist zudem weitgehend ausgeschöpft. Mit Signalen nach

rechts will Rhein den Spagat schaffen, Wähler von der AfD zurückzuholen. Die erzielte die für westdeutsche Verhältnisse respektablen 13,1 Prozent vor fünf Jahren nach der großen Asylkrise.

Rhein, ein 51-jähriger Jurist, gilt als ambitioniert. Dass er nach der Wahl Ministerpräsident bleiben wird, gilt als sicher. Doch um bundespolitische Ambitionen anmelden zu können, braucht er ein Ergebnis jenseits der 30-Prozent-Marke und eine AfD, die ihr Ergebnis von 2018 nicht steigern kann. Dann könnte er sich als Mann präsentieren, der es vorgemacht hat, wie man die Rechten im Zaum hält.

Peter Entinger

LANDESPOLITIK

CDU schwenkt auf Grünen-Kurs

Berlins Unionschef Kai Wegner galt als Hoffnungsträger der Konservativen – Nun ganz andere Töne

VON HERMANN MÜLLER

Im Berliner Wahlkampf punktete Kai Wegner als CDU-Spitzenkandidat mit klassischen Unions-Themen wie Innere Sicherheit, Wirtschaft und Immigration. Inzwischen Regierender Bürgermeister, setzt Wegner nun allerdings politische Akzente, die auf die Stammwähler der CDU eher verstörend wirken dürften. Die linksgrüne „taz“ befand sogar, „mit Kai Wegner wird die Berliner CDU wieder zur liberalen Großstadtpartei“. Tatsächlich greift der 50-Jährige an der Spitze des schwarz-roten Senats immer wieder Themen auf, die gerade von den Grünen stammen könnten.

Auf dem Christopher Street Day forderte Wegner etwa unlängst eine Änderung des Grundgesetzes. „Meine feste Zusage für diesen Berliner Senat ist: Wir wollen den Artikel 3 des Grundgesetzes ändern. Da muss die sexuelle Identität mit rein. Das ist mein Versprechen“, so Wegner, als er am 22. Juli als erster Regierender Bürgermeister der CDU gemeinsam mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) den Berliner Christopher Street Day eröffnete. Wegner griff mit seinem Vorstoß eine Forderung auf, die seit langer Zeit innerhalb der sogenannten queeren Community kursiert.

„Sondervermögen“ fürs Klima

Ins Bild der „liberalen Großstadtpartei“ passt die Reaktion der CDU-geführten Senatsverkehrsverwaltung auf einen Vorstoß aus dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die dortige Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (Grüne) will als „klares, sichtbares Statement für eine vielfältige Gesellschaft“ erreichen, dass an Fußgängerampeln künftig neben Ampelmännchen auch gleichgeschlechtliche Ampelpärchen gezeigt werden. „Friedrichshain-Kreuzberg ist ein bunter Bezirk. Wir stehen für Offenheit, Toleranz und Vielfalt ein“, so die Grüne-Berlinerin an die Adresse der zuständigen Verkehrsministerin Manja Schreiner (CDU). Die Sprecherin der Verkehrsverwaltung sicherte inzwischen tatsächlich zu: „Wir werden das wohlwollend prüfen mit Blick auf das nächste Jahr.“

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause brachte der schwarz-rote Senat ein „Sondervermögen Klimaschutz, Resi-



Will ans Grundgesetz: Wegner (M.) auf dem Berliner CSD Ende Juli

Foto: imago/Emmanuele Contini

lienz und Transformation“ auf den Weg. Erklärtes Ziel des Senats ist es, mit diesem Projekt die Umsetzung sogenannter Klimaziele zu beschleunigen.

Ungeachtet des Begriffs „Sondervermögen“ handelt es sich um fünf Milliarden Euro an neuen Krediten. Unter Umgehung der Schuldenbremse nimmt das Land die Schulden außerhalb des regulären Haushalts auf. Zusätzlich zum bereits existierenden Schuldenberg wachsen die roten Zahlen damit noch einmal in erheblichem Umfang.

Finanzsenator Stefan Evers (CDU) führte zur Begründung für die neuen Schulden an: „Die erforderlichen Investitionen sind so hoch, dass sie im Rahmen eines normalen Haushalts nicht darstellbar sind.“ Daher meint Evers: „Wir brauchen ein zusätzliches Kraftpaket.“ Auch SPD-Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey sprach von „dringenden Milliarden-

Investitionen auf dem Weg Berlins zu einer klimaneutralen Metropole.“

Keineswegs sicher ist, dass es nur bei einer Kreditaufnahme von fünf Milliarden Euro bleibt. Sollte sich Ende 2026 herausstellen, dass der Geldbedarf noch höher ausfällt, will der schwarz-rote Senat ein weiteres Fünf-Milliarden-Paket auf den Weg bringen.

Von Merz deutlich abgerückt

Kommentatoren ist inzwischen auch aufgefallen, dass Wegner nicht mehr unbedingt zu den Unterstützern von CDU-Chef Friedrich Merz gezählt werden kann. Als es um den Parteivorsitz in der CDU ging, stellte sich Wegner noch klar hinter Merz. Auch wurde Wegners Wahlsieg in Berlin als Stärkung für Merz gewertet. Immerhin waren es klassische Kernthemen der Union, mit denen Wegner für die CDU den Wahlsieg in Berlin eingefahren

und die SPD auf Rang zwei verwiesen hatte. Als Merz unlängst in einem Interview mit Blick auf die AfD sagte, auf kommunaler Ebene müsse man nach Wegen suchen, „wie man gemeinsam die Stadt, das Land, den Landkreis gestaltet“, gehörte der Berliner CDU-Chef nunmehr allerdings zu denjenigen, die Merz besonders schnell und besonders scharf kritisierten.

Auf Twitter verkündete er: „Die AfD kennt nur Dagegen und Spaltung. Wo soll es da ZUSAMMENarbeit geben?“ Wegner legte sich auch gleich noch für die Ewigkeit fest: „Das kann niemals ein Partner für die CDU werden, egal, auf welcher Ebene.“

Die linke „taz“ kommt da regelrecht ins Schwärmen und meint, Wegners „moderene Großstadtpartei“ sei schließlich genau die Vision, „von der einst Eberhard Diepgen träumte und der Monika Grütters ihr Gesicht lieh“.

UMFRAGE

Klima-Extremisten verlieren massiv an Rückhalt

Zustimmung für Gruppen wie die „Letzte Generation“ hat sich binnen zwei Jahren halbiert

Innerhalb von zwei Jahren ist die Zustimmung zu radikalen Klimaprotesten in der Bevölkerung drastisch gesunken. Wie aus einer Befragung der gemeinnützigen Organisation „More in Common“ hervorgeht, geben nur noch 34 Prozent der Befragten an, dass die Klima- und Umweltbewegung in Deutschland „grundsätzlich meine Unterstützung hat“. Damit hat sich die Zustimmung für Gruppen wie die „Letzte Generation“ im Vergleich zum Jahr 2021 halbiert.

Der Aussage „Die Klima- und Umweltbewegung in Deutschland hat das Wohl der gesamten Gesellschaft im Blick“ hatten vor zwei Jahren noch 60 Prozent der Angesprochenen zugestimmt. Aktuell ist dieser Wert auf nur noch 25 Prozent gesunken. 85 Prozent der Befragten gaben bei der aktuellen Studie an, dass die Klima- und Umweltbewegung „häufig mit

ihren Protestaktionen zu weit“ gehe. Vor zwei Jahren sagte dies nur rund die Hälfte. Lediglich acht Prozent zeigen aktuell noch Verständnis für die Aktionen der „Letzten Generation“.

„Aktivisten“ gegen Arbeitnehmer

Wie die Organisation „More in Common“ feststellt, ist die Unterstützung für die radikalen Proteste gleichmäßig über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg gesunken. Die „Letzte Generation“ hat damit auch in den Bevölkerungsschichten Sympathie eingebüßt, die der Gruppe in ihren Werten und Grundüberzeugungen generell nahestehen. „More in Common“ weist in ihrer Untersuchung zudem auf die Gefahr hin, dass die Klimadebatte zum Kulturkampf ausarten könnte, der entlang der „vermeintlichen Trennlinie zwischen Aktivistinnen einerseits und

pendelnden Arbeitnehmern andererseits“ geführt werde.

Im Juni hatte bereits das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) eine Untersuchung vorgelegt, der zufolge radikale Klimaproteste, wie etwa Straßenblockaden, bei der Mehrheit der Menschen in Deutschland keine Unterstützung finden. Das Wissenschaftszentrum ermittelte in seiner deutschlandweiten Befragung für eine große Demonstration Unterstützungswerte von 44 Punkten. Bei radikalen Klimaprotesten sank die Zustimmung dagegen stark. Die Unterstützung für Angriffe auf Kunstwerke lag mit 22 Prozent noch niedriger als die 25 Prozent Zustimmung für Straßenblockaden.

Schon als die „Letzte Generation“ im vergangenen Jahr regelmäßig mit Sitzblockaden begonnen hatte, warnten Poli-

tiker vor Selbstjustiz durch Autofahrer. Mittlerweile hat diese Entwicklung tatsächlich eingesetzt. Laut Recherchen des Rundfunks Berlin-Brandenburg laufen bundesweit inzwischen 142 Verfahren wegen Angriffen von Autofahrern oder Passanten auf Mitglieder der „Letzten Generation“.

Dabei soll es in den meisten Fällen um Körperverletzung gehen, ermittelt wird zudem wegen Beleidigungen oder Nötigungen. Allein 99 der 142 Ermittlungsverfahren entfielen auf die Hauptstadt. Berlins Innensenatorin Iris Spranger hat sich im Juni im Zusammenhang mit den Straßenblockaden durch sogenannte Klimaaktivisten ausdrücklich gegen eigenmächtiges Handeln von Autofahrern ausgesprochen. Selbstjustiz sei unter keinen Umständen zu dulden, so die SPD-Politikerin. H.M.

KOLUMNE

Problem Görli

VON VERA LENGSEFELD

Berlin hat nicht nur ein Freibad-Problem. Das soll sich gelöst haben, seit man den Ausweis zeigen muss, wenn man ein Ticket erwirbt. Vielleicht ist es aber auch nur die Kühle in diesem im Weltdurchschnitt angeblich heißesten Juli seit mindestens 120.000 Jahren, die dafür sorgt, dass die Sommerbäder leer bleiben.

Dafür geriet ein anderer Brennpunkt der Gewalt in den Fokus: der Görli in Kreuzberg, liebevoll Görli genannt. Der ist seit Jahrzehnten Problemterritorium, so wie zahlreiche andere Parks in Berlin. Sieben sogenannte kriminalitätsbelastete Orte werden offiziell gezählt. Dort hat die Polizei besondere Befugnisse. Sie darf beispielsweise verdachtsunabhängig kontrollieren.

Das hat bisher nicht viel gebracht und die Kontrollen enthüllen mit Sicherheit nur die Spitze des Eisbergs. Laut Innenverwaltung gab es in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit Stand 26. Juni allein im Gebiet Görli bereits acht Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen. Hinzu kommen 13 weitere Sexualdelikte.

Eine Senatorin hatte schon vor Jahren gestanden, dass sie Berliner Parks in der Nacht meide. Das jüngste Vergewaltigungsoffer im Görli, eine 27-jährige Frau, war aber nicht in der Nacht, sondern am helllichten Tag mit ihrem Freund unterwegs. Sie ist von einer Dealer-Gruppe vergewaltigt worden. Ihr gleichaltriger Freund war von den Männern verletzt und zu Boden geworfen worden. Beiden Opfern wurden außerdem Wertgegenstände gestohlen.

Einer der Täter, ein Somalier, konnte rasch festgenommen werden, ein zweiter Mann aus Guinea-Bissau ein paar Tage später. Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik denkt über eine abendliche Schließung des Parks nach, der Regierende Bürgermeister Kai Wegner über einen Sicherheitsgipfel im September. Wird dabei die Herkunft der Täter thematisiert?

MELDUNG

Berlin setzt auf Geothermie

Berlin – Nachdem 13 potentielle Standorte untersucht worden sind, hat sich Berlin auf drei Orte festgelegt, an denen es Probebohrungen für Geothermie geben soll. Nach Angaben von Umwelt- und Klimaschutzsenatorin Manja Schreiner (CDU) handelt es sich dabei um das Schumacher-Quartier auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, das Fernheizwerk Neukölln und den Campus Berlin-Buch. Für Probebohrungen an den drei Orten stellt der Senat insgesamt sechs Millionen Euro aus seinem Innovationsfonds bereit. Ziel der Projekte ist es, Erdwärme für das Berliner Fernwärmenetz zu nutzen. Allerdings ist die Tiefen-Geothermie eine kostspielige Technik. Die geplanten Tiefenbohrungen kosten zwischen 1,5 und zwei Millionen Euro pro tausend Meter. Um Erdschichten mit Temperaturen von über 50 Grad Celsius zu erreichen, muss mehrere Kilometer in die Tiefe gebohrt werden. H.M.

● MELDUNGEN

52 Staaten am Rand der Pleite

New York City – Der Leiter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der Deutsch-Brasilianer Achim Steiner, hat es als „sehr besorgniserregend“ bezeichnet, dass 52 Staaten weltweit um ihr finanzielles Überleben kämpfen müssen und am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen. Die globale Staatsverschuldung liegt aktuell bei 92 Billionen US-Dollar. Als die drei Hauptursachen hat das UNDP die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, die Inflation und die steigenden Zinsen ausgemacht. Afrikanische Länder müssen inzwischen viermal höhere Zinsen zahlen als die USA. Einer Umschuldung mit der Folge günstigerer Konditionen für die Schuldner steht entgegen, dass zwei Drittel der Schulden mittlerweile von privaten Investment- und Hedgefonds gehalten werden, die schwerlich zu motivieren sind, aus politischen Gründen Konzessionen an die in Geldnot befindlichen Staaten zu machen. **W.K.**

Reisexporte eingeschränkt

Neu Delhi – Indien hat Ende Juli mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr von weißem Reis untersagt. Betroffen sind die Sorten weißer Nicht-Basmati-Reis und Bruchreis. Das indische Lebensmittelministerium begründet das Exportverbot mit dem Ziel, eine angemessene Verfügbarkeit der Reissorten auf dem eigenen Markt sicherzustellen. Zudem will die Regierung auch den Preisanstieg in Indien abmildern. Heftige Monsunregen haben in dem Land schwache Ernteerträge und steigende Preise verursacht. Auch auf dem Weltmarkt haben die Preise für Reis den höchsten Stand seit über einem Jahrzehnt erreicht. Das Exportverbot Indiens könnte die Preisentwicklung noch weiter anheizen. Mit einem Anteil von 40 Prozent ist Indien der größte Reisexporteur der Welt, Die Rice Exporters Association schätzt, dass Indiens Exportbeschränkungen schneller Auswirkungen auf den globalen Reismarkt haben werden als dies auf dem Weizenmarkt nach Ausbruch des Ukrainekrieges zu beobachten war. **H.M.**

Appell an Immigranten

New York City – Der demokratische Bürgermeister von New York City, Eric Adams, der im Januar davon gesprochen hatte, dass seine Stadt infolge der Aufnahme von Immigranten aus Lateinamerika „am Abgrund“ stehe, hat während einer Pressekonferenz im Rathaus offiziell verkündet: „Wir haben keinen Platz mehr in der Stadt.“ Deshalb sollen künftig Handzettel an die hereindrängenden Einwanderer verteilt werden, auf denen zu lesen ist: „Seit April 2022 sind mehr als 90.000 Migranten nach New York City gekommen. Es gibt keine Garantie dafür, dass wir Neuankömmlingen Unterkunft und Dienstleistungen bieten können ... Wohnen in NYC ist sehr teuer. Die Kosten für Lebensmittel, Transport und andere lebensnotwendige Güter sind in New York die höchsten in den Vereinigten Staaten. Bitte ziehen Sie bei Ihrer Entscheidung, wo Sie sich in den USA niederlassen möchten, eine andere Stadt in Betracht.“ **W.K.**

RUSSLAND

Moskau zeigt schwache Nerven

Misserfolge im Ukrainekrieg, Wagner-Putsch und Kritik an der Führung – Verhaftungen sind die Folge

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Statt entschlossen zu handeln und den Wagner-Putsch niederzuschlagen, verfiel die russische Regierung in Agonie. Von Putin war tagelang nichts zu hören. Es habe „absolute Bestürzung und Verwirrung“ geherrscht. So will es die „Washington Post“ unter Berufung auf ukrainische und andere europäische Sicherheitskräfte erfahren haben.

Die Repressionen gegenüber Meinungsäußerungen nehmen seitdem zu, selbst ehemalige Verbündete Putins können vor Verfolgung nicht sicher sein, wie jüngst die Verhaftung des ehemaligen Offiziers des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Igor Girkin, beweist, der Putin indirekt als Versager bezeichnet hatte. Auch Girkins Verbündeten Pawel Gubarew, ehemaliger Volksgouverneur der selbsternannten Volksrepublik Donezk, traf es. Er wurde wegen „Extremismus“ angeklagt. Neben zahlreichen Generälen verfolgen die Moskauer Strafbehörden zunehmend auch Zivilisten. Wegen angeblicher „Rechtfertigung von Terrorismus“ muss sich der bekannte Soziologe

Boris Kagarlitzkij vor Gericht verantworten. Zuletzt lehrte er an der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, geriet jedoch wegen seiner Zusammenarbeit mit der deutschen Rosa-Luxemburg-Stiftung ins Visier der Behörden. Seine Verhaftung erfolgte nach Kagarlitzkij's Korruptionsanschuldigungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Krim-Brücke.

Allzweckwaffe Extremismus-Vorwurf

Im Mai wurden die Dichterin und Theaterregisseurin Jewgenja Berkowitsch und die Dramaturgin Swetlana Petrijtschuk verhaftet, weil sie ein Antiterrorstück aufgeführt hatten, das ihnen als „Rechtfertigung von Terrorismus“ ausgelegt wurde.

Dem Extremismus-Vorwurf sehen sich sogar die sogenannten Soldatenmütter ausgesetzt. Die Vorsitzende Olga Zukanowa, die sich um die Belange von Soldaten und deren Familien gekümmert hatte, kündigte die Auflösung ihres Vereins an, da sie es ablehnt, sich als „Ausländischer Agent“ stigmatisieren zu lassen. Mit der Einführung der Kategorie

„Ausländischer Agent“ wurde die Pressefreiheit schon seit Längerem massiv eingeschränkt. In der Folge verließen einige kritische Medien wie „Doshd“ und „Meduza“ Russland, die St. Petersburger Nachrichtenagentur „Rosbalt“ muss jeden ihrer Artikel als vom Ausland finanziert kennzeichnen.

Vor dem Hintergrund, dass auch die Strafen für „Fake News“ (Falschmeldungen) verschärft wurden, lässt ein Fall aufhorchen, der in der Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ („NG“) veröffentlicht wurde. Die „NG“ lieferte sich einen Schlagabtausch mit dem russischen Außenministerium, dessen Leitung dem Blatt die Verbreitung von Fake News vorgeworfen hatte.

Die „Nesawissimaja Gaseta“ beweist erstaunlichen Mut

In einem Artikel vom 19. Juli hatte das Blatt die für Russland negativen Folgen eines von Duma-Abgeordneten geforderten sofortigen Gas-Transitstopps über das Territorium der Ukraine als Antwort auf die Sprengung der Krim-Brücke erörtert. Das Außenministerium warf der „NG“ darauf

hin spekulativen Pseudojournalismus vor. Russische Beamte hätten sich nie in dieser Weise geäußert, sondern die russische Seite halte sich an ihre Verpflichtungen.

Der Herausgeber und Chefredakteur der „NG“, Konstantin Remtschukow, zeigte Mut, indem er den Brief des Außenministeriums in voller Länge abdruckte und Äußerungen namhafter Politiker wie des Außenministers Sergej Lawrow oder von Sergej Mironow, dem Vorsitzenden der Partei „Gerechtes Russland – Für die Wahrheit“ zitierte, welche die Richtigkeit der Aussagen im Artikel dokumentieren.

Das wirft die Frage auf, wie Remtschukow sich eine öffentliche Konfrontation mit dem Außenministerium leisten kann, ohne seine Verhaftung zu riskieren. Der Politiker und Geschäftsmann spielt eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben der Hauptstadt. Er war Duma-Abgeordneter, Vorsitzender der Gesellschaftskammer und leitete den Gesellschaftlichen Rat für Fragen des Beitritts Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO). 2018 arbeitete er im Wahlkampfstab des heutigen Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin mit. Offenbar ist Remtschukow einer der Wenigen, die auf mächtige Unterstützer zählen können.

Die zunehmenden Repressalien lassen auf eine wachsende Nervosität der Putin-Regierung schließen, deren Ringen um den Machterhalt in Zukunft schwieriger werden könnte. Die Unordnung während des Wagner-Aufstands habe Putin erheblich geschwächt, so Kritiker. Der Ukrainekrieg lässt sich nicht länger als „militärische Spezialoperation“ verkaufen. Selbst in Sendungen von Putins Star-Propagandisten Wladimir Solowjow nehmen Gäste ungeniert das Wort Krieg in den Mund.

Auch in der Bevölkerung scheint der Ukrainekrieg unpopulärer zu werden. Im September steht der „einheitliche Tag der Wahlen“ bevor, bei denen die regionalen Parlamente gewählt werden. Umfragen deuten darauf hin, dass alle Parteien an Popularität eingebüßt haben. Ein Drittel gab an, nicht mehr wählen zu wollen. Kein gutes Omen für die Präsidentschaftswahl im März 2024.

Das kürzlich verabschiedete Gesetz zur Ausweitung der Wehrpflicht, demzufolge auch 30-Jährige zum Militärdienst eingezogen werden können, dürfte das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung zusätzlich schüren.



Im Glaskäfig des Meschtschanskij-Gerichts in Moskau: Der ehemalige FSB-Offizier Igor Girkin wartet auf seinen Prozess

OBERSCHLESISIEN

Jagd auf verdächtige Schwimmbadbesucher

Beuthen: Menschenmenge geht auf vier Georgier los – Polizei setzt Tränengas gegen die Polen ein

In polnischen sozialen Medien kursierten Mitte Juli Aufnahmen aus einem Schwimmbad in Beuthen in Schlesien. Sie zeigen eine Menschenmenge, die sich um ein von der Polizei geschütztes Gebäude versammelt hatte. Später hat die Polizeidirektion der schlesischen Stadt bekannt gegeben, dass sie „vier in der Gegend von Beuthen lebende Ausländer“ festgenommen habe, die verdächtigt werden, Minderjährige belästigt zu haben.

Eine Mutter im Schwimmbad hatte das Sicherheitspersonal gerufen, weil sich vier Männer ihrer Tochter gegenüber unangemessen verhielten. Kurz darauf berichteten auch zwei Jungen, dass sie von denselben Personen belästigt worden seien. Die Verdächtigen sollen zwischen 18 und 48 Jahre alt und georgische Staatsbürger sein, berichtete später die Polizei.

Nach der Meldung hatte das Sicherheitspersonal des Bades die vier sofort festgenommen und die Polizei alarmiert. Bis die Polizei eintraf, wurden die in Gewahrsam genommenen Männer von einer Menschenmenge im Schwimmbad bedroht. Die aufgetragenen Badegäste bedrohten auch die Polizisten, als sie die vier Verdächtigen abführen wollten. Die Einheimischen forderten eine sofortige Bestrafung der vier Männer.

Als die Polizeibeamten die Tatverdächtigen aus dem Schwimmbadgebäude führen wollten, kam es zu Rangeleien. Die Polizei musste teilweise Tränengas gegen die Badbesucher einsetzen, wie es später seitens der Behörde hieß. Die Beamten hätten nicht mit einem solchen Verhalten der Menge gerechnet, berichtete eine Kommissarin der örtlichen Po-

lizei. Gegen die vier Männer wird zurzeit ermittelt.

Ohne Visum in die EU

Auf den in den sozialen Medien verfügbaren Videoaufnahmen ist eine aufgeregte Menschenmenge zu sehen, die ein Gebäude im Bereich des Beuthener Schwimmbads umstellt. Die Kommentare von Internetautoren legen nahe, dass ein Pädophiler oder sogar mehrere Kinderschänder in dem Gebäude Zuflucht gesucht haben sollen. Die polnischen Mainstream-Medien schrieben von einer „versuchten Selbstjustiz“ und von Polizeibeamten des örtlichen Präventionsteams, die mit Gas eingriffen, um sich durchzusetzen.

Die Zeitung „Dziennik Zachodni“ berichtete später, dass Beamte „in der Gegend von Beuthen lebende Ausländer“ im

Schwimmbad festgenommen hätten. Die vier Männer sollen demnach dem Staatsanwalt vorgeführt werden, da sie im Verdacht stehen, Kinder sexuell belästigt zu haben. Nach Angaben eines lokalen Radiosenders handelt es sich bei den Opfern der Belästigungen durch Immigranten um drei Kinder im Alter von elf bis 13 Jahren. Die Reporter des Radiosenders fügten hinzu, dass die festgenommenen georgischen Staatsangehörigen unter anderem versucht haben sollen, „sie zu umarmen oder Händchen zu halten“.

Die meisten der Georgier in Polen sind ethnische Tschetschenen. Georgier brauchen seit einigen Jahren kein Visum mehr, um in die EU einzureisen, wo sie dann, wenn sie ihren Aufenthalt verlängern wollen, Asyl beantragen können.

Bodo Bost

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mit der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke am 15. April wurde die Bundesrepublik zum Strom-Nettoimporteur, und viele Unternehmen mit energieintensiver Produktion wanderten ins Ausland ab. Das ist zum akuten Wohlstandsrisiko geworden. Deshalb befürworten inzwischen bereits 67 Prozent der Deutschen eine weitere Nutzung der Kernenergie im eigenen Land.

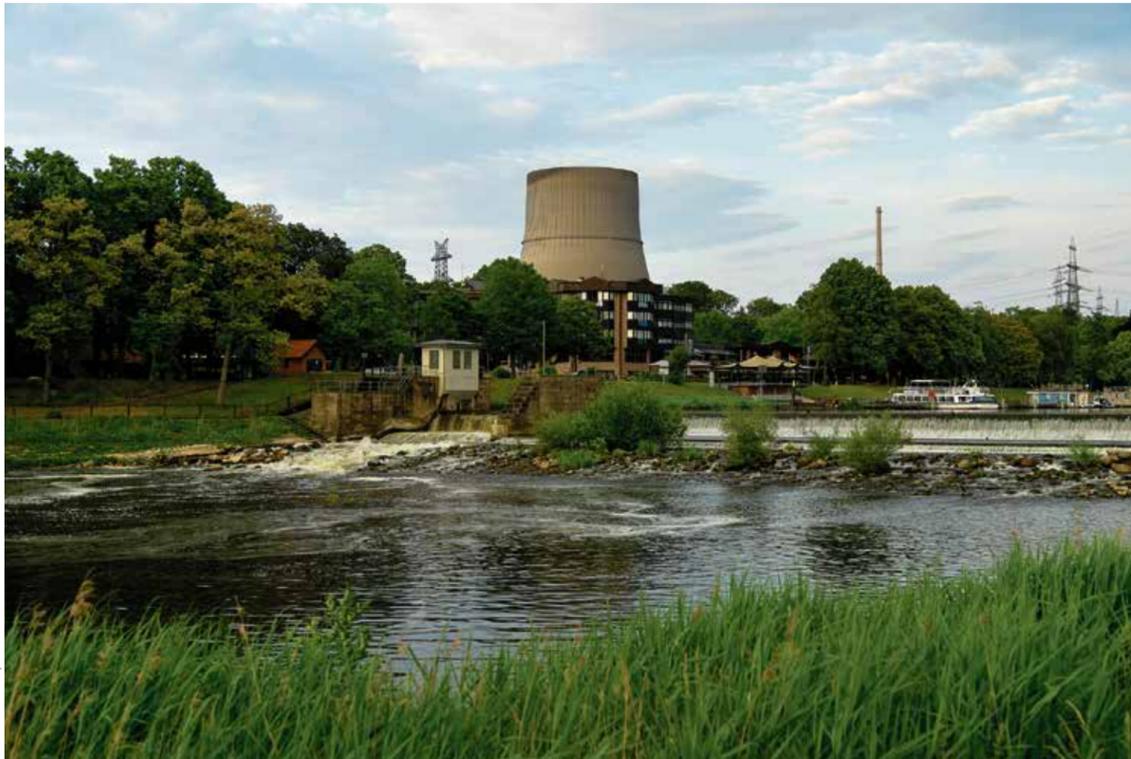
Vor diesem Hintergrund erstellten die Ingenieure und Energiewirtschaftsexperten Mark Nelson und Richard Ollington vom unabhängigen Beratungsunternehmen Radiant Energy Group mit Sitz in Chicago eine Studie, für die sie etliche Vorstandsmitglieder und leitende Mitarbeiter von deutschen Kerntechnikunternehmen und Atomkraftwerksbetreibergesellschaften detailliert und vertraulich befragten. Gleich auf dem Deckblatt des 18 Seiten umfassenden Papiers mit dem Titel „Wiederinbetriebnahme der deutschen Kernkraftwerke: Ist das machbar?“ findet sich folgende unmissverständliche Aussage: „Deutschland kann nach wie vor acht Reaktoren wieder in Betrieb nehmen.“ Und das entspricht auch vollkommen den Tatsachen, wie die weiteren Ausführungen belegen.

Jünger als US-Reaktoren

So wurde bei den Atommeilern Isar 2, Brokdorf, Grohnde, Krümmel, Neckarwestheim 2, Emsland sowie Gundremmingen B und C mit dem Rückbau der entscheidenden Komponenten noch nicht begonnen. Nelson und Ollington kommen aufgrund ihrer Recherchen zu dem Schluss, dass der gute Zustand dieser Reaktoren und der peripheren sicherheitsrelevanten Systeme die neuerliche Inbetriebnahme ohne weiteres erlaube. In diesem Fall könnte Deutschland über eine zusätzliche elektrische Nettoleistung von insgesamt 10,7 Gigawatt verfügen. Das entspricht etwa 30 Prozent des Mindest- beziehungsweise Grundlaststrombedarfs.

Anlass zu Optimismus bietet des Weiteren das Alter der acht genannten Reaktoren, das in keinem Falle über 40 Jahre liegt. Dahingegen sind die Atommeiler in den Kernkraftwerken der USA seit durchschnittlich 43 Jahren in Betrieb. Und weltweit laufen sogar mehrere Dutzend Reaktoren, die vor 45 bis 54 Jahren ans Netz gingen.

Darüber hinaus belegen Nelson und Ollington, dass auch die Versorgung mit Brennelementen bei Weitem nicht so prekär ist, wie häufig behauptet wird.



Einer der acht Meiler, die laut Mark Nelson und Richard Ollington wieder ans Stromnetz könnten: AKW Emsland

ATOMKRAFT

Acht deutsche Meiler könnten wieder ans Netz

Chicagoer Beratungsunternehmen hat 18-seitige Studie vorgelegt mit dem Titel „Wiederinbetriebnahme der deutschen Kernkraftwerke: Ist das machbar?“

Zwar bestellten die Betreiber tatsächlich keinen Kernbrennstoff für einen Normalbetrieb über den 31. Dezember 2022 hinaus. Jedoch könnten Unternehmen wie Westinghouse oder Framatome in ausreichenden Mengen Nachschub liefern – und das deutlich schneller als nach Ablauf der sonst üblichen 18-Monats-Frist. Westinghouse wäre beispielsweise in der Lage, diese auf 114 Tage zu verkürzen. Ebenso gibt es die Möglichkeit, den Verbrauch des noch vorhandenen Urans zu optimieren, um längere Laufzeiten zu erreichen.

Und auch das Problem der Arbeitskräfte ließe sich lösen. Die meisten Kernkraftwerksmitarbeiter sind offensichtlich bereit, wieder in den Normalbetrieb zurückzukehren. Zusätzlich könnten in rund drei Jahren neu ausgebildete Techniker und Ingenieure bereitstehen.

Desgleichen sehen Nelson und Ollington keine ernsthaften Schwierigkeiten, was den finanziellen Aspekt betrifft. Denn die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke würde nur Kosten in der ungefähren Höhe des Gewinns aus zwei Monaten Atomstromproduktion verursachen.

Mahnung zum „schnellen Handeln“

Im Gegenzug könnten diese Ausgaben enormen Nutzen bringen. Zum einen entstände damit ein volkswirtschaftlicher Vorteil von 250 Milliarden Euro durch günstigere Großhandelspreise für Strom. Zum anderen ließen sich die Kohlendioxid-Emissionen bei der Elektroenergieerzeugung um bis zu 80 Millionen Tonnen pro Jahr senken. Oder anders ausgedrückt: Der Anteil von CO₂-arm produziertem Strom würde in Deutschland von 50 auf 74 Prozent steigen. Desweiteren

blieben 5000 gut bezahlte Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen erhalten. Und als Letztes könnte das Ganze zu einer Wiederbelebung der einstmal weltweit führenden deutschen Nuklearindustrie führen. Das wäre gerade jetzt von eminenter Bedeutung, da viele Länder wieder verstärkt auf Kernkraft setzen.

Damit all diese positiven Effekte eintreten, ist jedoch – so Nelson und Ollington – „schnelles Handeln auf administrativer und politischer Ebene“ erforderlich. Dazu gehöre vor allem die unverzügliche Änderung des Atomgesetzes sowie die Aufhebung der erteilten Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen seitens der Bundesländer. Dann „könnten sechs Reaktoren innerhalb von neun bis zwölf Monaten und zwei weitere Reaktoren innerhalb von zwei bis drei Jahren wieder in Betrieb genommen werden.“

WIRTSCHAFTSKLIMA

Der Trend bei den Pleiten setzt sich fort

So viele Insolvenzen wie zurzeit gab es seit 2016 nicht mehr – Eine Besserung ist nicht in Sicht

Die Zahl der Unternehmen, die Insolvenz angemeldet haben, ist auf den höchsten Wert seit sieben Jahren geklettert. Nach Angaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurden im Juni 1050 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften registriert. Gegenüber dem Vormonat stieg die Zahl der Unternehmenspleiten um 16 Prozent. Gegenüber dem Juni 2022 kletterte die Zahl der Insolvenzen gar um 48 Prozent. Betroffen sind laut dem IWH vor allem mittlere und große Unternehmen.

Das IWH wertet für seine Untersuchungen die Insolvenzbekanntmachungen der deutschen Registergerichte aus. Die Bekanntmachungen werden mit Bilanzkennzahlen der betroffenen Unternehmen verknüpft. Dieses Vorgehen macht es nach Angaben des Instituts möglich, schneller belastbare Aussagen

zum Insolvenzgeschehen in Deutschland zu machen.

Auch die Daten des Statistischen Bundesamts zeigen, dass die Firmenpleiten deutlich zunehmen. Die Wiesbadener Behörde hatte Mitte Juni seine Zahlen zum ersten Quartal 2023 vorgelegt. Laut diesen Daten erhöhte sich die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem ersten Quartal 2022 um 18,2 Prozent auf 4117.

Von den Medien aufgegriffen wurden in den vergangenen Monaten vor allem Insolvenzen im Handel wie etwa die Insolvenzanträge der Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof oder des Modehändlers Peek & Cloppenburg. Bezogen auf die Gesamtzahl der jeweiligen Unternehmen gab es im ersten Quartal jedoch die meisten Insolvenzen nicht im Handel, sondern in der Logistikbranche. Auf diese Branche

entfielen 26 Insolvenzanträge je 10.000 Firmen. Mit 20 Fällen je 10.000 Firmen folgten die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie die Kategorie „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“, zu der auch die Zeitarbeitsfirmen gehören.

Daten zu den Firmeninsolvenzen im Mai deuten darauf hin, dass sich der Pleiten-Trend fortsetzt. Bereits im April lag die Zahl der Insolvenzen um 4,9 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Auch im Mai stellten die Statistiker eine Zunahme der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat fest. In diesem Fall betrug der Anstieg 3,1 Prozent.

Bei der Entwicklung spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Staatshilfen und die teilweise Aussetzung der Insolvenzantragspflicht hatten die Zahl der Firmenpleiten in den Jahren 2020 bis 2022 auf

ein niedriges Niveau gedrückt. Nach dieser Sondersituation sorgen nun allerdings teils drastisch gestiegene Energiekosten, höhere Personalausgaben und die Normalisierung des Zinsniveaus dafür, dass sich die finanzielle Lage vieler Unternehmen verschlechtert. Obendrein verdüstern sich auch noch die Konjunkturaussichten für die deutsche Wirtschaft. Der Ifo-Geschäftsklimaindex deutet als wichtiger Frühindikator darauf hin, dass auf die Unternehmen eine schwierige zweite Jahreshälfte zukommt. „Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft geht in die Verlängerung“, so das Münchner Ifo-Institut.

Der Internationale Währungsfonds geht in seiner jüngsten Konjunkturprognose sogar davon aus, dass die deutsche Wirtschaftsleistung als einzige unter 20 untersuchten Volkswirtschaften in diesem Jahr sinken wird. *Hermann Müller*

MELDUNGEN

Verbrauch an Strom sinkt

Paris – Die Internationale Energieagentur (IEA) geht in einer aktuellen Prognose davon aus, dass die Stromnachfrage in der EU bis Ende des Jahres um drei Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren sinken wird. Die IEA registrierte in der ersten Jahreshälfte bereits einen Einbruch des Stromverbrauchs in den EU-Ländern von sechs Prozent. Ursachen für den Nachfragerückgang sind die hohen Energiepreise und die Konjunkturabschwächung in der EU. Laut dem IEA-Bericht bleibt die Industrieproduktion und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in Europa zurück, obwohl die Energiepreise gegenüber den Rekordwerten des letzten Jahres gesunken sind. Die IEA weist in diesem Zusammenhang auch auf Subventionen in Übersee wie den Inflation Reduction Act in den USA hin, die in Europa zu Produktionsdrosselungen und Werksschließungen sowie zur Unterbrechung und Umlenkung von Investitionen führen. *H.M.*

Windpark-Bau gestoppt

Stockholm – Der Energieversorger Vattenfall hat die Errichtung seines Offshore-Windparks Norfolk Boreas vor der ostenglischen Küste gestoppt. Die Anlage sollte bis zu 1,2 Millionen Haushalte mit Strom versorgen, fällt nun aber Kostensteigerungen zum Opfer. Letztere sorgten dafür, dass das Projekt unrentabel wurde, weil der vereinbarte Festpreis für die erzeugte Elektroenergie zu niedrig liegt, um die immensen Baukosten zu decken. Letztere sind inzwischen um den Faktor 3 gewachsen. Das resultiert aus einer in dem Ausmaß nicht erwarteten Erhöhung der Stahlpreise, der Chartergebühren für die benötigten Spezialschiffe sowie der Zinsen. Wenn das Beispiel Norfolk Boreas Schule macht und die Stromkonzerne lieber Vertragsstrafen zahlen als unrentable Offshore-Anlagen fertigzustellen, droht das Scheitern der deutschen Energie-wende. Denn die erfordert Windparks auf See mit einer Gesamtleistung von 70.000 Megawatt. *W.K.*

Holzpreise brechen ein

Berlin – Nachdem die Holzpreise während der Corona-Pandemie extrem angestiegen waren, fallen sie derzeit drastisch. Waldbesitzer und die Sägeindustrie berichten über massive Absatzschwierigkeiten bei Schnittholz. Als Folge zahlen viele Sägewerke für Fichtenholz mitunter nur noch Preise für sogenanntes Käferholz. Kiefernholz ist noch schwieriger zu verkaufen. Der entsprechende Markt ist fast zum Erliegen gekommen. Als Ursache der Absatzschwierigkeiten nennt die Holzbranche eine stark gesunkene Nachfrage nach Schnittholz aufgrund massiver Probleme der Bauwirtschaft. Papierhersteller haben teilweise noch immer große Vorräte an Holz. Nach Branchenangaben liegt lediglich die Nachfrage nach Energieholz auf dem üblichen Niveau. Viele Waldbesitzer haben als Reaktion auf die fehlende Nachfrage durch die Bauindustrie ihren Holzschlag reduziert oder gar eingestellt. *H.M.*

ANALYSE

Der Koranverbrenner

BODO BOST

Salwan Momika hat mit seinen Koranverbrennungen einen ernstesten diplomatischen Streit zwischen dem Irak und Schweden ausgelöst. In der gesamten islamischen Welt kocht die Volkswut hoch, angestachelt von selbsternannten Islampredigern.

Momika beschreibt auf Facebook, dass sein Protest seine Gefühle über die islamische Religion zum Ausdruck bringe, die von 2014 bis 2016 seine Heimat, die christlich besiedelte Ninive-Ebene im Irak, beherrscht habe. Dabei habe sie viele Christen getötet und viele ihrer Gotteshäuser angezündet, ohne dass sich damals die christliche oder islamische Welt so erzürnt gezeigt hätte wie jetzt ob seiner Tat.

Momika stammt aus der assyrischen Stadt Baghdida – auch als Karakosch be-

wiedern Unterdrücker der Christen, vor allem hatten sie es auf das fruchtbare Land der Christen abgesehen. Deshalb flüchtete Momika im April 2018 nach Schweden und wurde dort nach zwei Jahren als Flüchtling anerkannt. Vor einem Jahr trat Momika den rechtsnationalen Schwedendemokraten bei, die einen harten immigrationspolitischen Kurs verfolgen, aber auch über die wahren Absichten des politischen Islam aufklären.

Bis Dezember 2021 bekundete Momika auf Twitter seine Sympathien für den schiitischen Geistlichen und Politiker Muktada al-Sadr und die schiitischen Volksmobilisierungseinheiten. Dessen Strömung war aus den letzten irakischen Parlamentswahlen als stärkste Kraft hervorgegangen. Da es al-Sadr nicht gelang, eine Regierung zu bilden, zog er sich angeblich 2021 aus der irakischen Politik zurück, zieht aber weiterhin im Hintergrund die Fäden im Irak.

Schweden hat sein Asylrecht seit der Asylkrise 2016 kontinuierlich verschärft. Eine Aufenthaltsbewilligung erhalten Flüchtlinge, wenn sie anerkannt sind, nicht mehr wie in Deutschland für unbegrenzte Zeit, sondern nur noch befristet für drei Jahre. Eine Verlängerung wird abhängig davon gemacht, ob der Kandidat bereit ist, sich durch Arbeitsaufnahme in die schwedische Gesellschaft zu integrieren und deren Werte zu akzeptieren.

Momika hat seine Koranverbrennungsaktionen, die sich ausdrücklich nur auf seine Situation als verfolgter Christ in einem radikalislamischen Kontext bezieht, sehr stark in den sozialen Medien untermauert. Deshalb schlägt ihm nun der Hass der gesamten islamischen Welt und vor allem auch der Muslime in Schweden entgegen. Jetzt ist sein Leben nicht mehr nur im Irak in Gefahr, sondern auch in Schweden, wo die Asylsucher wie in Deutschland zu 90 Prozent aus islamischen Ländern stammen, in denen sie oft mit den Verfolgerregimen zusammengearbeitet haben.

Auch Muktada al-Sadr, der Politiker, für den Momika noch im Dezember 2021 Sympathien hegte, hat nun zu Protesten gegen Momika aufgerufen. Seine Anhänger leiteten den Sturm auf die schwedische Botschaft im Irak. Dies alles dürfte dafür sorgen, dass Momikas Aufenthaltserlaubnis für weitere drei Jahre verlängert wird.



Salwan Momika

Foto: pa

kannt –, einer zu fast 100 Prozent christlichen Stadt, die einst mit 50.000 Einwohnern die größte Stadt der christlichen Ninive-Ebene im Norden des Iraks war. Die Stadt wurde im Juli 2014 von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) überfallen und besetzt. Den meisten christlichen Bewohnern gelang die Flucht in den kurdischen Nordirak. 2016 gelang der irakischen Armee zusammen mit den schiitischen Volksmobilisierungseinheiten die Befreiung der Stadt vom IS, der alle christlichen Kirchen und Klöster zerstört hatte.

Auch Momika hatte 2014 eine christliche Selbstschutzmiliz, die Hawks Syriac Forces, gegründet, die eng mit den schiitischen Milizen zusammenarbeitete, die vom Iran unterstützt werden. Mit der Zeit wurden aus den schiitischen Volksmobilisierungseinheiten jedoch



EU-Spitzenkandidat: Maximilian Kraus mit den AfD-Co-Chefs Tino Chrupalla und Alice Weidel (v.l.) Foto: imago/Sven Simon

KOMMENTAR

Nachlassende Abschreckung

HANS HECKEL

Wie sich die Töne gleichen: In Kommentaren zum AfD-Parteitag in Magdeburg lesen wir, die Partei habe sich „weiter radikalisiert“ hin zu den Vorstellungen des „völkisch-nationalistischen Flügels“. Eine Einschätzung, wie sie so oder ziemlich ähnlich alle möglichen Medien quer durchs Land verbreiten. Dabei wird gern herausgestellt, dass der Verfassungsschutz die Partei als „rechtsextremen Verdachtsfall“ einstufte, was die Beobachtung der AfD mit geheimdienstlichen Mitteln erlaube.

So erwartbar die Kommentare, so bemerkenswert ihre rapide nachlassende Wirkung, deren Schwund sich an den ansteigenden Umfragewerten der gescholtenen Partei ablesen lässt. Die früher so wirkungsvolle „Nazikeule“ hat offenbar drastisch an Durchschlagskraft eingebüßt, sie macht auf immer weniger Bürger Eindruck.

Das hat gute Gründe: Schon dem wirtschaftsliberalen Parteigründer und Co-Chef von 2013 bis 2015, Bernd Lucke,

rückten die Gegner der AfD mit der Keule zu Leibe. Als Lucke beispielsweise einer Menschenmenge zuwinkte, nahmen findige Propagandisten aus der Bewegung ein einzelnes Standbild, auf dem Luckes Arm zufällig gerade nach rechts oben zeigte. Daraus wurde dann allen Ernstes

gelangweilt reagiert ein beträchtlich gewordener Teil der deutschen Wählerschaft auf die Warnungen aus Haldenwangs Haus.

So dürfte auch die Wahl des Hardliners Maximilian Kraus zum Spitzenkandidaten der AfD bei den EU-Wahlen 2024 kaum wirkungsvolle Munition liefern für die Gegner der AfD, was vor gar nicht langer Zeit noch ganz anders hätte aussehen können. Die Personalie stellt Beobachter allerdings vor ein Rätsel: Aus der AfD heraus hört man mehr starke Zweifel als Zustimmung hinsichtlich Kraus. So wurde der EU-Abgeordnete sogar von seiner eigenen Fraktion in Brüssel suspendiert. Dass er dennoch Platz eins auf der Europawahlliste erringen konnte, muss daher eher als Zeichen des immer noch sehr dünnen Personaltableaus der Partei gewertet werden.

Hier immerhin zeigt das Dauerfeuer bislang Resultate: Es hält Sympathisanten aus Furcht vor Sanktionen von einem Engagement in der Partei ab. Allerdings sollte dieser Druck bei weiteren AfD-Wahlerfolgen kaum in geübter Weise aufrechtzuhalten sein.

Die „Nazikeule“ macht auf immer weniger Bürger Eindruck

der Verdacht gestrickt, Lucke könnte da den Hitlergruß gezeigt haben. Grotesk.

Und der Verfassungsschutz? Dessen Bundeschef Thomas Haldenwang exponiert sich derart offen als parteiischer Kämpfer gegen die AfD, dass darunter das Ansehen seiner Institution als unparteiische Wächterin der Verfassung spürbar Schaden genommen hat. Entsprechend

NACHRUF

Einer der Letzten seiner Art

Arno Schmidt und Heinrich Böll sind schon lange tot, ebenso inzwischen auch Günter Grass, Siegfried Lenz und Hans Magnus Enzensberger. Jetzt hat mit Martin Walser auch der letzte Vertreter jener Schriftstellergeneration, die die bundesrepublikanische Nachkriegsliteratur geprägt haben, die Reise ins Jenseits angetreten. Am 28. Juli ist er in Überlingen in seiner Heimat am Bodensee gestorben, wo er vor 96 Jahren zur Welt kam.

In den über 60 Jahren seiner schriftstellerischen Existenz hat er ungefähr genauso viele Bücher geschrieben, fast jedes Jahr eines. Doch einen großen literarischen Wurf, wie ihn Grass mit der „Blechtrommel“ gelungen war, hatte er nicht gelandet. Mit „Ehen in Philippsburg“ gelang ihm 1957 zwar ein beachtliches Romandebüt, doch zum großen Nachkriegsklassiker wird es nicht reichen. So wird er am ehesten noch mit der kleinen Novelle

„Ein fliehendes Pferd“ in Erinnerung bleiben, das als eines seiner wenigen Werke verfilmt wurde – gleich zweimal.

Von sich reden machte er eher mit polemischen und polarisierenden Auftritten. Eines seiner schlechtesten Bücher, „Tod eines Kritikers“, trug ihm empörte Antisemitismus-Vorwürfe ein, weil er darin in verschlüsselter Form seine Fehde mit dem Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki austrug. Und seine Paulskirchenrede von 1988 anlässlich der Verleihung

des Friedenspreises des deutschen Buchhandels erregte die Öffentlichkeit, weil er es wagte, die Begriffe „Auschwitz“ und „Moralkeule“ in einem Satz zu erwähnen.

Ähnlich wie sein Jahrgangsgenosse Grass nach seinem Outing als Ex-Mitglied der Waffen-SS wurde Walser im Alter immer unbequemer. Vom Liebling der Gruppe 47 und Identifikationsfigur der 68er machte der Autor, der sich anders als viele seiner Kollegen für die deutsche Einheit einsetzte, einen Schwenk zum Heimatautor. Gleich zwei seiner Bücher tragen das Wort Heimat im Titel. Eines seiner schönsten Werke, „Ein springender Brunnen“ von 1998, kann man auch als Heimatroman über den Bodensee lesen.

Doch was bleibt nach Walser übrig? Außer dem zurückgezogen lebenden österreichischen Literaturnobelpreisträger Peter Handke fällt einem kein anderes literarisches Schwergewicht ein. H. Tews

FOTO: IMAGO/SVEN SIMON
Gestorben mit 96: Martin Walser

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

Ein „Hotel“ macht den Abflug

Denkmalgeschütztes Relikt aus DDR-Zeiten – Die Generalsvilla auf dem ehemaligen Flughafen Schönefeld soll abgerissen werden

VON HERMANN MÜLLER

Obwohl der Hauptstadtflughafen BER erst im Herbst 2020 eröffnet wurde, sorgt er bereits jetzt mit dem Thema Denkmalschutz für Schlagzeilen. Zum baulichen Erbe gehören auf dem Flughafengelände und am nahe gelegenen Bahnhof Schönefeld auch Bauten aus DDR-Zeiten. Bereits im Frühjahr hat Brandenburgs Denkmalschutzbehörde den alten „Bahnhof am Flughafen Berlin-Schönefeld“ als Denkmal unter Schutz gestellt. Aus Sicht von Brandenburgs Landesamt für Denkmalpflege stellt das Bahnhofsgebäude „in seiner Gesamtheit ein wichtiges Zeugnis der DDR-Geschichte, der Eisenbahngeschichte, der deutschen Teilung“ dar.

Eine Reihe von Beobachtern ist allerdings der Ansicht, dass die Denkmalschützer in diesem Fall das falsche Bauwerk unter Schutz gestellt haben. Als Zeugnis der DDR-Geschichte und der deutschen Teilung passe nämlich das Terminal des alten Flughafens Schönefeld wesentlich besser als der Betonwürfel des Bahnhofsgebäudes.

Bis zum Fall der Berliner Mauer stand das Flughafengebäude mit seinem gesonderten Transitbereich für die Westberliner auch als Symbol der Teilung Berlins und Deutschlands. Aus Sicht der Denkmalschützer ist das frühere Flughafengebäude allerdings wegen zahlreicher Umn- und Anbauten nicht erhaltenswert.

Der Betonklotz des „Bahnhofs Flughafen Berlin Schönefeld“ sollte ursprünglich schon 2014 abgerissen werden. Die im Frühjahr erfolgte Aufnahme in die Denkmalschutzliste würde neuerliche Abrissambitionen schwieriger machen.

Völlig ausgeschlossen ist ein Abriss jedoch nicht, wie das Beispiel der sogenannten Generalsvilla auf dem Gelände des Flughafens BER zeigt. Auch dieses Ge-



Soll Platz machen für Flugzeuge auf Abstellposition: Das ehemalige Generalshotel auf dem Gelände des Flughafens BER Foto: pa

bäude, mitunter auch als Generalshotel bezeichnet, steht unter Denkmalschutz. Dessen ungeachtet werden möglicherweise noch in diesem Sommer die Abrissbagger anrücken.

Repräsentative Kulisse

Das zweistöckige Gebäude wurde bereits 1996 als Denkmal unter Schutz gestellt und in die Landesdenkmalliste Brandenburgs eingetragen. Aus Sicht der Denkmalschützer steht das zwischen 1947 und

1950 errichtete Gebäude als ein Beispiel für die Ostmoderne.

Stephanie Herold, Professorin für Städtebauliche Denkmalpflege und urbanes Kulturerbe an der Technischen Universität Berlin, bezeichnet den Bau sogar als ein „einmaliges Zeugnis für die Zeitschicht direkt nach dem Zweiten Weltkrieg“. Tatsächlich ist das Gebäude ein Zeugnis aus der Anfangsphase der Teilung Berlins und Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Da der Flughafen Tempelhof damals im amerikanischen Sektor Berlins lag, erteilte die sowjetische Militäradministration den Auftrag, in ihrer eigenen Besatzungszone, auf dem Areal der ehemaligen Henschel-Flugzeugwerke in Schönefeld, ein Flughafenempfangsgebäude zu errichten. Während Berlin noch immer in weiten Teilen in Trümmern lag, entstand in Schönefeld ein Luxusbau.

Die Fassade der Generalsvilla besteht aus rotem Sandstein und beigefarbenem

Putz. Im Innern liegen im Erdgeschoss als Fußboden dunkle Marmorplatten. Auch die Durchgänge zu den Korridoren wurden mit rotem Marmor umrahmt. Das gesamte Erdgeschoss ist vollständig mit Naturstein wie Travertin verkleidet worden. Andere Räume wurden mit Parkettfußböden und Stofftapeten ausgestattet.

Dieses Interieur diente nach der Übernahme von den Sowjets im Jahr 1961 der DDR-Führung als repräsentative Kulisse für den Empfang ihrer Staatsgäste. Mit der deutschen Einheit fiel die Generalsvilla in das Eigentum des Bundes. Nach dem Willen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben soll das denkmalgeschützte Gebäude allerdings neuen Abstellpositionen für Flugzeuge der Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums weichen. Kurz gesagt: Es steht im Wege.

Wolfgang Kratzer, ein Gemeindevertreter der Linkspartei aus Schönefeld, zeigt sich von der Begründung nicht überzeugt. Er verweist darauf, dass der Platz „maximal für ein Flugzeug“ reicht und obendrein genügend Flächen zur Verfügung stehen, die von der Gemeinde freigehalten wurden. Bei einer Anhörung im Brandenburgischen Landtag zog ein geladener Experte unter Hinweis auf Planungsunterlagen sogar generell in Zweifel, ob die Fläche, auf der das Generalshotel steht, künftig überhaupt als Stellfläche für die Flugbereitschaft genutzt werden wird.

Die Vorbereitungen für den Abriss sind bereits weit fortgeschritten. Die Bundespolizei, die das Haus noch bis zum vergangenen Jahr genutzt hat, ist mittlerweile ausgezogen. Eine „Initiative Generalshotel retten!“ bemüht sich inzwischen darum, den Bund noch von seinen Abrissplänen abzubringen. Ein Versuch der Linke-Bundestagsfraktion, die Haushaltsmittel für den Abriss des Generalshotels zu sperren, war im Juli gescheitert.

BAYREUTHER FESTSPIELE

Durch die virtuelle Brille betrachtet

„Parsifal“ ist im Computerzeitalter angekommen – Die dafür teuren Eintrittskarten schrecken Publikum ab

Die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth werden immer teurer. Die Einführung neuer Ideen übersteigt die finanziellen Möglichkeiten des Managements, was man dieses Jahr deutlich spürt. Zur Eröffnung der Veranstaltung am 25. Juli führte man die Oper „Parsifal“ in der Regie des US-Amerikaners Jay Scheib auf, der konsequent auf teure Digitalisierung setzt.

Die Handlung spielt sich nicht nur auf der Bühne ab, sondern auch in der virtuellen Realität, die das Publikum mit Hilfe einer sogenannten „Augmented Reality“-Brille miterlebt. Das Festspielhaus in Bayreuth zählt 2000 Plätze, aber nur 330 Zuschauer hat man mit solchen Digital-Brillen ausgestattet, weil eine einzelne über 1000 US-Dollar kostet.

Braucht man solche Neuerung, die nicht für alle zugänglich ist? Manche Festspielgäste verzichteten freiwillig auf die Brille. Die charakteristischen „Parsifal“-Symbole befinden sich jedoch in der virtuellen Realität. Auf dem transparenten Bildschirm der Brille schwebt ein von einem Pfeil getroffener Schwan, Klingsors Speer und der Gral in Form einer Schale. Auf der Bühne sind vereinfachte Versionen dieser Symbole zu sehen: ein Wan-

derstock als Speer und der Gral als smaragdgrünes Kristallgebilde. In der Schlusszene lässt es der Titelheld nach der Enthüllung fallen und in Stücke zerspringen. „Parsifal“ ist ein Bühnenweihfestspiel, weshalb viele diese Entmythologisierung des Grals als übertrieben sehen.

Einerseits bereichert die virtuelle Projektion die Inszenierung, andererseits

lenkt sie das Publikum ab. Man verpasst etwas von der Aufführung, wenn einem eine riesige Fliege vor der Nase hängt, oder zwei Klapperschlangen von Kundry miteinander kämpfen. Im dritten Akt gibt es virtuelle Anspielungen auf die Klimawandel (zerdrückte Plastikflaschen und verbrauchte Batterien) sowie auf den Ukrainekrieg (Granaten und Kalaschni-

kows). Die blutende Wunde von Amfortas stellt man sehr realistisch dar.

Nur die Musik ist nicht zu beanstanden. Der Spanier Pablo Heras-Casado leitet das Orchester mit sicherer Hand und viel Feingefühl. Die Glocken im ersten Akt klingen würdevoll, die Harfen bei den Schlussakkorden zart und subtil. Unter den Sängern sind stimmlich und technisch am besten Andreas Schager als Parsifal und Georg Zeppenfeld als Gurnemanz; der Letztere verfügt über eine hervorragende Diktion. Die lettische Mezzosopranistin Elina Garanča (Kundry) bezaubert mit ihrer dunklen, starken Stimme, die sie gekonnt dosiert, sollte aber ihre Aussprache verbessern. Zum Schluss bekamen alle Solisten, Chor und der Dirigent einen stürmischen Applaus, während das Regieteam einige Buhrufe sammelte.

Es bleibt die Frage, um wie viel die Eintrittspreise für das Festspielhaus steigen werden, damit jeder Zuschauer wählen könnte: mit oder ohne AR-Brille. Diese können nicht nur die Realität erweitern, sondern auch die Geldbörsen leeren. Erstmals konnte man bei den Festspielen noch kurzfristig Karten zum Preis von bis zu 459 Euro erwerben. Jolanta Lada-Zielke



Wagner im Pop-Modus: Klingsors bunter Zaubergarten bei der „Parsifal“-Aufführung

● MELDUNGEN

Neuer Verrat bei Kleist

Frankfurt an der Oder – Im Kleist-Museum läuft vom 6. August bis zum 3. September die neue Sonderausstellung „Chroniken des Verrats. Künstlerische Positionen zu Kleist“. Die von Studenten der Weißensee Kunsthochschule Berlin entwickelte Schau setzt sich mit dem Thema „Verrat“ in Heinrich von Kleists Werken auseinander. Internet: www.kleist-museum.de tws

Neue „Teilung“ in Berlin

Potsdam – Um das an die Berliner Mauer erinnernde Thema „Teilung“ geht die Ausstellung „Utopia?!Peace“, die an drei Standorten bis zum 27. August läuft. Im Kunstraum Potsdam an der Schiffbauergasse 4D, in der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße sowie im Park Babelsberg geht es mit Gemälden, Installationen und Fotografien primär um die koreanische Sicht der Teilung eines Landes: www.utopiapeace.de tws

HUGO FERDINAND BOSS

Aufstieg mit Uniformen

Die Aktiengesellschaft Hugo Boss führt mit Hugo und Boss zwei der bekanntesten Modemarken in Deutschland. Im vergangenen Jahr erwirtschafteten 16.930 Mitarbeiter einen Umsatz von 3,65 Milliarden Euro. Der Sitz der Firma ist mit Metzingen auch der Geburtsort ihres Gründers. In der am Fuße der Schwäbischen Alb nahe bei Reutlingen gelegenen Mittelstadt kam Hugo Ferdinand Boss am 8. Juli 1885 zur Welt. Dem Besuch von Volksschule und Realschule, die er 1899 ohne Abschluss verließ, folgte eine dreijährige kaufmännische Ausbildung in Bad Urach. Anschließend fing Boss bei einer Buntweberei seiner Heimatstadt an.

Nach einer Unterbrechung durch den Wehrdienst von 1903 bis 1905 setzte Boss seine Berufstätigkeit in der Textilindustrie in einer Weberei in Konstanz fort. Durch die – allerdings ohne Abschluss gebliebene – kaufmännische Ausbildung und die anschließende Berufstätigkeit in der Textilindustrie war Boss gerüstet, um 1908 nach dem Tod der Eltern als einziger damals noch lebender Sohn deren Manufakturwaren- und Aussteuergeschäft in Metzingen zu übernehmen.

Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er vom ersten bis zum letzten Jahr als Obergefreiter teilnahm, gründete Boss in Metzingen erst 1922 ein Geschäft für Manufakturwaren und dann zwei Jahre später mit der finanziellen Unterstützung zweier Metzinger Fabrikanten eine Fabrik zur Herstellung von Berufskleidung, die heutige Hugo Boss AG.

Während der Weltwirtschaftskrise musste Boss 1931 Konkurs anmelden.



Vor 75 Jahren gestorben: Hugo Boss

Nur aufgrund einer Einigung mit den Gläubigern konnte er die Produktion fortsetzen. Im selben Jahr trat Boss in die NSDAP ein. Als Motive nannte Boss später Unzufriedenheit damit, wie die staatstragenden Parteien das Land durch die Wirtschaftskrise führten, sowie die Möglichkeit, so an Aufträge der Partei mit ihren diversen uniformierten Unterorganisationen zu gelangen.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und dem Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland erholte sich Boss' Unternehmen. Uniformen wurden dabei zunehmend zu einem Schwerpunkt. Vor dem Zweiten Weltkrieg, um 1938, scheinen große Bestellungen für Wehrmachtsuniformen eingegangen zu sein. Während des Krieges bildeten Uniformen für die Wehrmacht, aber auch für die Waffen-SS den Produktionsschwerpunkt des Unternehmens, dessen jährlicher Umsatz bis zu über eine Millionen Reichsmark erreichte.

Nach dem Krieg überließ Boss, der 140 Zwangsarbeiter beschäftigt hatte und erst als „belastet“ und dann als „Mitläufer“ eingestuft wurde, unter Hinweis auf seine Gesundheit die Unternehmensführung zunehmend der nächsten Generation. Am 9. August 1948 starb Boss in seiner Geburtsstadt.

Manuel Ruoff



„Roter Mohn am Seeufer“: Ölgemälde von Karl Hagemeister aus der Mitte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts

KARL HAGEMEISTER

Das dramatische Auf und Ab eines Künstlerlebens

Der Durchbruch gelang dem vor 90 Jahren gestorbenen Maler des Havelländischen Impressionismus 1912 in der Galerie Heinemann. Eine Wiederentdeckung erlebte sein Werk 1923 in der Nationalgalerie

VON MARTIN STOLZENAU

Karl Hagemeister erschloss sich lange als Maler die märkische Havellandschaft, konnte im Schatten berühmter Kollegen nur wenige Werke verkaufen und führte in Werder und mit Malbesuchen auf Rügen ein zurückgezogenes Leben. Die Palette seiner Motive reichte von einer Teichzone oder einem Stück Mohnfeld über eine schneebedeckte Kiefer sowie einem Busch am fließenden Bach bis zur Krone einer Wellenkette in der Ostsee. Das Dekorative seiner Bildausschnitte waren „kleine Winkel der Natur“ und erinnern an entsprechende Darstellungen in der japanischen Malerei. Der deutschen Kunstwelt blieb er bis 1912 fast unbekannt.

Über die Jahre hatte sich für Hagemeister zwar immer wieder die Gelegenheit ergeben, das eine oder andere Bild auf einer Ausstellung zu zeigen, zum Beispiel im Münchener Glaspalast 1888 sowie auf Ausstellungen der Berliner Secessions 1891 und 1893, aber erst im Herbst 1912 wurde er durch eine große Kollektivausstellung der Galerie Heinemann in München in ganz Deutschland bekannt.

Diesem Durchbruch folgten bald schwere Schicksalsschläge. Erst erkrankte Hagemeister 1916 schwer. Von der Erkrankung, möglicherweise eine Bleivergiftung durch Bleiweiß, erholte er sich nie mehr und malte seitdem auch nicht mehr. Nach der Gesundheit verlor Hagemeister im Anschluss an den Ersten Weltkrieg auch noch seine ab dem Durchbruch 1912 angesammelten Ersparnisse durch die Inflation.

Schwere Erkrankung im Weltkrieg

Der Künstler stieg für Kunstfreunde, Sammler und Kunstspekulanten aber wie Phönix aus der Asche, nachdem der Direktor der Nationalgalerie in Berlin, Lud-

wig Justi, sein Haus zum Kauf einer „Ansicht vom Schwielowsee“ bewogen und zum 75. Geburtstag Hagemeisters 1923 – um es mit seinen eigenen Worten zu sagen – „den größten Saal der Nationalgalerie ausgeräumt und die langen Wände mit einer durchlaufenden Reihe solcher Wellenbilder behängt“ hatte, die er aus dem riesigen Bildervorrat Hagemeisters in Werder geholt hatte. Der Künstler machte sich auf die Reise nach Berlin und staunte, als er seine Wellen so im Licht nebeneinander sah, und staunte noch mehr über seine anschließend sprunghaft ansteigende Wertschätzung in der deutschen Öffentlichkeit. Kritiker überschlugen sich mit Lobeshymnen. Die Präsentation in der Berliner Nationalgalerie war eine Zäsur.

Der Künstler erhielt den Professorentitel, wurde Mitglied der Akademie der Künste und konnte sich endlich auch über viele Verkäufe freuen. Das sorgte

für Wohlstand in seinem zuvor kargen Haushalt. Er gilt seitdem als Vater des sogenannten Havelländischen Impressionismus. Heute kann man seine Bilder außer in Werder, Potsdam, Brandenburg und Berlin vor allem in den großen Galerien von Leipzig, München, Wiesbaden und Hannover bewundern. Dazu befinden sich viele seiner Arbeiten in Privatbesitz.

Er wurde am 12. März 1848 in Werder an der Havel geboren. Großvater Hagemeister ist als Weinmeister in Werder an der Havel überliefert, wo auch der Vater vom Wein- sowie Obstanbau lebte. Mutter Hagemeister war ebenfalls die Tochter eines Weinmeisters in Werder. Sohn Karl wuchs in Naturnähe auf, offenbarte früh seine zeichnerische Begabung und machte sich nach autodidaktischen Studien mit dem Segen der Eltern 1871 auf den Weg nach Weimar, um an der aufstrebenden Großherzoglichen Kunst-

schule zu studieren. Unter dem Einfluss von Theodor Hagen praktizierte diese die freie Lehrerwahl, verhalf der ansonsten noch verpönten Freilichtmalerei zum Durchbruch und lehrte die Hinwendung zum schlichten Naturmotiv. Das war revolutionär für damalige deutsche Akademie-Verhältnisse.

Hagemeister kam in die Obhut von Friedrich Preller d. Ä., der seine Begabung förderte und ihn auf Studienreisen auf Rügen und nach Bayern mitnahm. Dabei lernte er Carl Schuch kennen, mit dem er nach 1873 gemeinsame Studienaufenthalte in den Niederlanden und Italien absolvierte. Aus dem Malerduo wurde durch Wilhelm Trübner zeitweilig ein Trio.

Verarmung durch die Inflation

Beim Aufenthalt in Venedig, wo er die Bekanntschaft des Malers Anselm Feuerbach machte, studierte Hagemeister erstmals intensiv die vegetabilische, die pflanzliche Form. 1877/78 ließ er sich in Ferch am Schwielowsee in seiner märkischen Heimat nieder. Der Maler lebte sehr bescheiden, erweiterte seinen Themenkreis auch auf märkische Bauernmädchen, die ihm Modell standen, und hatte über längere Zeit Schuch als Gast. Die Malerfreunde führten einen Junggesellenhausstand und weilten 1884/85 in Paris.

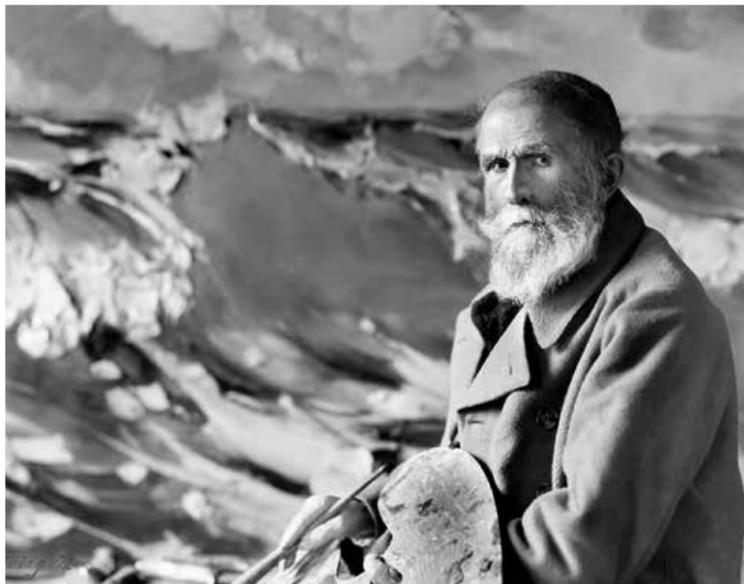
Dort kamen beide mit dem Kreis um Edouard Manet, dem maßgeblichen Wegbereiter des Impressionismus, in Kontakt. Sie erhielten stilistische Impulse. Das wurde an Hagemeisters Technik, seinem Farbauftrag und besonders seiner Hinwendung zum Licht deutlich. Er lebte abwechselnd in Ferch, Werder sowie Entenfang bei Werder und vervollkommnete Zug um Zug die vegetabilische Darstellung einer intensiv bewegten Naturstimmung. Zu den Motiven seiner märkischen Heimat gesellte sich die Landschaft Rügens, wo er sich oft aufhielt. Lohme auf Rügen wurde sein zweites Refugium.

Auf der Insel vertiefte er sich in die Seemalerei. Dort entstanden viele seiner bekannten „Wellenbilder“. Zwischen durch ließ er sich für dekorative Fresken in der Villa Hecht im Berliner Grunewald gewinnen, eine einträgliche Brotarbeit. Erste Beteiligungen an Ausstellungen bescherten ihm wenig Aufmerksamkeit. Es reichte gerade zum Leben in der Kirchstraße Nr. 14 nahe der von Friedrich August Stüler entworfenen neugotischen Pfarrkirche von Werder.

Im eingeschossigen Vorderhaus lagen ein kleines Wohn- und ein noch kleineres Schlafzimmer. Ein Atelier gab es nicht. Gemalt wurde vor Ort in der Natur oder im Wohnzimmer. Seine große Bildersammlung bewahrte der Künstler im Keller unter nicht gerade idealen Bedingungen auf.

Erst nach der großen Kollektivausstellung der Galerie Heinemann in München im Herbst 1912 rückte die Kunstkritik Hagemeister schlagartig ins Rampenlicht. Der ungewohnte Trubel um seine Person war ihm eher lästig. Dem entzog er sich per Flucht in die Naturidylle um Werder. Hagemeister wurde Ehrenbürger von Werder, interessierte sich im Alter noch für die Jagd und besonders für das Angeln, philosophierte mit Besuchern über die Kunst und Kochrezepte und trennte sich von seinen „Spätbildern“ mit expressiven Farben und bewegten Naturstimmungen nur noch ungerne. Seinen Gästen galt er wegen der theoretischen Kunstbetrachtungen im goethischen Sinne als „denkender Künstler“. Der Maler blieb ledig und wurde 85 Jahre alt.

Wenige Monate nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, deren Lärm ihm lästig war, am 5. August 1933, starb Karl Hagemeister in seinem Geburtsort, in den er sich zurückgezogen hatte. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Inselfriedhof nahe seinem Wohnhaus in der Kirchgasse.



Kurz vor seinem Tod in seinem Atelier: Karl Hagemeister

Foto: ullstein

„SCHLÖSSER. PREUSSEN. KOLONIAL.“

Interpretation statt Exponate

Den Ausstellungsbesucher erwarten in Berlin weniger neue Ausstellungsstücke als die Neudeutung von Altbekanntem

VON DIRK KLOSE

Es scheint ein echtes oder vielleicht auch nur vorgeschobenes schlechtes Gewissen zu sein, dass man sich immer stärker um den deutschen Kolonialismus kümmert. Inzwischen wird nicht nur die Periode von 1884 bis 1918, als das Deutsche Reich tatsächlich Kolonien in Afrika und Ozeanien hatte, in den Blick genommen, sondern fast detektivisch wird auch nach Spuren kolonialen Denkens in früheren Zeiten geforscht.

Ein jüngstes Beispiel ist die in der PAZ vom 30. Juni schon kritisch annotierte Ausstellung „Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus“ im Schloss Charlottenburg in Berlin. Die mit teilweise herausfordernden Formulierungen versehene Ausstellung ist eigentlich mehr eine didaktische Lehrschau. Besondere Schaustücke sind gar nicht ausgestellt. Vielmehr wurde eigentlich nur mit mehreren Texttafeln das Ausstellungsthema am Beispiel schon vorhandener Kostbarkeiten des Schlosses exemplifiziert.

Zu den schon vorhandenen, oft großartigen Schaustücken im Schloss werden kommentierende Hinweise auf koloniale Spuren in diesen geben. Die Intention der Ausstellungsmacher ist es, die bisher nicht erzählte koloniale Geschichte in den Schlossräumen zu zeigen. Ganz unbekannt ist das ja nicht. Paul Carl Leygebés berühmtes Bild des Tabakkollegiums des ersten preußischen Königs Friedrich I. zeigt im Hintergrund neben weißen auch schwarze Diener. Auf anderen Bildern aus jener Zeit sind es Bedienstete, die als osmanische Kriegsgefangene – sie waren eine prestigeträchtige Beute – an die Höfe gelangten, oft zwangsweise getauft wurden, im Sozialprestige weit unten standen, aber immerhin ein vergleichsweise freies Leben hatten.

Die Ausstellung ist eigentlich mehr eine didaktische Lehrschau

Das Charlottenburger Schloss besitzt einen wahren Schatz an Porzellan ostasiatischer Herkunft. Jahrzehnte vor Meißen schon kam es aus Japan und China. Allein die überwältigende Porzellankammer zeigt 2700 Stück. Importiert wurden diese Schätze über die holländische Vereinigte Oostindische Compagnie (VOC). Deren florierender Handel, so erfährt der Besucher, sei nur durch brutale Ausbeutung von und Handel mit Sklaven möglich gewesen. Nachweislich wurden zwischen 1620 und 1660 über 27.000 Sklaven aus



Wird ebenfalls in der Ausstellung neu gedeutet: Paul Carl Leygebés Darstellung des Tabakkollegiums König Friedrichs I. (hinten) im Schloss Charlottenburg
Foto: SPSG / Nicole Romberg

Bengalen verschleppt. Auch die vom Großen Kurfürsten gegründete Brandenburgische Afrikanische Compagnie (BAC) handelte mit Sklaven. Allein im 17. Jahrhundert waren es rund 28.000. Auf dem Rückweg wurden begehrte exotische Gewürze, Elfenbein und Gold importiert.

Das Deckengemälde in der Porzellankammer zeigt die Göttin Aurora mit ihrem Gefolge. In den Armen hält sie ein schwarzes Kind. Das wird von den Kuratoren dahingehend gedeutet, dass Aurora als weiße Göttin für den Morgen, mithin für Helles und Lichtes stehe, während das

afrikanische Kind die Finsternis symbolisiere. Es habe also, so der Text, „schon im 17. Jahrhundert diskriminierende Ansichten zu schwarzen Menschen wegen ihrer Hautfarbe“ gegeben.

Dieser angeblich typisch eurozentrische Blick zeige sich auch an zahlreichen

anderen Beispielen, etwa an einer Allegorie der vier Erdteile. Auf einem Sockel sitzt die bekrönte Europa als Symbol für Kunst und Christentum, zu ihren Füßen Figuren für Asien, Afrika und Amerika mit Symbolen des alltäglichen Ackerbaus. Der eurozentrische Blick verrate, so wird weiter behauptet, ein überhebliches, ja bereits rassistisches Denken gegenüber außereuropäischen Völkern. In diesem Sinne wird auch ein großer, um 1700 von einer Berliner Manufaktur gestickter Gobeliner interpretiert. Er zeigt eine Audienz beim chinesischen Kaiser. Die Gesandten werfen sich devot auf den Boden. Daneben wird eine weiße Adlige von zwei schwarzen Dienern in einer Rikscha gefahren. Alles zusammen sei, so heißt es, eine Projektion europäischer Vorstellungen von „ostindischen“ Kulturen.

Das Charlottenburger Schloss ist nicht der einzige Ausstellungsort

Staunend steht der Besucher vor einem weißen, mit feinen Chinoiserien verzierten Cembalo, das um 1700 für die kunst- und musikliebende Kurfürstin Sophie Charlotte gebaut wurde. War es damals nicht einfach die Freude an der fremden und zugleich so großartigen Schönheit der Kunstwerke, die ganz unschuldige Begeisterung weckte? Hatte man Europa nicht in aller Naivität, jedenfalls ohne bewusste Überheblichkeit, als Symbol für Vernunft und menschlichen Fortschritt gesehen? Die Ausstellungsmacher weisen in eine andere Richtung: „Gemälde, Zeichnungen und Objekte zeigen, dass koloniale sowie rassistische Stereotype durch alle Jahrhunderte zu finden sind und bis heute unseren Alltag beeinflussen. Die Geschichte ist noch lange nicht erzählt, die Reise hat gerade erst begonnen.“

Das Charlottenburger Schloss ist übrigens nicht der einzige Ort, in dem das Thema Kolonialismus und Preußen thematisiert wird. Informationstafeln gibt es auch in den Paraderäumen des Alten Schlosses, im Neuen Palais in Potsdam, in den brandenburgischen Schlössern Caputh und Königs Wusterhausen sowie auf der Pfaueninsel, auf der die für den Sklavenhandel benötigten Glasperlen hergestellt wurden.

● Weitere Informationen über die noch bis zum 31. Oktober zu sehende Ausstellung erteilt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Postfach 601462, 14414 Potsdam, Telefon (0331) 9694-200, E-Mail: info@spsg.de



Otto Kretschmer im November 1940

MARINE

„Tonnagekönig“ des Zweiten Weltkriegs

Vor 25 Jahren starb der U-Boot-Kommandant Otto Kretschmer

Ein geflügeltes Wort besagt, dass Günther Prien der berühmteste, Joachim Schepke der beim Volk beliebteste und Otto Kretschmer der erfolgreichste U-Boot-Kommandant im Zweiten Weltkrieg gewesen sei. „Otto der Schweigsame“ wurde Kretschmer vielsagend genannt, was seinen vergleichsweise geringen Bekanntheitsgrad erklären mag. Der ändert aber nichts daran, dass er mit 47 versenkten Schiffen mit 272.282 Bruttoregistertonnen (BRT) und fünf beschädigten Schiffen mit 37.965 BRT am erfolgreichsten war.

Der Oberschlesier kam am 1. Mai 1912 in Heidau zur Welt. Nicht unbedingt üblich für einen deutschen U-Boot-Kom-

mandanten ist, dass er als Jugendlicher in England acht Monate Chemie, Mathematik, und Literatur studierte. 1930 fand er zur Reichsmarine, 1936 kam er zur U-Boot-Waffe. Schon vor dem Weltkrieg erhielt er das Kommando über ein U-Boot, mit dem er während des Spanischen Bürgerkriegs vor der spanischen Küste patrouillierte.

Nach erfolgreichen Feindfahrten wurde wie für Prien und Schepke auch für ihn der März 1941 zum Schicksalsmonat. Auf einer gemeinsamen Feindfahrt im Nordatlantik fielen Prien wie Schepke und Kretschmar gelangte in Kriegsgefangenschaft. Erst kam er nach England, 1942 dann nach Kanada in das Kriegsgefange-

nenlager Bowmanville. Das Unternehmen Kiebitz, der deutsche Versuch, ihn nach einem Ausbruch nach Deutschland zu bringen, misslang (siehe PAZ vom 7. Juli, Seite 18).

So musste er warten, bis der Krieg zu Ende war und er regulär entlassen wurde. Der Deutsche mit akademischer Vorbildung sowie mehr oder weniger freiwilligen Aufhalten im englischsprachigen Raum studierte Jura und arbeitete als Dolmetscher. Als im Zuge der westdeutschen Remilitarisierung 1955 mit der Bundeswehr auch die Bundesmarine gegründet wurde, war er von Anfang an dabei. Er machte Karriere. Seine guten Englisch-

kenntnisse prädestinierten ihn für internationale Aufgaben bei der NATO. Unter anderem war er der erste Kommandeur des Kommandos der Amphibischen Streitkräfte, Chef des Stabes beim Befehlshaber der Seestreitkräfte der Nordsee sowie schließlich Chef des Stabes beim NATO-Befehlshaber der Seestreitkräfte Ostseezugänge. 1970 schied er als Flottillenadmiral aus dem aktiven Dienst und arbeitete anschließend als militärischer Berater. Nachdem er gefährliche U-Boot-Einsätze überlebt hatte, starb der Marineoffizier am 5. August 1998 nach dem Sturz von einer Personaltrappe während einer harmlosen Donau-Kreuzfahrt. Manuel Ruoff

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Mitte Juli gaben die „Tagesschau“ und der Sender NDRInfo bekannt, dass im Zuge von Mexikos Strategie für sogenannten grünen Wasserstoff ein erstes Projekt in Vorbereitung sei. Wieder einmal sind Deutschland und ein deutsches Unternehmen mit im Spiel. Das 2017 gegründete Wiesbadener Unternehmen HY2GEN AG hat zwar noch keine Praxiserfahrung mit Entwicklung, Bau und Betrieb von großindustriellen Anlagen zur Produktion von Wasserstoff und wasserstoffbasierten Produkten. Dennoch wird beabsichtigt, binnen weniger Jahre in der Nähe von Champotón im Süden von Mexiko im Bundesstaat Campeche Wasserstoff und Ammoniak für den Export „autark“ zu produzieren, womit die Nutzung von sogenanntem klimaneutral erzeugten Wind- und Solarstrom gemeint ist.

Der laut „Tagesschau“ „kleine, verschlafene Ort“ ist mit 31.000 Einwohnern immerhin die größte Stadt im Municipio Champotón. Günstig gelegen am Golf von Mexiko, profitiert Champotón mit seinen zahlreichen Hotels und Ferienwohnungen vom internationalen Tourismus wegen seiner Nähe zu den Maya-Pyramiden und spektakulären Naturwundern auf der Halbinsel Yucatán.

Typischerweise verspricht HY2GEN dem Ort und seinen Einwohnern die Schaffung von 1000 Arbeitsplätzen während des Baus der Anlagen. Die „Tagesschau“ hob die „günstige Lage“ der geplanten Wasserstoff-Fabrik direkt am Hafen hervor. Der Standort sei ideal für den Export von Wasserstoff und Ammoniak vor allem nach Europa. Zudem beinhaltet das Vorhaben die Entsalzung von Meerwasser, was angesichts des Wasserproblems in der Region „ein weiterer Vorteil“ sei.

Brutale und rücksichtslose Eingriffe

HY2GEN will 1,1 Milliarden Euro investieren, benötigt aber für die Umsetzung des „Milliarden teuren Projekts“ eine starke Unterstützung von Interessengruppen. Mexiko will laut „Tagesschau“ seine Energiewende „langfristig“ finanziell fördern. Die deutsche Bundesregierung beabsichtigt die Zuwendung „einer Milliarden summe“ ungeachtet der Möglichkeit, dass sich der grüne Wasserstoff als zu teuer für den Import erweisen könnte.

Zynisch und menschenverachtend klingt die Wortwahl der „Tagesschau“, wenn angesichts der für die Wasserstoff-Fabrik zu erbauenden gigantischen Windparks und Photovoltaik-Anlagen (PVA) kein Gedanke an die davon betroffene, überwiegend indigene Bevölkerung der Region verschwendet wird: Bald schon würden sich „um den Windmast (von Champotón) Solarpaneele und Windkraftanlagen tummeln“.

Nicht erst jetzt, da immer mehr vom zukünftigen Import von grünem Wasserstoff nach Deutschland die Rede ist, verschweigen die tonangebenden Medien die grausame Wahrheit, dass Windparks und PVA in Lateinamerika und Afrika seit jeher brutal und rücksichtslos in den Lebensräumen der ländlichen Bevölkerung mittels lokaler Handlanger durchgesetzt werden. Dasselbe gilt für den Abbau von Rohstoffen, der infolge des steigenden Bedarfs aufgrund von immer mehr Windrädern und PVA stetig zunimmt und ganze Regionen verseucht.

Investoren und Profiteure dieser Industriesektoren sind neben den regionalen Eliten jeweils Konsortien aus Europa, Kanada und den USA. Verschwiegen wird der deutschen Öffentlichkeit dementsprechend auch die für den Wasserstoff-Hub in Mexiko benötigte gigantische Anzahl von Windrädern und ausgedehnten PVA, offenbar um Irritationen im Hinblick auf unsere Vorstellung von einer umwelt- und klimafreundlichen Energiewende zu vermeiden. Das Beispiel von Lüderitz (Namibia) lehrt, dass für die



Auf Staatsbesuch im September 2022: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Mexikos Staatschef Andrés Manuel López Obrador in Mexiko-Stadt Foto: imago/Zuma Wire

ENERGIEPOLITIK

Die Wut der Ureinwohner auf den Öko-Kolonialismus wächst

Um angeblich „grünen“ Wasserstoff zu produzieren, ruinieren globale Konzerne Natur- und Kulturland in Mexiko mit riesigen Windkraftparks und Solaranlagen – Doch der Widerstand feierte erste Erfolge

Produktion von grünem Wasserstoff mindestens 650 Windräder und PVA von der Größe mehrerer Tausend Fußballfelder errichtet werden müssten und für Champotón wohl auch bereits geplant sind.

Bei ihrer Berichterstattung über das Projekt behauptete die NDRInfo-Moderatorin, dass es in Mexiko bislang noch kaum Windparks gebe. Tatsächlich gab es in Mexiko aber bereits 2022 65 Windparks, davon allein 28 auf dem windreichen Isthmus von Tehuantepec im Süden des Landes. Die Falschmeldung passt in ein Schema des Totschweigens der Hintergrundgeschichten aus dem globalen Süden, wo die Menschen seit 20 Jahren zunehmend dem auch sehr stark von Deutschland ausgehenden Öko-Kolonialismus ausgeliefert sind und es in noch viel größerem Ausmaß werden sollen.

Indigene sind besonders betroffen

Für den „autarken“ Betrieb von Wasserstoff-Fabriken müssten Windparks und PV-Anlagen von zehnfacher Größe als bislang in den Wohn- und Wirtschaftsgebieten der indigenen Bevölkerung errichtet werden. Die Zerstörung ganzer Ökosysteme und der Lebensräume von Millionen Menschen wäre eine direkte Folge. Zudem sind ein sicherer Betrieb und die Kontrolle von derart ausgedehnten Industriegebieten einschließlich der technischen Infrastruktur so gut wie ausgeschlossen. Alle dafür Verantwortlichen nehmen sträflicherweise in Kauf, dass schleichende Umweltkatastrophen durch ausgetretenes Öl und giftigen Industriemüll programmiert sind.

Allein die einschlägigen Artikel auf der Internetseite „Amerika21.de“ wären für den Sender NDRInfo hinreichend für eine

wahrheitsgetreue, umfassende Berichterstattung gewesen. Auf dem Portal berichten Journalisten seit Jahren über das Leid und die Wut der Menschen in Lateinamerika über die Zerstörung ihrer existenziellen Lebensgrundlagen durch profitgierige europäische, kanadische und US-amerikanische Windkraft- und PV-Konsortien.

Proteste zeigen endlich Wirkung

So berichtete „Amerika21“ über den Kampf der Gemeinden auf dem Isthmus von Tehuantepec gegen weitere Windparks. Die Einwohner der Region litten seit mehr als zehn Jahren unter einer massiven Invasion von multinationalen Unternehmen, die Windparks errichteten, so weit das Auge reicht, ohne die Rechte der lokalen indigenen und bäuerlichen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Erstmals scheiterte im vergangenen Jahr der Bau eines Windparks auf der Landenge im Süden Mexikos am hartnäckigen Widerstand der zapotekischen Gemeinde Unión Hidalgo. Damit machten die Mexikaner erstmals die Erfahrung, dass der Kampf gegen die ausländischen Windpark-Investoren gewonnen werden kann. Für das deutsche Unternehmen HY2GEN könnte es also durchaus schwierig werden, die Industrialisierung der Landschaft und des malerischen geschützten Hafens von Champotón durchzusetzen.

Anfang Juni 2022 stand die Tochtergesellschaft von EDF Renouvelables, Eolicas de Oaxaca, kurz vor dem Beginn der Arbeiten am Windpark in Unión Hidalgo, dem vierten in dieser Region im Bundesstaat Oaxaca. 62 Windräder sollten auf einer Gesamtfläche von 4708 Hektar errichtet werden, überwiegend auf landwirtschaftlichen Flächen.

Dem Widerstand der Einwohner gab „Amerika21“ eine Stimme: „Wir sind entschieden gegen die Errichtung dieses neuen Windparks, der zynisch als ‚Gunaá Sicarú‘, ‚schöne Frau‘ bezeichnet wird, da wir wissen, dass die Windparks am Isthmus von Tehuantepec ausschließlich Energie für bestimmte multinationale Konzerne wie Coca-Cola oder Walmart produzieren. Die Erträge kommen nicht der einheimischen Bevölkerung zugute, die ironischerweise weiterhin viel Geld für ihren Strom bezahlen muss. Diese Windparks zerstören massiv und unwiderruflich die Ökosysteme des Isthmus von Tehuantepec. Daraus resultieren Vogelsterben, Lärmbelästigung, mikroklimatische Veränderungen, Ölabbfluss aus den Turbinen und das Verschwinden von Fischen und Garnelen aus der Lagune.“

Am 13. Juni verkündeten „Amerika21“ und „labournet.de“: „Die staatliche Bewilligung für den Windpark Gunaá Sicarú wurde rückgängig gemacht. Somit gilt das Projekt offiziell als gescheitert.“ Aufgrund des hartnäckigen Widerstands der betroffenen Einwohner und zusammen mit Nichtregierungsorganisationen sei es gelungen, die Umwandlung der Landschaft in ein Industriegebiet mit weitreichendem ökologischen Schädigungspotenzial abzuwehren. Die Kündigung dieser Verträge sei ein historisches Ereignis für die Verteidigung des Landes, des Territoriums und der natürlichen Ressourcen der Agrar- und indigenen Gemeinschaften in Mexiko und dem übrigen Lateinamerika.

Wachsende Kritik auch in Afrika

Auch in Afrika werden sich Menschen gegen die Klimawende-Investoren erheben. Im Norden Kenias ahnten die Men-

schen 2008 nichts von ihrer geplanten Enteignung und erst recht nichts von der verheerenden Dürre, die nach der Inbetriebnahme des Lake-Turkana-Windparks (LTWP) im Norden des Landes mit 342 Windrädern ab 2019 einsetzen sollte.

Im April 2015 stellte das Portal „truthout.org“ („Heraus mit der Wahrheit!“) anlässlich des Projekts LTWP die Frage: Wer profitiert eigentlich von der Absicht der Regierung, die Energieerzeugung durch Windkraft voranzutreiben? „Wir sind 400 Kilometer nördlich von Nairobi. Dorthin soll der Windstrom geliefert werden. Einige Kilometer vor dem Areal des geplanten Windparks endet die von den Chinesen gebaute gepflasterte Straße vor dem verschlafenen Dorf South Horr. Hierher sollen die Windräder aus dem 1200 Kilometer entfernten Hafen von Mombasa transportiert werden.“

Weiter schreibt „truthout.org“: „Die Dorfältesten berichteten uns, dass LTWP-Agenten 2008 Fotos von allen Personen vor ihren Häusern gemacht hätten. Der Chief Simon beauftragte einen Dorfbewohner, die Dokumente für ihre Manyatta (Dorf der Massai) zu holen. Er brachte Papiere von LTWP mit der Überschrift ‚Lake Turkana Wind Power Limited‘. Den Text in englischer Sprache ‚Acknowledgement of Relocation of Project Affected Structures (Manyatta’s)‘ konnte niemand aus dem Dorf lesen. Jedes Papier war mit einem Dauenabdruck unterzeichnet. Was bedeutet, dass das Land jetzt nicht mehr den Massai gehört. Sie haben auch keinen Anspruch auf Entschädigung, da das Gebiet für 99 Jahre an das Lake Turkana Wind Farm Projekt verpachtet wurde.“



GRÜNFELDE

Die „heiße“ Schlacht bei Tannenberg

Etwa 25.000 Zuschauer aus aller Welt waren gekommen, um sich den nachgestellten Kampf anzusehen

VON DAWID KAZANSKI

Die spektakuläre Nachstellung der Schlacht bei Tannenberg am 15. Juli 1410 wurde in diesem Jahr von rund 25.000 Zuschauern aus der Republik Polen und der ganzen Welt verfolgt. Sie alle saßen auf dem Hügel, der ein natürliches Amphitheater ist und auf dem bedauerlicherweise kein einziger Baum zu finden ist. Im normalen Alltag ist dieser Hügel eine Wiese. Die Menschen suchten Schutz unter Mützen, Tüchern und Regenschirmen, aber trotzdem klagten alle über die ungeheure Hitze an diesem Tag.

Viele Menschen mussten die Sanitäter in Anspruch nehmen, die seit dem Morgen vor Ort waren. Schlimmer noch erging es den ritterlichen Darstellern, die nicht nur in Metallrüstungen und Helmen gekleidet waren, sondern auch gepolsterter Hosen und Kaftane darunter trugen, um sich vor Schlägen zu schützen.

Die Ritter übergossen sich vor der Schlacht mit Wasser und tranken Getränke mit Mineralien, doch der Kampf in der prallen Sonne war eine ungeheure Anstrengung für alle bewaffneten Männer. Das Szenario der Aufführung basierte wie jedes Jahr auf der „Chronik“ von Jan Długosz. Die Überlieferungen von Długosz gelten als die umfassendste Quelle über die Schlacht bei Tannenberg, obwohl ihr Autor gar nicht daran teilgenommen hat, da er erst fünf Jahre nach der Schlacht geboren wurde. Der Schlachtverlauf wurde Długosz von seinem Vater und seinem Onkel, die an der Auseinandersetzung beteiligt waren, geschildert. Nach Długosz' Bericht verloren die Or-



Ein Hügel für Zuschauer, wo sonst nur Wiesen sind: Das „Schlachtfeld“ in Grünfelde

Foto: D.K.

denstruppen und ihre Verbündeten die Schlacht, und der Großmeister fiel.

Die Nachstellung der Schlacht bei Tannenberg, die jedes Jahr am Jahrestag des Sieges der polnischen und litauischen Armeen über die Ritter des Deutschen Ordens stattfindet, ist eine der größten Veranstaltungen zur Präsentation mittelalterlicher Kultur in Europa und gleichzeitig eine der wichtigsten in der Region. Sie wird seit 1998 veranstaltet. Auf den

Feldern in der Nähe von Tannenberg treffen sich Tausende von mittelalterlichen Darstellern und Mittelalterfans aus der ganzen Welt, darunter aus Deutschland, Italien, Frankreich, Finnland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Russland, Weißrussland, der Ukraine und sogar aus den Vereinigten Staaten und Neuseeland.

Dank des Engagements zahlreicher Menschen gelingt es, jedes Jahr Zehntau-

sende von Touristen begrüßen zu können, die dieses außergewöhnliche Schauspiel sehen wollen und sich amüsieren möchten.

Der Höhepunkt der sogenannten Tannenbergtage ist die Nachstellung der denkwürdigen Schlacht von 1410, an der rund 1250 historische Darsteller teilnehmen. Das ist freilich ein verschwindend geringer Teil der Ritter, die nach den Forschungen der Historiker 1410 auf den

Feldern von Tannenberg kämpften. Man schätzt, dass sich die Zahl der Krieger auf beiden Seiten des Konflikts damals auf etwa 60.000 bis 70.000 belaufen haben könnte.

Interessante Attraktionen im Vorfeld

Wie jedes Jahr gab es im Vorfeld des Hauptereignisses zahlreiche interessante Attraktionen, die bereits drei Tage vor der Veranstaltung begannen. Die Organisatoren und die ersten Ritterschauspieler tauchen jedoch gewöhnlich früher auf – zehn Tage vor der Veranstaltung. In dieser Zeit finden die logistischen und quartiermeisterlichen Arbeiten an der entstehenden „historischen Burg“, der Palisade, dem Turnierplatz, den Wachtürmen oder den Toren statt.

Einige Tage vor der Wiederaufführung der Schlacht finden auch Ritterturniere, Vorführungen alter Handwerke, Musikkonzerte und vieles mehr statt. Es lohnt sich, zumindest einige von ihnen zu erwähnen. Dazu gehören Bogenschützturniere, mittelalterliche Stände, Vorführungen ritterlicher Kämpfe, Feuervorführungen, zahlreiche Arbeitsgruppen, darunter auch Werkstätten für gregorianische Gesänge, deren Teilnehmer ihre Kunstfertigkeit während der Sonntagsmesse präsentieren.

Vor der Nachstellung der Schlacht am Tannenberg-Denkmal nehmen Vertreter der Woiwodschaft und der lokalen Behörden am sogenannten Tannenberg-Appell teil, mit dem sowohl die Gefallenen und Kämpfenden während der mittelalterlichen Schlacht als auch alle die, welche im Laufe der Jahrhunderte in Schlachten gekämpft haben, geehrt werden.

ALLENSTEIN

Das südliche Ostpreußen vor und nach dem Krieg

Die Ausstellung „Atlantis des Nordens“ zeigt Fotos und Dokumente aus polnischen Archiven

Die Gesellschaft der Freunde der Stadtbibliothek in Allenstein organisierte vom 30. Juni bis 8. Juli die Fortsetzung des Literaturfestivals „Atlantis des Nordens II“. Startpunkt war die Eröffnung der Ausstellung „Das zweite Leben des Atlantis des Nordens“ in der Kunstgalerie BWA beim Planetarium in Allenstein mit Fotos aus Ostpreußen vom Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts. Einen Dokumentarfilm und andere Zeitzeugnisse aus den Jahren nach 1945 präsentierte Artur Sobiela im Nordinstitut „Wojciech Kętrzyński“ in Allenstein.

Geprägt wurde der Begriff „Atlantis des Nordens“ für das untergegangene Ostpreußen vom Dichter Kazimierz Brakoniecki, der vor über 30 Jahren die Kulturgemeinschaft „Borussia“ mitgegründet hat. Er hatte damals ein Buch mit diesem Titel herausgebracht und ist sowohl Initiator der Festivals als auch Kurator der Ausstellung, die eine abgespeckte Version der Ausstellung „Atlantis des Nordens. Das ehemalige Ostpreußen in Photographien“ von 1993 in derselben Galerie ist.

Auslöser war Königsberg

Es begann mit einer Fahrt mit der „Borussia“ ins Königsberger Gebiet und dem Erleben der dortigen Ruinen. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren sind zwar we-

sentlich mehr ihrer Zeugnisse übrig, doch Kazimierz Brakoniecki wurde neugierig auf das damalige Leben. „Es mussten doch noch Bilder des damaligen Ostpreußen und seiner multikulturellen und multinationalen Wirklichkeit zu finden sein. Also habe ich mich mit Konrad Nawrocki vom Institut für Kunst der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Verbindung gesetzt und ihm gesagt ‚Ihr habt doch sicher etwas‘, schildert er. Und das Institut hatte eine ganze Menge – Tausen-

de Negative auf Glas. 517 Fotos wurden ausgewählt und mit Mitteln der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zu Bildern der Ausstellung. Dabei setzte sich Brakoniecki mit seiner Vision einer Darstellung des Alltagslebens, der Kultur und natürlichen Landschaften durch, die meist bereits nach dem Ersten Weltkrieg verschwunden waren. Die erstmals nach 1989 gezeigten Bilder wurden damals zu einem kulturellen Ereignis, das große Wellen schlug.

Die Idee der Darstellung gilt auch für die Ausstellung „Das zweite Leben des Atlantis des Nordens“, die jetzt etwa die Hälfte der damaligen Fotos zeigt. Zielgruppe ist die nächste Generation, so Brakoniecki: „Ich hatte angenommen, dass die Vergangenheit friedlich abgeschlossen ist, aber die jungen Menschen kommen und suchen, weil in Mitteleuropa alles durcheinander geht und die Frage der regionalen Verwurzelung wieder aufgeworfen wird.“ Besuchen kann man die Ausstellung noch bis zum 6. August.

Anfang des Jahrhunderts, Ende des Weltkriegs

Eine ganz andere Zeit zeigte eine Woche später Artur Sobiela im Nordinstitut „Wojciech Kętrzyński“. Kernpunkt war der 16-minütige Dokumentarfilm „Warmia i Mazury“ („Ermland und Masuren“) von Włodzimierz Puchalski von 1947. Dieser wartet zwar mit einem Kommentar auf, der trotz vorheriger Konsultation mit Einheimischen einige unverständliche sachliche Fehler und dazu das damals übliche propolnische Pathos enthält, zeigt aber in den Bildern sehr deutlich die damalige Situation. Es mag etwas geschönt unter Auslassung von großen Schutthäufen sein, doch das geübte Auge des Regisseurs Puchalski, der eigentlich Naturfilmer war,

präsentiert die Schönheiten der Kultur und Natur der Region in bestem Licht.

Auf Grundlage eines Stadtplans von Allenstein von 1946, dem ersten in hoher Auflage gedruckten nach dem Zweiten Weltkrieg, ließ Sobiela den Wiederbeginn der Entwicklung der Stadt Revue passieren. Sie war wesentlich kleiner als heute, einige der Straßennamen im Zentrum waren anders, besonders interessant war jedoch die rege privatwirtschaftliche Initiative der damaligen Zeit. Unbeeindruckt von drohenden politischen Änderungen in diesem Bereich ließen Händler und Dienstleister Reklamen auf dem Stadtplan drucken. Dabei konzentrierte sich das Leben auf die Straßen um das Rathaus herum.

Ebenfalls mit wenig Respekt vor dem bald danach nicht mehr Erlaubten formulierte Jan Grabowski die Texte in seinem touristischen Reiseführer „Masuren und Ermland“ von 1948, den Sobiela als drittes Zeitdokument präsentierte. Er legte den Finger in Wunden wie die vielen Zerstörungen und die nicht selten konfuse Umbenennungen von Orten und Straßen, und tat dies mutig in einer prägnanten, manchmal derben, aber literarischen Sprache. Insgesamt formte sich aus den drei Zeitzeugnissen ein interessantes Bild des Übergangs der Stadt Allenstein und der Region nach dem Jahr 1945. U. Hahnkamp



Ausstellung in Allenstein: Besucher betrachten alte Aufnahmen

Foto: U.H.

**ZUM 99. GEBURTSTAG**

Soboll, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. August
Sommerfeld, Hanna, geb. **Langer**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August
Pröchtel, Elga, geb. **Bendzko**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 4. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Meyer, Ruth, geb. **Lojewski**, aus Treuburg, am 4. August
Pautsch, Rosa, geb. **Dietrich**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August
Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Alexander, Ruth, geb. **Weutschat**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 6. August
Kampmann, Fred, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 8. August
Kusserow, Hanna, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, am 6. August
Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Pachan, Hugo, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Piechottka, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August
Windwehr, Käte, geb. **Endom**, aus Wehlau, am 9. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. August
Bierfreund, Brunhilde, geb. **Bytzek**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 5. August
Brasgalla, Eitel, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 5. August
Butanowitz, Erna, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. August

Donder, Günter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. August
Hrastnick, Erna, geb. **Krüger**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 9. August
Kazich, Herbert, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 7. August
Keding, Helmut, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 10. August
Kinne, Irmgard, geb. **Buddrus**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August
Kummer, Waltraut, geb. **Kirstein**, aus Goldbach, Kreis Mohrunen, am 9. August
Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. August
Söcknik, Harry, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bölick, Frieda, geb. **Thiel**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. August
Graefe, Inge, geb. **Erdmann**, aus Lyck, am 9. August
Lehmer, Gertrud, geb. **Moskwa**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 6. August
Pietsch, Helga, geb. **Matties**, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 7. August
Rudat, Kurt, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 7. August
Schlenstedt, Annemarie, geb. **Müller-Heinemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 7. August
Spohrer, Ursula, geb. **Matern**, aus Fischhausen, am 9. August
Tuchlinski, Carmen, geb. **Wöhre**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Acker, Irmgard, geb. **Sdorra**, aus Lyck, am 7. August
Bischoff, Hildegard, geb. **Köppe**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 9. August
Conrad, Horst, aus Groß Engela, Kreis Wehlau, am 4. August
Eixmann, Irene, geb. **Stahl**, aus Schuckeln, Kreis Ebenrode, am 8. August
Hechler, Eva, geb. **Barnowski**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. August

Hoef, Margot, aus Borowitz Mühle, Kreis Neidenburg, am 6. August
Jerosch, Magdalene, geb. **Eliau**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. August
Karrasch, Erika, geb. **Maletzki**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 4. August
Koloska, Elfriede, geb. **Westphal**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 4. August
Kostrewa, Lothar, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. August
Kraft, Elfriede, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. August
Lewandrowski, Heinz, aus Neidenburg, am 9. August
Romanski, Marta, aus Sorquitten, Kreis Sensburg, am 7. August
Rosowski, Anneliese, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Scharfenort, Georg, aus Salza, Kreis Lötzen, am 7. August
Schierstein, Ursula, geb. **Jopp**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 10. August
Schroll, Maria, geb. **Gwiasda**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Seidler, Klara, geb. **Wosing**, aus Wehlau, am 8. August
Switalski, Johanna, geb. **Gertulla**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Wolff, Günther, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 8. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendig, Wilhelm, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 9. August
Bergert, Margarete, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. August
Harder, Philomena, geb. **Eisenbarth**, aus Gauleuden, Kreis Wehlau, am 10. August
Kanigowski, Irmgard, geb. **Wilke**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 5. August
Kloß, Edelgard, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 8. August
Landt, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. August
Poppe, Ursel, geb. **Noga**, aus Straußdaunen, Kreis Lyck, am 10. August
Quass, Werner, aus Tannau, Kreis Treuburg und aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 8. August

Rettig, Gerda, geb. **Vollert**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. August
Speicher, Gerhard, aus Lyck, am 6. August
Tarrach, Artur, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 7. August
Upadek, Irma, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balewski, Horst, aus Klein Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Bartsch, Herbert, aus Großuderthal, Kreis Wehlau, am 10. August
Burhenne, Gertrud, geb. **Zeier**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 7. August
Czerwonka, Heinz, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 7. August
Erleben, Ursula, geb. **Rippke**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 6. August
Fischer, Gisela, geb. **Thiel**, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 4. August
Hakus, Helmut, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 6. August
Hogrebe, Ilse, geb. **Krüger**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. August
Jonseck, Ursula, geb. **Pastewski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. August
Köhler, Erika, geb. **Kühn**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 9. August
Krispin, Ernst, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. August
Kurras, Irmgard, geb. **Magdowski**, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 5. August
Lange, Helga, aus Groß Herme-nau, Kreis Mohrunen, am 7. August
Lorenz, Helmut, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 10. August
Runge, Ursula, geb. **Michalsky**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 8. August
Somplatzki, Elvira, geb. **Ohrdorf**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 3. August
Waschull-Fikowra, Renate, geb. **Waschull**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 8. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borowski, Sabine, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. August
Brand, Elly, geb. **Albat**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. August
Diedrich, Gisela, geb. **Wiegatz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 10. August
Drotleff, Johanna, geb. **Freiheber**, aus Borken, Kreis Lyck, am 6. August

Kulturzentrum Ostpreußen

Das Kulturzentrum Ostpreußen zeigt noch bis zum 3. September: Dokumentation **Von der Kleinbahn bis zum Hofzug – Zur Geschichte der Eisenbahn zwischen Weichsel und Memel**. Die neu erarbeitete Dokumentation gibt zunächst einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Eisenbahnwesens in der damaligen östlichsten Provinz Deutschlands. Darüber hinaus werden zahlreiche weitere, eher unbekanntere, aber spannende Themen vorgestellt, die die Vielfalt des Verkehrsträgers Schiene beleuchten und auch aufschlussreiche Gegenwartsbezüge, wie die Elektromobilität, lie-

fern. Daneben gibt es die Möglichkeit einer virtuellen Zugfahrt durch Ostpreußen in den 1930er Jahren vom Seebahnhof Pillau bis zum Grenzbahnhof Prostken in Masuren. Eindrucksvolle, zum Teil noch nie in der Öffentlichkeit gezeigte Exponate vertiefen die Informationstexte.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen / Bayern, Telefon (09141) 86440, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr



Bahnhof Lasdehnen der Pillkaller Kleinbahn, um 1920: Titelbild

Feld, Regina, geb. **Block**, aus Wehlau, am 6. August
Gundlach, Kunigunde, geb. **Dill**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 9. August
Hahn, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 8. August
Kossinna, Manfred, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 9. August
Kowitz, Renate, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 8. August
Meyer, Sigrid, geb. **Sadlowski**, aus Ortelsburg, am 8. August
Pichottki, Alfred, aus Groß Rüp-pertsvalde, Kreis Mohrunen, am 4. August
Schmidt, Rosemarie, geb. **Kobbert**, aus Paggehenen, Kreis Fischhausen, am 6. August
Seifermann, Hulda, geb. **Kleinhans**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. August
Stemm, Inge, geb. **Schneiderei**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 9. August
Sulimma, Kriemhilde, geb. **Pahl**, aus Röbel, Kreis Lötzen, am 9. August
Taday, Erika, geb. **Loch**, aus Wal-lendorf, Kreis Neidenburg, am 8. August
Teuke, Liselotte, geb. **Wysotzki**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 10. August
Tietz, Else, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 4. August
Waschke, Dieter, aus Lyck, am 7. August

Wilzewski, Ingrid, geb. **Marzian**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. August
Woykenat, Dieter, aus Treuburg, am 5. August
Ziegler, Waltraud, geb. **Romeike**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 10. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahlbrecht, Hildegard, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. August
Arnold, Sigrid, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. August
Kestel, Doris, geb. **Dudda**, aus Treuburg, am 5. August
Kruppke-Waschkowitz, Elfe, geb. **Kruppke**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 4. August
Lask, Jürgen, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 8. August
Milewski, Dieter Arno, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg und aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. August
Petroschka, Karl-Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kossack, Helga, geb. **Wälde**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 9. August
Schäfer, Edith, geb. **Feltan**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 4. August

Zusendungen für die Ausgabe 33/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 33/2023 (Erstverkaufstag 18. August) **bis spätestens Dienstag, den 8. August**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam
 9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
 7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
 10. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
 11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

„Rolf Burchard – Ein Schweizer aus Ostpreußen in Hof“

Hof – Bis zum 24. September findet im Reinhart-Kabinett in Hof eine Ausstellung anlässlich des 40. Todestages von Rolf Burchard statt. Dieser war 20 Jahre lang Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof. Einen Großteil seines Arbeitslebens unterrichtete er Kunstszene am Schiller-Gymnasium Hof. Als vielseitiger Künstler war er weit über die Region hinaus bekannt.

Zur Vernissage kamen so viele Interessierte, dass die Stühle nicht ausreichten. Die Begrüßung erfolgte durch den 1. Vorsitzenden des Kulturkreises Hof, Stefan Pohl, der sich besonders bei der Ideegeberin Christl Starosta bedankte. Nach dem Grußwort der Oberbürgermeisterin Eva Döhla wurde Rainer Schmidt ans Rednerpult gebeten. Der ehemalige Direktor des Schiller-Gymnasiums hatte Burchard zwar nicht mehr kennengelernt, konnte aber dessen Lebenslauf mit einigen ihm bekannten Anekdoten würzen. Danach überließ er die künstlerische Expertise Sebastian Schumann, dem Kunstlehrer des Schiller-Gymnasiums Hof. Dieser präsentierte dem aufmerksamen Publikum eine launige Kunststunde. Als Einstieg wählte er drei Bilder, auf denen Getreidegarben zu sehen waren. Das fachkundige Publikum konnte die Werke sofort den Malern Vincent van Gogh, Claude Monet und Rolf Burchard zuordnen. Schmunzeln rief die Bemerkung des Referenten hervor, dass Burchard so mannigfaltig künstlerisch tätig war, dass er heute an keiner Kunsthochschule mehr angenommen werden würde.



Rolf Burchard wurde zum 40. Todestag eine Ausstellung gewidmet: Werbeposter des Kulturkreises Hof Foto: KulturKreis Hof e.V.

Aquarell, Holz- oder Linolschnitt, das Vertriebenendenkmal an der Blücherstraße, die Ausgestaltung der Dreieinigkeitskirche in Hof und anderer öffentlicher Gebäude, die Liste seiner Werke ist lang und zeigt die Vielseitigkeit des Gelehrten. Zwei Bilder hatten Schumann besonders beeindruckt. Bei dem anschließenden Gang durch die Ausstellung sorgten seine Ausführungen für genaues Betrachten der Werke und regten manche Diskussionen an.

Geöffnet ist das Reinhart-Kabinett immer Freitag, Sonnabend und Sonntag von 14 bis 17 Uhr.



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Ostpreußen-Gottesdienst Harburg – Sonntag, 6. August, 11 Uhr, St. Johanneskirche Harburg, Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Harburg-Mitte, Bremer Straße 9, 21073 Hamburg: Ostpreußen-Gottesdienst. Gäste sind herzlich willkommen.

Frauengruppe Bergedorf – Freitag, 11. August, 15 Uhr, Altengammer Hauptdeich 82, 21039 Hamburg, Hofcafé Haus Anna Elbe: Treffen der Bergedorfer Ostpreußen-Frauengruppe zu Kaffee und Kuchen. Gisela Harder



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Landestreffen Düsseldorf – Sonnabend, 19. August, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Landestreffen. Es wird veranstaltet von der Landsmannschaft Ostpreußen, der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Pommerschen Landsmannschaft, der Landsmannschaft Schlesien sowie dem Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen. Klaus-Arno Lemke



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Donnerstag, 17. August, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der Kirchengemeinde Adelby: Kaffeetafel und anschließend um 16 Uhr: Orgelkonzert mit Organist Rösch in der Kirche Adelby. Anmeldungen bitte bis zum 10. August an Frau Kunde. Michael Weber,



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Wahl der Kreistagsmitglieder Rendsburg

– Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Kleiner Festsaal, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Im Herbst dieses Jahres endet

die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen): drei Vertreter, Assaunen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggarden/Löwenstein, Molthainen/Molmehnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDawe: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Pa-

Fortsetzung auf Seite 16



Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 6. August, 14 Uhr, 1,50 Euro, zusätzlich Museums-eintritt: **Dünen, Kähne und ein Leuchtturm – Bilder von der Kurischen Nehrung.** Sonntagsführung mit Dr. Jörn Barfod. Das ungewöhnliche Licht, die hohen Dünen und das Leben der Fischer hatte Maler seit dem späten 19. Jahrhundert fasziniert. Sie suchten kleine, entlegene Orte auf, genossen Ruhe und Freiheit und wurden zum Malen angeregt. Dies traf auch für das Fischerdorf Nidden auf der Kurischen Nehrung zu. Die Führung geht zu Gemälden, die auch heute etwas von dieser Faszination zeigen, die ihre Schöpfer vor rund 100 Jahren bewegte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 10. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Die Magie der Archäologie - Funde aus alten Zeiten,** Kinderclub mit Os-

kar Freitag. Wusstet ihr, dass das Ostpreußische Landesmuseum seinen schwierigen Namen von einem alten, fast völlig vergessenen Volk geerbt hat, nämlich den sogenannten Prußen. Sie waren der Namensgeber für das Wort „Prußen“. Aber wer waren diese Prußen, und wie haben sie wohl vor über tausend Jahren in Osteuropa gelebt? Das wollen wir herausfinden und gehen der Sache auf den Grund. Dabei lernen wir, was eigentlich Archäologie ist und wie sie helfen kann, solche schwierigen Rätsel zu lösen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sieben bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefonnummer (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 15. August, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Sittenbilder**

der Kantzeit. Von Menschenliebe, Reinlichkeit und anderen Tugenden. Bildvortrag im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Dr. Tim Kunze. Bilder schaffen es, uns einen Einblick in den Zeitgeist der jeweiligen Epoche zu geben und verraten uns Dinge über die Ideale ihrer Zeit. In seinem Vortrag zeigt Kunze, Kurator der in Lüneburg entstehenden Kantausstellung, zahlreiche Bilder aus der Zeit der Aufklärung und erläutert ihre Hintergründe. Warum spielen Knaben und Mädchen so unterschiedlich? Warum werden Arbeit und Reinlichkeit zu Kardinaltugenden? Warum sieht Natürlichkeit so anders aus als heute? Die Bilder öffnen den Blick für die ursprüngliche Bedeutung vieler noch heute gültiger sozialer Ideale oder Ideen der Aufklärung. Vergleiche zu aktuellem Bildmaterial verdeutlichen die Unterschiede. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
 Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefenbenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereins-satzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno;

Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher;

Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/Löwenstein: Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/Momehlen: Monika Weppelmann;

Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDAWE: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 7. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Kirsten Nelles, Unterstraße 13a, 24977 Langballigholz, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen

Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Vorstands- und Kreistagsitzung

Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Vorstand- und Kreistagsitzung mit folgender Tagesordnung: Regularien, Zukunftsperspektiven, Satzung, Freistellung FA, Finanzplanung, Masuren- und Bruderhilfe, Hauptkrestreffen, Personalien, Verschiedenes. Klaus Downar

Hauptkrestreffen

Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkrestreffen, um 11 Uhr beginnt die Feierstunde mit Programm „Erinnerungen an die Heimat“ mit folgender Tagesordnung: Begrüßung, Bericht Vorstand, Kassenprüfbericht, Entwicklung Stadt und Land Johannisburg, Grußworte, Totenehrung, Ehrungen/Auszeichnungen, Personalien, gemeinsames Mittagessen. Wir laden herzlich ein und wünschen gute Anfahrt. Klaus Downar



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Dieter Arno Milewski zum 80.

Bad Rothenfelde – Am 8. August 1943 erblickte unser Jubilar und 1. Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. in Groß Retzken (Kreis Treuburg in Ostpreußen) auf dem Küchentisch seines Elternhauses das Licht der Welt.



Am Ortsschild von Groß Retzke im Kreis Treuburg: Dieter Arno Milewski bei einer seiner Ostpreußenreisen

Die Kindheit verbrachte er in Widminnen im Kreis Lötzen. In der dortigen Dorfschule sprach man nach dem Kriegsende polnisch, zu Hause wurde ostpreußisch gesprochen. So wuchs er als Deutscher zwischen Polen heran und spricht heute polnisch und deutsch. Dies kommt ihm bei seinen Fahrten nach Ostpreußen zu-

gute. Bis zum achten Schuljahr ging er zur polnischen Schule. Erst im Januar 1957 kam er als Jugendliche mit seiner älteren Schwester und seiner Mutter mit dem Zug über Friedland nach Bad Rothenfelde. In Friedland wurde die Familie vom Vater, der bereits im Westen der Bundesrepublik gewohnt hatte, abgeholt und so begann die

Zukunft von Dieter Arno Milewski in Niedersachsen.

In Espelkamp (Nordrhein-Westfalen), verbrachte er die weitere Schulzeit im Internat und verließ dieses mit einem sehr guten Zeugnis. Nach dem Internat begann das Berufsleben. Viele Dinge waren noch neu und wurden ausprobiert. Eine Ausbildung im kauf-

Rätsel

trocken wischen, blank putzen	Körperflüssigkeit	Staat im Baltikum	Währung in Japan (100 Yen)	Goldbrasse; Goldmakrele	gleitende Bewegung	freundlich	veraltet: Adliger	Urgrümmutter (Kosewort)	Materialsplitter	Anmerkung	australischer Laufvogel	österr. Bad im Salzkammergut	Vorname von Bismarck	blut-saugendes Insekt	italienische Hauptstadt	
Vorname Venturas			Ausflug zu Pferde	oberhalb von etwas			beklemmend; hohl klingend		Monatsname		Diplomat, Unterhändler		koffein-haltiges Kaltgetränk	Schwermetall		
Gesellschaftsanzug (Kzw.)	Figur aus der „Sesamstraße“	großer schwarzer Vogel	geripptes Baumwollgewebe	Selbstsucht	ugs.: ver-schwen-derisch umgehen	an einer höher gelegenen Stelle	dt. Dichter (Hermann)	jap. Form des Ring-kampfs	rückbez. Fürwort (dritte Person)	franz. Apfel-branntwein	Stadt an der Mosel	seelischer Schock	griechische Göttin	heiße Klimazone		
Verpackungsgewicht	kalkulieren, genau erwägen	eingeschaltet, nicht aus	Frau Jakobs im A. T.	Kobold, Zwerg	spanisches Weinlokal	ausführliche Erläuterung	anhand, per; über (lat.)	flüssiges Fett	Rätselfreund	med. Fachgebiet (Abk.)	vordringlich	Werk Homers				
Strom in Ost-sibirien	trockener Rotwein aus Piemont	gälischer Name Irlands	Himmelsrichtung	Wand-, Bodenplatte	bibli-scher Prophet	Reiter-schau der Cowboys	dünner, biegsamer Stock									
Entwicklungsrichtung, Tendenz	bestimmter Artikel	Wagen-ladung, Fuder	Sitten-lehre	Wand-, Bodenplatte	Freude; Sinnlich-keit, Ver-langen	lieber, wahr-scheinlicher	dehnbares Hohl-organ	Spiel-, Wett-kampf-klasse	Auf-sehen, Skandal	Fenster-vorhang	flieder-blau, hell-violett	elektr. geladene Teilchen	in Rich-tung, nach			
	Nahrung geben															
	lauter Ausdruck der Trauer	Gesangs-paar	Groß-vater	Well-ness-bad	Manns-bild, Bursche											
	Sing-vogel															
	Drama von Ibsen	Eian, Schwung (englisch)		Bruder Kains												
				Dienst-stelle, Behörde	An-zeichen von Mü-digkeit											

Magisch: 1. Aktiver, 2. Mineral, 3. Gefasel
Kirsche
5. Marschall, 6. Geschirr, 7. Gebäude
2. Arbeiter, 3. Scherben, 4. Deutsch
1. Wettkampf

Mittelworträtsel: 1. Wettkampf

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

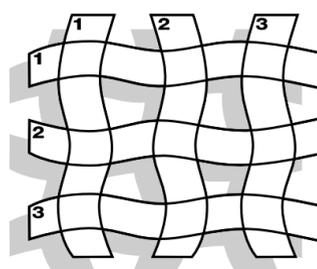
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

KWY	KLLY	AKUZ	EFST	EINTT	DEER	EILST
		EFILT				FHO
ABELN				EHR		
		DIOS TU				
ALU	EOTZ			EFL		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Baum-, Steinfrucht.

1	SPORT					REGELN
2	BERG					SCHUTZ
3	GLAS					HAUFEN
4	ALT					LAND
5	FELD					STAB
6	KOCH					TUCH
7	BANK					TEIL



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Sportler
- 2 Bestandteil der Erdkruste
- 3 unsinniges Gerede

Heimatkreisgemeinschaften

männlichen Bereich, Dienste beim Grenzschutz und ein Studium der Betriebswirtschaftslehre schlossen sich an.

Parallel zum Berufsleben erfolgte die Familiengründung. 1970 heiratete Milewski seine große Liebe Liesel. Liesel führte eine Pension, und Dieter stieg im Berufsleben zum Vertriebsleiter auf. Heute haben Liesel und Dieter zwei verheiratete Töchter und zwei Enkelkinder und genießen ihren wohlverdienten Ruhestand.

Der Heimatgedanke ist überdies nie abhandengekommen. Die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. ist für ihn, wie für sehr viele Aussiedler und Flüchtlinge, eine zweite Heimat in Gedanken geworden und geblieben.

Seit vielen Jahren ist unser Jubilar Mitglied in der Kreisgemeinschaft. 2014 wurde er zweiter Vorsitzender im Vorstand der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. An die Spitze der Kreisgemeinschaft trat Milewski am 12. Januar 2018 durch den Tod von Dieter Eichler als kommissarischer Kreisvertreter. Er musste von da an Dinge verantworten, die für ihn neu waren. Darüber hinaus kannte er nur unzureichend die Strukturen der Kreisgemeinschaften und der Landesvertretungen innerhalb der Landsmannschaft. Er meisterte diese Herausforderungen und konnte dabei von seinen Erfahrungen aus seinem reich gefüllten Berufsleben profitieren. Die Neuwahlen im Sommer desselben Jahres bestätigten ihn als 1. Vorsitzenden. Seitdem führt er die Kreisgemeinschaft mit Leidenschaft und hoher Einsatzbereitschaft in die Zukunft. Sein ganzes Herzblut steckt unser Jubilar als 1. Vorsitzender in die Arbeit für seine Kreisgemeinschaft. Dazu gehört es, zweimal im Jahr den Heimatbrief zu veröffentlichen und an den Tagungen der Kreisvertreter, den Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen und den Landestreffen teilzunehmen.

Auch stehen immer wieder Fahrten von Bad Rothenfelde nach Lötzen auf dem Programm, um Besuche vor Ort zu machen, und einmal im Jahr persönlich die Bruderhilfe an Bedürftige zu verteilen.

Er pflegt mit Leidenschaft den persönlichen Kontakt zu den deutschstämmigen Landsleuten, zum Deutschen Verein, zu den Verantwortlichen der Stadt Lötzen, der Patenstadt Neumünster ebenso wie zur Landsmannschaft Ostpreußen und den Spendern und Förderern der Kreisgemeinschaft.

Die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. ist Dieter Arno Milewski unendlich dankbar, dass er seine Tätigkeit so voller Elan und Freude erledigt. Wir wünschen ihm gute Gesundheit und dass alle seine Hoffnungen in Erfüllung gehen werden.

Im Namen aller Mitglieder der Kreisgemeinschaft e. V.

Der erweiterte Vorstand



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, ab 11 Uhr, Hotel Mercure, Raum: Berlin + Siegen + Köln: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck, mit der Kreisgemeinschaft Treuburg als Gast und folgendem Programm:

Sonnabend, 26. August, 11 bis 12.30 Uhr, Archiv, Elbersufer 20: Möglichkeit zur Besichtigung, 14 Uhr, Rathausstraße 13, Rathaus der Stadt Hagen: öffentliche Kreistagssitzung, 17 Uhr, Stadtgarten Hagen: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen, 17.30 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Räume, 19 Uhr: Hotel Mercure, Raum Berlin: Heimatabend.

Sonntag, 27. August, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume, 11 Uhr, Raum Berlin + Siegen + Köln: Feierstunde, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein, 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich. *Bärbel Wiesensee*



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Kölner Treffen

Köln – Sonnabend, 19. August, 13 Uhr, Brauhaus in Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Es besteht ab 13 Uhr die Möglichkeit, Mittag zu essen. Um 14 Uhr startet das Programm mit dem Geistlichen Wort, es folgt ein Vortrag über die zerstörten Kirchen im Memelland – Wer kann über „seine“ Kirche berichten? – und einem Bericht über die Aktivitäten im Memelland in diesem Jahr wie dem Tag der Deutschen Einheit im Oktober und andere Veranstaltungen. Anreise: Ab Hauptbahnhof Köln mit der Straßenbahn Linie 18 Richtung Thielenbruch bis zur Haltestelle Dellbrücker Hauptstraße.

Wir freuen uns über jeden, der kommt, und bitten um Anmeldung bei Herbert Jaksteit, unter Telefon (0170) 8315959 oder per E-Mail: HJaksteit@t-online.de

Herbert Jaksteit, Vorsitzender



Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Elisabeth Krahn – Nachruf

Celle – Am 29. Oktober 1935 wurde Elisabeth Krahn, geb. Przetak in Mohrungen in Ostpreußen geboren. Durch die Flucht 1945 kam die Familie nach Niedersachsen, wo sie bis zuletzt lebten.

Durch die kulturelle Arbeit ihres Vaters Erich Przetak und vielen Gesprächen über die Heimat innerhalb der Familie wurde bei ihr das große Interesse für Heimatarbeit geweckt. Ihr Vater gründete mit Anderen die Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten (MHN) und hielt die Geschichte der Heimat in Wort und Bild fest. Nach einem Kreistreffen in Hannover-Misburg 1980 bekam sie den ersten Einblick in diesen Bereich und sandte 1982 „Nachdenkliches einer Mohrungerin“ an den damaligen Redakteur der MHN. Ab 1984 wurde Elisabeth Krahn als ständige Mitarbeiterin der MHN.

Krahn wurde 1986 in den 3. Kreistag der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. gewählt. Seit 1991 war sie Redakteurin für Familiennachrichten. Sie besuchte regelmäßig die Schriftleiter-Seminare in

Bad Pyrmont. Sie veröffentlichte interessante Berichte in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt*.

Sie war auch an einigen Schulen als Zeitzeugin. 2012 wurde eine DVD am Hölty-Gymnasium Celle, gedreht. Bei der Ahnen- und Heimatforschung wirkte sie unterstützend mit.

In 2017 bildete sie einen „Telefon-Kreis“ und hielt regelmäßigen telefonischen Kontakt zu Landsleuten.

Für sehr viele, ehemalige Menschen aus dem Kreis Mohrungen und für die Freunde unserer Kreisgemeinschaft ist der Name von Elisabeth Krahn aufgrund ihrer Kontaktfreudigkeit und ihrem uneigennütigen Einsatz bei der Pflege und Bekanntgabe aller Freud- und Leid-Nachrichten, als Redakteurin der MHN und in anderen Publikationen der Heimatvertriebenen ein Begriff. Ihr Herz hat sie stets „aufs Papier geschüttet“!

Als Dank und Anerkennung ihrer Leistungen wurde Elisabeth Krahn von der Landsmannschaft Ostpreußen und Kreisgemeinschaft Mohrungen mit Ehrenzeichen in Gold und Silber ausgezeichnet.

Am 25. Juni verstarb unsere liebe, langjährige, sehr geschätzte Heimatfreundin. Die Kreisgemeinschaft Mohrungen wird ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Den Hinterbliebenen sprechen wir unser tiefempfundenes Mitgefühl aus.

Ingrid Tkacz,

Luise-Marlene Wölk

und Frank Panke, Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V.



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum – Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Heimattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Patenschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grunde wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden.

Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, Sie zu begleiten und ebenfalls an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte, die Kultur und die Menschen Ostpreußens aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben.

Ulrich Pokraka

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 13. August, 11.30 Uhr, An der Tent 9, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2024, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburgertreffen 2023/2024, 10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 6. August schriftlich oder telefonisch einzureichen.

Hubertus Hilgendorff

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 12., und Sonntag, 13. August, jeweils ab 9.30 Uhr: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 12. August, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia, Caspar-Baurstraße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne, ab 14 Uhr: geselliges Beisammensein im Hotel Kaiserhof.

Sonntag, 13. August, 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz Jesu in der Feldmark, 11 Uhr: Hauptkreistreffen, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, ein Mittagessen wird angeboten, 14.30 Uhr: Nach einer Musikeinführung der Blasmusik Lackhausen begrüßt der Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff die Gäste, Ansprachen halten Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich der Blasmusik Lackhausen und dem Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30: geselliges Beisammensein. Bei der Anreise per Navi, bitte „Wesel, Rundsporthalle“ eingeben.

Hubertus Hilgendorff



Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640.

Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840.

Internet: www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Mitgliederversammlung im Rahmen des

Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, 2. Totengedenken, 3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, 4. Feststellung der Beschlussfähigkeit (bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet), 5. Genehmigung der Tagesordnung, 6. Grußworte, 7. Jahresberichte des Vorstandes, a. Vorsitzender, b. 2. Vorsitzender, Heimatbriefredaktion, Heimatbücher, Mitgliederbetreuung, Schatzmeister, c. Werner Schimkat Internetaufrtritt, d. Hauke-Hermann Egger, Aktuelles aus der Heimat, 8. Bericht der Kassenprüfer über Haushalte 2022, 9. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes, 10. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2024, 11. Wahlen: 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzende, Schatzmeister, zwei Beisitzer, 12. Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2022 und 2023, 13. Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder, 14. Beratungen über die Zukunft der Kreisgemeinschaft, (siehe Heimatbrief 103, Seite 168 ff.), 15. Anfragen und Anregungen der Mitglieder, 16. Schlusswort des Vorsitzenden, 17. Ostpreußenlied. Zum Nachmittagskaffee lädt die Kreisgemeinschaft ein.

Wer für zehn Euro um 17 Uhr am Abendessen teilnehmen möchte, sollte sich bis zum 28. August bei Gerd Gohlke, unter Telefon (0171) 5317 892 anmelden. Um 19 Uhr beginnt das diesjährige Kreistreffen.

Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft sehr freuen. *Gerd Gohlke und Ingrid Eigenbrod*

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 3. September: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung (siehe oben), 19 Uhr, Tapiauer Stein im Park der Freudenburg: Gedenken, 19.30 Uhr, Vorwerk: Gemäldeausstellung, gemütliches Beisammensein mit Erzählungen, Bildern, Kurzfilmen, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 3. September, 10.30 Uhr, Kreismuseum in Syke, Park des Kreishauses Syke: Gedenken am Wehlauer Stein, 11 Uhr: Feierstunde zu 50 Jahre Patenschaften Tapiau-Bassum, Syke-Wehlau, Begrüßung, Grußworte, Festvortrag zur Geschichte der Patenschaften und des Wehlauer Heimatmuseums, Ostpreußenlied, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Besichtigung der überarbeiteten Dauerausstellung im Wehlauer Heimatmuseum und des Forums „Gesseler Goldhort“ mit der Möglichkeit zur Pause im Museumsgarten, bei schlechtem Wetter auf der Diele des Kreismuseums, 17 Uhr: Schluss des Kreistreffens.



Beim Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf: Schriftleiterin der MHN, Landesfrauenleiterin in Niedersachsen Elisabeth Krahn *Foto: Ingrid Tkacz*



KULTURERBE

Im Dienste der Völkerverständigung

Die Volkstanzgruppe im BdV Hof nahm in schlesischer Tracht an der 58. Europeade in Gotha teil – Teilnehmer aus 23 Ländern

VON JUTTA STAROSTA

Die seit seiner Gründung im Jahr 1963 jährlich stattfindende Europeade hat das Ziel, Gesang und Musik, Tanz und Tracht als Kulturerbe zu bewahren und der Völkerverständigung zu dienen. Jeweils im Sommer treffen sich Tausende Teilnehmer für eine Woche an einem Ort in Europa. Die verschiedenen Gruppen prägen Tag und Nacht das Stadtbild und präsentieren auf Bühnen und Plätzen ihre landestypische Kultur.

Nachdem die 58. Europeade in Gotha, kaum zwei Fahrstunden von Hof entfernt, stattfand, machten sich neun Mitglieder der Volkstanzgruppe im BdV Hof auf den Weg nach Thüringen. Die meisten der Teilnehmer nahmen zum ersten Mal an diesem Festival teil. Entsprechend groß waren die Erwartungen und die Aufregung. In Gotha traf man sich mit über 4000 Teilnehmern aus 23 Ländern zum fröhlichen Tanzen, Singen und Musizieren. Trachtengruppen aus ganz Europa, von Litauen bis Spanien, von Belgien bis Rumänien reisten mit Fahrrad, Auto oder Bus an, um miteinander zu feiern und für Völkerverständigung und Frieden zu werben. Die schlesischen Farben wurden von über 100 Teilnehmern in Trachten aus den unterschiedlichen schlesischen Regionen präsentiert.

Am Anreisetag wurde das Quartier belegt. Die Hofer waren mit den anderen Schlesiern in zwei Turnhallen untergebracht. Zum Empfang gab es für jeden einen kleinen orangen Beutel mit dem Teilnehmerbändchen und dem Abzeichen der 58. Europeade. Nachdem die Schlafplätze eingerichtet waren, wurde das erste Mal in großer Runde geprobt. Abends traf man sich zum Thüringer Trachtenfest am Hauptmarkt, wo sich die Gastgeber vorstellten und erste Kontakte geknüpft wurden.

Unter dem Motto: Einheit in Vielfalt

Der Donnerstag begann, nachdem die meisten Teilnehmer in Gotha eingetroffen waren, mit den Proben der Tänzer und Musiker. Weiter ging es mit einem ersten Straßenauftritt am Buttermarkt. Die schlesischen Tänzer präsentierten einen bunten Reigen an Volkstänzen. Die Zuschauer folgten der Darbietung begeistert und merkten nicht, wie schwierig fehlerfreies und leicht erscheinendes Tanzen auf den unebenen Pflastersteinen war. Nach dem Abendessen ging es zur Eröffnungsveranstaltung in das Volksparkstadion. Dort wurde von einer Delegation aus Memel feierlich die Fahne an die Gothaer Abordnung übergeben und die Europeade offiziell eröffnet. Rüdiger Heß, Präsident des Internationalen Europeade-Komitees, betonte in seiner Begrüßung, dass das Motto der Europeade „Einheit in Vielfalt“ noch nie so aktuell gewesen sei wie heute. In dem mehr als zweistündigen Programm wurde diese Mannigfaltigkeit von den Gruppen hervorragend präsentiert. Die Hofer „Tanzexperten“ bestaunten besonders die große Gruppe aus Lettland, die mit 130 Kindern die Fläche stürmte und auch manch kleinere Gruppe, die mit vier oder fünf Paaren einen Tanz präsentierten. Wenn dann ihnen bekannte Musik erklang und ein Volkstanz, der auch in ihrem Repertoire zu finden ist, zu sehen war, dann hielt es sie kaum auf den Plätzen. Nach dem eindrucksvollen Feuerwerk wurde noch bis spät in die Nacht auf dem Hauptmarkt der Residenzstadt weitergefeiert.

Der Freitagvormittag gehörte den Musikgruppen. Die verschiedenen Nationen stellten ihre landestypischen Instrumente und Melodien vor und trafen auf ein be-



Auszug der Abschiedsveranstaltung: Die Hofer Gruppe freut sich schon auf die nächste Europeade in Nuoro auf Sardinien

Foto: Jutta Starosta

geistertes und fachkundiges Publikum. Auch die Schlesier waren mit einer bunt gemischten Gruppe dabei. Die Schifferklaviere gaben den Ton an, Gitarren, Geigen, Mundharmonika und andere Instrumente sorgten für einen vollen Klang und die drei Sängerinnen intonierten mehrstimmig. Nach dem Mittagessen probte dann zuerst der Chor für die Abendveranstaltung, danach die Tanzgruppe für den großen Auftritt bei der Abschlussveranstaltung am Sonntag. Anschließend war Zeit für individuelle Unternehmungen. Abends traf man sich am Hauptmarkt, um beim Chorkonzert den Liedern und Rhythmen der Sänger zu lauschen. Der laue Sommerabend war wie geschaffen für ein buntes Miteinander. Spontan wurde an vielen Ecken musiziert und getanzt und die einheimische Bevölkerung mischte sich begeistert unter die Gäste.

Der Sonnabend startete mit einem Straßenauftritt am Brühl, bei dem wieder eine Fülle an Tänzen in unterschiedlichen Konstellationen gezeigt wurde. Nach dem offiziellen Empfang der Stadt Gotha in der Orangerie galt es, sich für den großen Straßenumzug aufzustellen. 190 Gruppen zogen rund zweieinhalb Kilometer von der Stadthalle bis zum Schloss Friedenstein. Während des Marsches bei über 30 Grad Celsius spendeten die Zuschauer jeder Gruppe ausdauernd Beifall. Es wurde gesungen und getanzt, und immer wieder erschallte das „Nanana“, der inoffizielle „Schlachtruf“ der Europeade. Oft ergaben sich bei kurzen Aufenthalten nette Gespräche mit den Zuschauern. Am Ende des Festzuges gab es noch ein gemeinsames Foto aller schlesischer Teilnehmer. Frisch gestylt traf man sich nach einem kurzen Gewitterschauer am Abend wieder auf dem Hauptmarkt zum Europeadeball.

Leider konnten die Hofer am Sonntag den ökumenischen Gottesdienst nicht besuchen, weil zur gleichen Zeit im Stadion ihre Stellprobe stattfand. Dort wurden

der Ein- und Ausmarsch der Gruppen sowie der schlesische Europeade-Beitrag, die „Lange Reihe“ geprobt. Nach dem Kopfsteinpflaster bei den Straßenauftrit-

ten waren die Holzbühnen eine wahre Erholung für Füße und Schuhe. Stolz waren wir, weil es wieder gelungen war, alle fünf Podien mit Tänzern in schlesischer Tracht zu füllen.

2024 in Nuoro auf Sardinien

Bei der Abschlussveranstaltung im Volksparkstadion war ein bunter Reigen an Tänzen aus aller Herren Länder zu sehen, die vom Publikum begeistert aufgenommen wurden. Nach der Fahnenübergabe an die Vertreter Sardinien, wo 2024 in Nuoro die 59. Europeade ausgerichtet wird, war die diesjährige Europeade offiziell beendet. Nun wurden die Flaggen gestürmt, das heißt, alle Teilnehmer laufen auf den Rasen, tanzen gemeinsam Polonaise und zeigen noch einmal eindrucksvoll, welch inniges und friedvolles Miteinander dieses große europäische Festival bedeutet.

Fazit: Mit den schlesischen Trachten erregten die Hofer immer wieder Aufsehen, und es kam zu angeregten Gesprächen über die Herkunft der Trachten und die schlesische Kultur. Neue Bekanntschaften wurden geknüpft, alte Freundschaften aufgefrischt. Das friedliche Miteinander so vieler Menschen und die Gastfreundschaft der Thüringer waren überaus beeindruckend. Die Hofer, auch die Neuzugänge, freuen sich schon auf die nächste Europeade in Nuoro auf Sardinien, dann vielleicht mit einer größeren Besetzung.

● **Jutta Starosta** leitet seit über 30 Jahren die Volkstanzgruppe in Hof. Die Gruppe tanzt Volkstanz aus den Vertreibungsgebieten und aus ganz Europa. Bei Auftritten tragen die Tänzer je nach Anlass beziehungsweise Wunsch der Gastgeber entweder die Erländers Festtagstracht oder eine schlesische Riesengebirgstracht.



Marktplatz der Residenzstadt Gotharuntessi.

Foto: Jutta Starosta

GOTTESHAUS

Kleinod in Kirch Baggendorf

Trutzige Dorfkirchen unterm pommerschen Küstenwind

VON K.-H. ENGEL

Wer an den Küsten Vorpommerns Urlaub macht und Strandtrübel, Wellenschlag und Sonnenbad überdrüssig ist, dem seien Abstecher ins Hinterland empfohlen. In den oft winzigen Dörfern verbergen sich mitunter wahre Kleinode ländlicher Kirchenbaukultur. Im Trebeltal zum Beispiel stehen trutzige Gotteshäuser, die bereits während der deutschen Einwanderung ins Wendenland errichtet wurden. Das ist inzwischen nahezu 800 Jahre her. Tribohm muss man da nennen, Semlow, Schlemmin und auch Kirch Baggendorf.

Kirch Baggendorf – der Name macht neugierig. Lässt er doch vermuten, dass das kleine Dorf, zehn Kilometer westlich der Kleinstadt Grimmen im Kreis Vorpommern-Rügen, besonderes auf Ausflügler mit Sinn für Kirchenbauten wartet. So ist es dann auch. Auf einem grünen Hügel ruht ein bastionsartiges Gotteshaus inmitten eines weitläufigen, von hohen Bäumen beschatteten Friedhofs. Gut anzusehen, ein solches Ensemble.

Ursprünglichkeit bewahrt

Aufgefügt worden ist die Kirche vorwiegend aus Feldsteinen, die schmelzende Eiszeitgletscher vor wohl 15.000 Jahren in rauen Mengen in Norddeutschland zurückließen. Die nur grob behauenen Granitbrocken sind so geschickt aufgeschichtet und durch Kalkmörtel fest verbunden, dass all die Jahrhunderte den Grundfesten, dem Chor-, Langhaus- und Turmgemäuer kaum etwas anhaben konnten.

Kai Steffen Völker, der frühere Pastor von Kirch Baggendorf und Autor einer kleinen Fibel über Geschichte, Baugeschehen und Ausstattung der Kirche, geht davon aus, dass der recht einheitlich wirkende Bau in einem Zug errichtet wurde – was auf dem Lande selten vorkam – und spätestens in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts fertiggestellt war. Trotz einiger zwischenzeitlicher Umbauten bewahrten viele Generationen von Kirch Baggendorfern im Großen und Ganzen die Ursprünglichkeit ihrer Andachtsstätte. Wenn das mächtige, auf der Südseite von wildem Wein dekorierte Feldstein-



Erbaut im 13. Jahrhundert: Die Dorfkirche Kirch Baggendorf, sie birgt seltene Malereien

Foto: Engel

mauerwerk auch dominiert, Portale, Dreifenstergruppen und Zwickel führten die Handwerker geschickt in Backstein aus.

Eine solche Kirche zu bauen kostete Geld. Aber die Kirch Baggendorfer werden nicht arm gewesen sein, denn die Ackerböden zwischen Stralsund und Trebelfluss gelten als ertragreich.

Besondere Bildergeschichten

Wer eintritt und in den Bankreihen Platz nimmt, gerät ins Staunen über den durch restaurierten, harmonisch durch Kreuzrippengewölbe gegliederten Raum einschließlich des Chors. Die mal weit gespannten, mal aufstrebenden Joche, Bögen und Laibungen verraten sowohl romanische als auch gotische Einflüsse.

Den Blick bannen etliche Weihekreuze und biblische Themen illustrierende Fresken, die sich freilich nicht jedem sogleich erschließen mögen. Sie warten also auf eine tiefere Betrachtung. Und die Zeit dafür sollte man sich nehmen. Seit dem 14. Jahrhundert zieren diese Bildgeschich-

ten Kuppeln und Joche, sind damit ebenfalls sehr alt. Da ist etwa das Gleichnis-Motiv von den törichtchen und klugen Jungfrauen, nachzulesen bei Matthäus 25, das im Mittelalter häufig in Kirchen als Bildnisdarstellungen oder Figurenreihen Verwendung fand. Bei der Ausgestaltung von Dorfkirchen im Nordosten ist das Motiv aber selten zu finden.

Leider verbarg sich die Ausmalung der Baggendorfer Kirche jahrhundertlang unter dichter Tünche. Wiederentdeckt wurde sie 1938 vom in Stettin ansässigen Kirchenmaler und Restaurator Gustav Hoffmann (1883–1974). In den vergangenen Jahren hat der Restaurator Marcus Mannewitz weitere Details mit Aussagekraft zu Tage befördert. Anschauenswert sind aber auch die dem Barock zugeordneten und ebenfalls mit Bildnissen dieser Zeit versehene Kanzel sowie der Altar.

Traditionen bewahrt

Kirch Baggendorf hat wie alle Dörfer so manche Zäsur in seiner Geschichte durch-

stehen müssen. Eine davon ist der Konkurs des Gutes Ende der 1920er Jahre. Große landwirtschaftliche Betriebe gingen damals wegen der unsäglichen Verhältnisse in Deutschland und des Weltgeschehens reihenweise pleite. Ein Unglück für den Kirch Baggendorfer Gutsbesitzer, viel mehr aber für die Landarbeiter, die ohne Lohn und Brot dastanden. Das Dorf wurde, wie Pastor Völker schreibt, von der Pommerischen Siedlungsgesellschaft an Siedlungswillige aus Posen/Westpreußen, das nach dem Ersten Weltkrieg an Polen abgetreten werden musste, veräußert.

Die Zuzügler trugen indes frische Glaubenskraft ins Dorf. So sollten die Einheimischen, zuvor eher nachlässige Gottesdienstbesucher, fortan die Kirchenbänke gut besetzen. Man pflegte das Tischgebet, war sangesfreudig und gründete einen Posaunenchor. Vieles von dem blieb bis heute. Die Kirch Baggendorfer finden sich regelmäßig zu Gemeinendamittagen und Hauskreisen zusammen, auch den Posaunenchor gibt es noch.

BESUCHERMAGNET

Dem Himmel nahe – am Königsstuhl auf Rügen

Spektakuläre Aussicht von einem ebenso spektakulären Bauwerk im Nationalpark Jasmund

Die Ostseeinsel Rügen hat vielerlei Interessantes zu bieten. Und zwar sowohl im kulturellen und historischen Bereich als auch was die Schönheiten der Natur betrifft. Schon immer waren die Kreidefelsen mit dem Königsstuhl und weiteren Attraktionen ein besonderer Anziehungspunkt. Bereits 1584 erwähnt, wurde dieses Fleckchen Erde schon ab dem späten 17. Jahrhundert besucht. Caspar David Friedrich schuf 1818 sein berühmtes Gemälde von den Kreidefelsen auf Rügen.

Urige Buchenwälder

Die gesamte Kreideküste Rügens gehört zum kleinsten Nationalpark Deutschlands mit den größten Buchenwäldern an der Ostseeküste, die sich hier über Hügel, Bachtäler, Moore und Quellen erstrecken. An der berühmten weißen Kreideküste treffen schattige grüne Wälder auf das Blau des Meeres. Überall werden dem Betrachter atemberaubende Ausblicke gebo-

ten. Die UNESCO erhob 2011 die urigen alten Buchenwälder im Herzen des Nationalparks zum Welterbe.



Am 22. April eingeweiht: Der sogenannte Skywalk am Königsstuhl

Foto: Seegert

Die Kreideküste verändert sich witterungsbedingt ständig. Um Besuchern einen sicheren Zugang zu ermöglichen,

wurde der 185 Meter lange ellipsenförmige Rundweg, der sogenannte Königsweg, geschaffen. Er wird von einem riesigen Abspannmast gehalten und schwebt über dem 118 Meter hohen Königsstuhl, dem größten Kreidefelsen Deutschlands. Der wegen des Eingriffs in die Natur unter Rügern umstrittene „Skywalk“ entwickelt sich zum Touristen-Magnet. Derzeit bilden sich am Einlass zum Nationalparkzentrum Königsstuhl lange Schlangen.

Bis zu 2500 Menschen besuchen täglich die Ausstellung und den „Skywalk“. Um lange Wartezeiten zu vermeiden wird empfohlen, einen Besuch zwischen 9 und 11 Uhr oder ab 15 Uhr zu planen. Wer von Sassnitz aus an der Kreideküste entlangwandert, kann zudem den Wasserfall am Kieler Bach oder die Victoria-Sicht für sich entdecken. Eine Rückfahrt ist alle viertel beziehungsweise drei viertel Stunde mit dem Wanderbus (Linie 23) möglich.

Torsten Seegert/B. Stramm

MELDUNGEN

Alter Wels, die „Gorch Fock I“ und Baltic Race

Stettin – Zwei Angler haben, mit einem 30 Zentimeter langen Barsch als Köder, vergangene Woche in der Oder einen etwa 30 Jahre alten Wels gefangen. Dieser hatte eine Länge von 2,45 Metern und wog etwa 100 Kilogramm. Nach der Vermessung haben sie das lebende „Naturdenkmal“ wieder in die Freiheit des Stromes entlassen. TS

Greifswald – Die Ladeboer Michael Schmidt Yachtbau GmbH will mit der „YBreeze 75“ ein Segelboot der Superlative umsetzen: eine fast 23 Meter lange Jacht mit nur 5,60 Meter Breite und komplett aus Kohlefasern gefertigt. Die international renommierte Werft lieferte seit 2015 41 Jachten, aktuell die Typen Y7, Y8 und Y9, aus. TS

Swinemünde – 900.000 Deutsche haben im vergangenen Jahr ihren Urlaub jenseits der Oder an der Ostseeküste verbracht. Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes waren vor allem in den Sommermonaten Juli und August über die Hälfte aller nicht-polnischen Gäste Deutsche. TS

Anklam – Nachdem im Frühjahr gleich beide Pastorinnen Anklam innerhalb weniger Wochen verließen, kann nun mit dem neuen Anklamer Pastor Helge Jörgensen eine der beiden Stellen besetzt werden. Jörgensen studierte in Münster und Kopenhagen und ist begeisterter Wassersportler. TS

Köslin – Vom 27. bis 30. Juli waren auf der „Baltic Race 2023“ wieder zahlreiche Luxuswagen von Herstellern wie Ferrari, Lamborghini, Mustang oder Mercedes zu bestaunen. Die Route, die Fahrer und Fans bei den Touren-Stops zusammenführte, ging von Gdingen über Stolp und Köslin nach Misdroy. TS

Barth – Noch bis zum 6. August finden in der Hansestadt die „Barther Segel- und Hafentage“ statt. Zum Volksfest werden zahlreiche Traditionsschiffe und Schaulustige erwartet. Teil des vielseitigen Programms mit Live-Musik sind auch Schiffsbesichtigungen, ein Drachenbootrennen und ein großes Höhenfeuerwerk. TS

Stettin – Heftige Regenfälle sorgten am vergangenen Wochenende für überflutete Straßen und vollgelaufene Keller. Dabei schafften die Abwasser-schächte es nicht mehr, die großen Niederschlagsmengen aufzunehmen und sorgten so für zahlreiche Einsätze der Feuerwehr – auch in Naugard und Greifenhagen. PAZ

Stralsund – Die Arbeiten an der „Gorch Fock I“ in der Halle der Volkswerft schreiten voran. Derzeit wird das Segelschulschiff komplett ausgeräumt. Es wurde die Takelage demonstert und in der Halle zur Lagerung abgelegt. Parallel analysieren die Experten die Außenhaut, um festzulegen, wie vorzugehen ist, um die Schwimmfähigkeit dauerhaft zu sichern. BS



„Gorch Fock I“ (l.) neben der „Greif“

„Der CO₂-Massenwahn vom Klimakollaps“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die Klarstellung des CO₂-Problems durch Herrn Stumfall mit allen ihren Konsequenzen nimmt uns fast die Luft weg und verdient Dank und Bewunderung“

Arthur Schanz, Overijse/Belgien
zum Thema: Ehrenrettung für das CO₂ (Nr. 28)



Ausgabe Nr. 29

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

IHM IST ERFOLG ZU WÜNSCHEN
ZU: AUF CARSTEN LINNEMANN
WARTET EIN BERG AN ARBEIT
(NR. 29)

Es gibt einen Führungsgrundsatz, der eine allgemeine Gültigkeit besitzt, und der da lautet: „Wer führen will, muss frei sein von Arbeit!“ Die Führung der noch als Volkspartei geltenden CDU macht es also dringend erforderlich, dass sich ein Team um Carsten Linnemann versammelt, das einen echten Erneuerungswillen in sich trägt und sich nicht dem rot-grünen Zeitgeist bedingungslos unterwirft.

Hört man einige Stimmen von CDU-Ministerpräsidenten, sind berechtigte Zweifel an einem Veränderungswillen in Richtung Konservatismus angebracht. Friedrich Merz ist dabei eine der großen Schwachstellen, weil er nicht in der Lage ist, klare Positionen zu beziehen oder diese nach außen deutlich zu machen. Wenn die CDU als Wahlsieger mit den meisten Stimmen aus einer Wahl hervorgeht und ein Koalitionspartner gebraucht wird, ist für jedermann deutlich, dass ein konservativer Politikwechsel mit einer der bisher in den Parlamenten vorhandenen Parteien – außer der AfD – nicht möglich sein wird.

In seinen Sommerinterviews versucht Merz, seine „Brandmauer“ zu rechtsradikalen Parteien mehr unelegant als gekonnt als glaubhaft zu verkaufen. Er kommt gar nicht auf die Idee, mit einer Gegenfrage seine Interviewpartner zu konfrontieren, woran sie denn die rechtsradikalen Momente an der AfD festmachen. Spätestens hier kommen diese regelmäßig ins Verhaspeln. Allein schon die Angst, mit einer solchen Frage wieder in das gewohnte Narrativ eingruppiert zu werden, lässt ihn davon Abstand nehmen, und er glaubt, die eigenen Aussagen zur AfD richtigstellen zu müssen. Damit allein fällt er schon Linnemann in den Rücken, der sich als Führungspersönlichkeit erst noch richtig in Stellung bringen muss.

Linnemanns Vorteil ist, dass er sich mit seiner hervorragenden Bildung und Ausbildung in der Spitze der CDU von

vielen Personen in der Parteispitze der Grünen und der SPD unterscheidet, die sich inzwischen in ihren Ämtern aufgrund ihrer Unbildung und Sachkenntnis als Rohrkrepierer disqualifiziert haben. Linnemann muss jetzt, will man kommende Wahlen gewinnen, innerparteilich (möglichst auf einem Parteitag) die Mitglieder zum Schwur fordern, wohin die Reise gehen soll. Siegen setzt einen starken Willen voraus. Dieser ist nicht mit Weicheiern erreichbar, sondern es bedarf charakterstarker Persönlichkeiten, wie sie etwa in Hans-Georg Maaßen zu finden sind.

Es fällt auch nicht schwer, mit den in der CDU vorhandenen Frauen eine Quote zu erreichen, denn hier sind hervorragende Persönlichkeiten zu nennen. Ein für die Wähler erkennbarer Veränderungswille unserer zur Klimareligion und Gender-Besessenheit verkommenen Politik erfordert ein geschlossenes Auftreten der Akteure. Angst vor der eigenen Courage darf gar nicht erst sichtbar werden. Dem Linnemann-Team ist ein Erfolg zu wünschen. Dieser ist für das Weiterbestehen unseres inzwischen stark demontierten Staatswesens dringend erforderlich.

Rudolf Neumann, Torsås/Schweden

OPFER VON EXEKUTIONEN
ZU: NATURPARADIES BUCHHEIDE
(NR. 29)

Die Autorin schreibt, dass im Jahr 2009 Umbettungen von 2000 Gefallenen aus Marienburg auf dem Soldatenfriedhof Buchheide bei Glien [Glinna] südöstlich von Stettin stattgefunden haben. Allerdings handelte es sich nicht um Gefallene, sondern um durch Genickschuss hinggerichtete Zivilisten aus einem Massengrab aus dem Stadtzentrum Marienburgs, das beim Ausbaggern einer Baugrube aufgedeckt wurde. Die Opfer wurden nackt verscharrt, was eine russische Täterschaft nahezu ausschließt, da abgesehen aller denkbaren Scheußlichkeiten, zu denen Russen fähig waren, nie berichtet wurde, dass Russen vor einer Exekution Entkleidung befohlen hätten.

Dass die Polen ihre deutschen Opfer bis aufs Hemd ausplünderten, kann man nachlesen in Christian Graf von Krockows „Die Stunde der Frauen“ (1988) am Beispiel des Stettiner Stadtteils Scheune. Es ist nicht anzunehmen, dass sie Opfern, die sie zu erschießen trachteten, mehr Respekt entgegenbrachten.

Wolfgang Kopiske, Weilrod

EIN WANDERVOGELSÄNGER
ZU: EINE MUSEAL GEMACHTE
LEBENDE LEGENDE (NR. 29)

Der Autor erwähnt in seinem Artikel über die Biermann-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum auch die Aufzeichnung des Kölner Biermann-Konzertes von 1976. Es lohnt sich, dieses Konzert, das im Internet abrufbar ist, anzuhören. Deutlich wird, dass Wolf Biermann – anders als Heinrich Heine, mit dem er gelegentlich verglichen wird – kein bedeutender politischer Lyriker war, sondern ein sozialistischer Wandervogelsänger, der die Erwartungshaltungen seines linken Publikums geschickt zu bedienen wusste.

Dass sich Biermann in den 1980er Jahren von seinen totalitären Ideen verabschiedet hat, ist anzuerkennen. Indessen hat er mit diesem Schwenk ungewollt ein Urteil über seine Texte gefällt, die vor jenem Zeitpunkt entstanden sind.

Georg Schirmers, Köln

KOMPLEXE KLIMA-VORGÄNGE
ZU: EHRENRETTUNG FÜR DAS CO₂
(NR. 28)

Tatsächlich ist bei den „Klimahysterikern am Rockzipfel des IPCC“ weniger die Rede von einer Kohlendioxid(CO₂)-Ansammlung in einer Schicht der Stratosphäre als von dem angeblich so bedrohlichen, aber erheblich übertriebenen Einfluss des CO₂ im Rahmen der tatsächlich nachweisbaren, messbaren Wärme-Rückstrahlung durch die infrarotsensitiven Spurengase der Atmosphäre. Die atmosphärischen Vorgänge sind höchst kom-

plex und werden von der Physik beschrieben als Einstrahlung von der Sonne mit dem bekannten Wellenlängenspektrum von Ultraviolett bis Infrarot („von oben“) und als Abstrahlung von Wärme (fernes Infrarot) von der durch die Sonnenstrahlung erwärmten Atmosphäre und Erdoberfläche („von unten“).

Dabei spielt die teilweise Rückstrahlung von Infrarot auf die Erde durch die infrarotsensitiven Gase („Klimagase“) Wasserdampf, CO₂, O₃ (Ozon) und CH₄ (Methan) die entscheidende Rolle für die menschen- und vegetationsfreundliche „Klimatisierung“ des Globus bei im Mittel 15 Grad – anstelle von zirka minus 15 Grad ohne die „Klimagase“ in der Atmosphäre. Es gibt also einen Effekt, der die Erde freundlich wärmt – allerdings ist er mit dem Bild vom Treibhaus recht irreführend beschrieben. Und von einer drohenden Überhitzung kann keine Rede sein.

Der Weltklimarat IPCC repräsentiert auch nicht – wie irreführend behauptet wird – eine Mehrheit der einschlägigen Wissenschaftler. Allerdings wird der CO₂-Massenwahn vom menschengemachten Klimakollaps mit immensem Aufwand propagiert und als Nebel in vor allem jugendliche Köpfe verbreitet. Über die Absicht dahinter muss spekuliert werden. Sie erwähnen ja zum Beispiel wirtschaftliche Interessen.

Dr. rer. nat. Wilfried Jacobi, Bad Sassendorf

EIN MÄRCHENERZÄHLER?
ZU: OHNE SUBVENTIONEN LÄUFT
REIN GAR NICHTS (NR. 25)

Was will man vom Märchenerzähler Habekc erwarten. Er ist für größere Aufgaben bestimmt, und wird erst erwachen, wenn die Windanlagensparte unter chinesischer Hand ist. Auch unter Altmaier war es nicht besser. Die Grünen wollen lieber mit Konzernen wie der Lindhorst-Gruppe 370 Hektar Wald abholzen und dann im riesigen Maßstab „effektive“ Solarflächen erstellen – siehe Brandenburg – oder Urlaubsregionen mit Flüssiggas-Terminals verschandeln. Uwe Pietzok, Greifswald

ANZEIGE

Die goldene Ära des Silbers

■ Innerhalb von 2 Jahrzehnten hat sich die globale Geldmenge verfünffacht! Bargeld hat wegen der Inflation kaum noch einen Wert. Die Covid-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg beschleunigen das ungezügelte Geldrücken weiter und lösen einen Reset des globalen Finanzsystems aus.

Ist Ihnen aufgefallen, dass es immer wieder gut informierte Investoren gibt, die nicht nur völlig unbeschadet durch Krisenzeiten kommen, sondern ihr Vermögen dabei sogar noch vervielfachen?

Der größte Silber-Bullenmarkt unseres Lebens

Diese Möglichkeit eröffnet sich Ihnen nun auch. *Der große Silber-Bulle* zeigt, warum Sie in der kommenden Finanzkrise auf Silber setzen sollten und wie Sie das Edelmetall in unsicheren Zeiten zu Ihrem persönlichen Gewinn einsetzen können.

Nutzen Sie eine Gelegenheit, wie sie sich jeder Generation nur einmal in ihrem Leben bietet!

Der große Silber-Bulle ist Ihr Leitfaden, der Ihnen hilft, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Egal, ob Sie sich vorher noch nie mit dem Thema Silber auseinandergesetzt haben oder ob Sie bereits ein Profi sind – dieses Buch vermittelt Ihnen, welche Rolle Silber im Verlauf der Geschichte gespielt hat, und erklärt, warum Silber perfekt dafür geeignet ist, von der Inflation und dem Boom der regenerativen Energien zu profitieren.

Die Explosion des Silberpreises

Der große Silber-Bulle zeigt, warum und wie Sie in Silber investieren sollten. Es eröffnen sich einmalige Möglichkeiten, die Sie reich machen und Ihnen einen sorgenfreien Lebensabend ermöglichen werden.

Wie Sie Ihr Gewinnpotenzial voll ausschöpfen und Risiken minimieren

Für Ihre Zukunft wird dieses Buch von entscheidender Bedeutung sein. Es wird Ihnen als Leitfaden dafür dienen, harte Zeiten unbeschadet zu überstehen. Mehr noch: Es wird Ihr Weg sein, auf Ereignisse, die für die meisten Ihrer Mitmenschen völlig überraschend und teilweise vermögensvernichtend eintreten werden, vorbereitet zu sein und von diesen sogar zu profitieren.

»Der bislang beste Ratgeber für Silberinvestoren!«
Smart Investor

Der große Silber Bulle

Peter Krauth

Wie Sie die Inflation abwehren und profitieren, während der Dollar stirbt

KOPP

Peter Krauth: Der große Silber-Bulle gebunden • 349 Seiten • zahlreiche Abbildungen Best.-Nr. 988 900 • 29,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10

Telefax (0 74 72) 98 06 11

info@kopp-verlag.de

www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung

innerhalb Europas

ANTIKE THEATERSTÄTTE

„Aida“ darf nicht fehlen

In diesem Jahr feiert die Arena di Verona ein Jubiläum: Zum 100. Mal werden hier Opern vor zum Teil weit gereistem Publikum gezeigt

VON STEPHANIE SIECKMANN

Am 10. August 1913 begann eine neue, ruhmreiche Ära für das antike Amphitheater der italienischen Stadt Verona. Dort, wo nach der Erbauung im ersten Jahrhundert nach Christus etliche Jahre Gladiatoren kämpften, sollte fortan nur noch Theaterblut fließen. Veronas Arena ist das drittgrößte erhaltene Amphitheater nach dem Kolosseum in Rom und der Arena von Capua. Stolz 138 Meter mal 109 Meter misst das Oval von Verona, und in der Höhe werden 24,10 Meter gemessen. Auf den 45 Rängen könnten rund 22.000 Zuschauer Platz finden. Aus Sicherheitsgründen wird jedoch die Anzahl auf 15.000 Personen begrenzt.

Die erste Operaufführung in der Arena di Verona, ins Leben gerufen durch den Tenor Giovanni Zenatello und den Theaterunternehmer Ottone Rovato, war eine Hommage an den Komponisten Giuseppe Verdi, dessen 100. Geburtstag im Jahr 1913 gefeiert wurde. Damals war der Erfolg seiner Oper „Aida“ so überwältigend, dass sie wiederholt wurde und Opern-Aufführungen dort zur Tradition wurden.

Pausieren musste der Opersommer in Verona lediglich während des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie im Jahr 2020 aufgrund der Pandemie. Daher feiert man zum 110. Jubiläum der ersten Aufführung erst jetzt das 100. Opernfestival. Heute ist die Arena di Verona ein Mythos. Für viele Musikliebhaber gilt die römische Architektur mit ihrer Akustik als Mekka der Oper. Es muss etwas dran sein, denn bis 2011 wurden keine Mikrofone und Lautsprecher zum Einsatz gebracht.

Die Sitzplätze sind edel und doch schlicht. Der Besucher lässt sich auf echtem Veroneser Marmor Platz nieder. Zumindest dann, wenn er Karten für die Ränge erwirbt. Im unteren Bereich nimmt der Zuschauer auf gepolsterten Stühlen Platz und braucht bei der Anreise nicht daran zu denken, ein Kissen mitzubringen. Während die Einwohner Veronas sich in Alltagskleidung gerne die Stufen der oberen Ränge sichern – hier soll die Akustik besonders gut sein – sieht man



Wegen der Akustik ein Mekka für Opernfreunde aus aller Welt – und die Frece Tricolori: Die Arena von Verona Foto: EnneviFoto

die in Abendroben gewandeten Zugereisten in der Regel vorn unten ihren Platz einnehmen. Dicht dran am Geschehen ist die Sicht auf die Sänger sicher etwas besser. Doch egal, wo der Besucher einen Platz ergattert – es gilt: Der Besuch dieser Kultstätte ist ein Muss. Dafür werden Reisen in schlecht klimatisierten Bussen in Kauf genommen oder lange Anfahrten im eigenen Pkw. Und das ist noch nicht alles.

Die Vorstellungen finden unter freiem Himmel statt. Ein Opernbesuch in Verona ist entsprechend ein Ausflug in die Natur. Der heilige Petrus hat nicht immer gute Laune, aber immer seine Hand im Spiel, wenn es darum geht, ob der Operngenuß uneingeschränkt stattfinden kann. Ist es sommerlich warm und trocken, läuft alles nach Spielplan. Bei schlechtem Wetter mit Schauern und Gewittern behält es sich die Fondazione Arena di Verona vor,

den Beginn der Aufführung um bis zu 150 Minuten zu verschieben. Im schlimmsten Fall erfolgt die vollständige Absage der Aufführung.

Petrus spielt meist immer mit

Zieht während einer Vorstellung ein Gewitter auf und beginnt es, stark zu regnen oder sogar zu hageln, wird die Vorstellung abgebrochen. Die Besucher erhalten jedoch in keinem Fall das Geld zurück. Anspruch auf eine Ersatzvorstellung besteht ebenfalls nicht. Für den Kauf von Karten anderer Vorstellungen wird in diesem Fall jedoch eine Vergünstigung gewährt. Es bleibt ein Risiko für den zahlenden Musikfreund, das immer wieder die Veranstalter dazu angeregt hat, über raffinierte Dach-Lösungen nachzudenken.

Im Jahr 2017 wurden Pläne für eine mobile Überdachung entworfen, von de-

nen zunächst gemeldet wurde, sie würden umgesetzt. Doch am Ende scheiterte die Idee an den zuständigen Behörden, die das antike Amphitheater nicht mit einer modernen Lösung in Form eines Faltdachs verschandelt sehen wollten. Der Musikgenuss ist daher seit 110 Jahren wetterabhängig und wird es bleiben.

Die Fondazione Arena di Verona hat nicht nur im Hinblick auf das Wetter strikte Regeln aufgestellt. Damit der Einlass gut geordnet ablaufen kann, sind die Besucher aufgefordert, sich mindestens eine Stunde vor dem Beginn der Aufführung einzufinden. Zuspätkommende dürfen erst bei der ersten sinnvollen Pause in die Arena und müssen der Vorführung bis dahin von draußen lauschen. Streng bestraft wird, wer einen anderen, besseren und zufällig freien Platz einnimmt als den, der auf seiner Karte ausgewiesen ist.

Fällt der Platztausch auf, kann der Kontrolleur den schummelnden Gast aus der Arena verweisen.

Die Opernkulissen sind mal spektakulär, mal technisch hochmodern, mal altmodisch – aber immer sehr aufwendig. Im Jahr 2019 sorgte ein 60 Tonnen schwerer Mobilbaukran dafür, dass die Elemente der Bühnenbilder wie am Schnürchen gewechselt werden konnten. Die Anlieferung des außergewöhnlichen Helfers, der auf fünf Achsen durch die Stadt rollte, war mindestens ebenso beeindruckend wie die futuristischen Bühnenbilder, die im Pandemie-Jahr 2021 in der Arena di Verona gezeigt wurden.

In der Corona-Spielzeit 2021 gab es wie überall Vorschriften. Die Abstände zwischen den Besuchern waren groß, entsprechend wenig Karten durften angeboten werden. Und auch das Bühnenbild wurde angepasst. Statt herkömmlicher Kulissen, die ausgewechselt werden müssen, wurde auf Flüssigkristall-Bildschirmwände gesetzt, die überraschend prachtvolle Hintergrundbilder erzeugten. Die virtuelle, computergesteuerte Kulisse kam gut an beim Publikum.

Im krassen Gegensatz zu dem digitalen Bühnenbild aus dem Jahr 2021 steht die Erhellung der Arena durch die Kerzen, die an die Zuschauer ausgegeben werden. Seit der ersten Darbietung von „Aida“ ist es Tradition, dass die Zuschauer beim Einsetzen der Dunkelheit Kerzen entzünden. Was heute vor allem für bezaubernde Stimmung sorgt, war ursprünglich dazu gedacht, begleitend zum Gesang der Darsteller den Librettotext mitzulesen.

Luciano Pavarotti, Plácido Domingo, Renata Tebaldi, Maria Callas und Anna Netrebko – in Veronas Arena waren im Laufe der Zeit die ganz großen Namen der Opern-Szene zu Gast. Die russische Sopranistin Netrebko ist auch in diesem Jahr wieder mit von der Partie und gibt die Aida. Seit der ersten Aufführung im Jahr 1913 darf „Aida“ auf dem Spielplan nicht fehlen. Rund 700 Mal ist die Oper seitdem in Verona aufgeführt worden.

● Spielplan (auf Deutsch), Termine und Karten: www.arena.it/de

HAUSTIER

Spiegeleier für den Kater

Wahre Tierliebe zeigt sich, wenn der vierbeinige Mitbewohner in die Jahre kommt – Zum Weltkatzentag am 8. August

Kaum vom Tierheim in ihrem neuen Zuhause angekommen und für ihr Übergewicht erstaunlich behände, sprang Lissy stante pede aus dem lästigen Katzenkorb, floh unter das Bett und wollte den heiligen Schutz der Dunkelheit partout nicht mehr verlassen. Alles Locken und Flehen war umsonst, bis die neue tierische Mitbewohnerin schließlich Hunger bekam und endlich Präsenz zeigte. Zufrieden putzte sich Lissy nach der üppigen Mahlzeit, erkor den Dosenöffner zu ihrem „Papa“ und entschloss sich zu bleiben.

Das ist nun fast zehn Jahre her. Inzwischen hat Lissy im Haus eindeutig das Regiment übernommen. Sie besteht vehement auf einen regelmäßigen Tagesablauf, scheut sich dabei auch nicht, zu nachtschlafender Zeit ihr Futter einzufordern oder sich zu beschweren, wenn man ihr den Futternapf nicht schnell genug vor die Fellnase stellte.

Allerdings ist Lissy schon etwas in die Jahre gekommen. Man merkt es an ihren Launen. Royale Attitüden hatte die Katze

sowieso von jeher meisterlich perfektioniert. Doch jetzt geht sie mit ihrer Gunst extrem wahllos um. Unvermittelt fauchte sie eines Tages grundlos eine bekennende Katzenliebhaberin an, die diese Episode nachhaltig verstörte. Die Putzfrau wiederum mochte sie, der Putztag war schnell als jour fixe in Lissys goldbeschlagenem Kalender notiert.

Die Tür schließt sich, die Putzfrau geht ihrer Wege. Lissy steht ratlos im Flur, dann geht sie ins Wohnzimmer, bleibt stehen und überlegt. Zögert, geht, hält erneut inne, als wüsste sie schon nicht mehr, was sie gerade getan hat. So geht das manchmal eine ganze Zeit lang, und es ist für den Menschen nicht schön anzusehen. Oft ist sie unruhig und kann nicht mehr lange an einem Ort ausharren, fordert dann noch beharrlicher und viel öfter als sonst ihr Futter ein. Wahrscheinlich hat sie Demenz, an der die Samtpfoten auch erkranken können, vielleicht vergisst sie, dass sie gerade ihre Mahlzeit bekommen hat. Auch äußerlich hat sie sich

verändert. Die Veränderung kam zunächst schleichend, dann wurde sie schnell unübersehbar. Das Fell wurde stumpf, struppig sieht sie aus, magert immer mehr ab, obwohl sie reichlich frisst, das hohe Alter



Einfach unberechenbar: Lissy

fordert seinen Tribut. In gewisser Weise ist das auch ein Tabuthema, wer denkt schon gerne daran, wenn er sein Katzenjunges, neudeutsch „kitten“, bekommt, dass das Tier auch einmal altern könnte? Doch wenn es dann soweit ist, zeigt sich wahre Tierliebe, weil dann großes Verständnis und viel Geduld vonnöten sind.

Genau auf diese Problematik will der Weltkatzentag aufmerksam machen, der immer am 8. August auch das Zusammenleben zwischen Katzenfreunden und ihrem Lieblingstier würdigen will. Denn die Katze ist nun einmal das beliebteste Haustier der Deutschen, was bei 15 Millionen Exemplaren, die 2022 in deutschen Haushalten lebten, nicht immer nur Harmonie mit sich bringt, sondern auch Leid und Trauer. Dann nämlich, wenn man merkt, dass das Tier so langsam in die Jahre kommt, wenn es krank wird, wenn man sich bald von ihm verabschieden muss.

Auch Lissys Ende ist absehbar, in einem Monat erreicht sie das für Katzen biblische Alter von 20 Jahren. Das hat in

ihrem Haushalt keine/r vor ihr geschafft, noch nicht einmal einer ihrer Vorgänger, der rustikale Kater „Billy“, dessen Leibspeise Spiegeleier waren, und der trotz dieser zur Nachahmung nicht empfohlenen Nahrungsergänzung immerhin ein Alter von 16 Jahren erreichte, bis eine Nierenkrankheit sein Dasein beendete.

Ihre große Neugier hat Lissy sich trotz der körperlichen Gebrechen unverändert bewahrt. Vielleicht ist das ihr mentaler Jungbrunnen, ihre Zufriedenheit, die man ihr deutlich anmerkt, wenn sie so in ihrem Katzenkorb liegt und sinnierend mit ihren grünen Augen aus dem Fenster schaut. Was mag sie wohl denken? Denkt sie überhaupt etwas? Was geht in ihr vor? Ewige Fragen und nie eine Antwort.

Lissy schweigt wie immer, schnurrt oder zuckt im Schlaf, und freut sich dann ausgeruht auf die nächste Mahlzeit. Und natürlich auf die Fernsehsendung „Tiere suchen ein Zuhause“. Die schaut sie am liebsten. Wenn sie nicht gerade mit Fresen beschäftigt ist. Bettina Müller

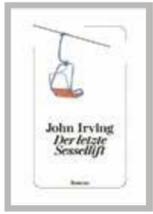
● FÜR SIE GELESEN

Phantasievoll
bis ins Detail

Der 14-jährige Adam Brewster lebt zusammen mit seiner Mutter Rachel in New Hampshire. Allerdings nur alle sechs Monate, denn im Winter gibt die talentierte Wintersportlerin Ski-Unterricht in Vermont. So genießt Adam den Winter bei seiner Großmutter Nana und seinen seltsamen Verwandten. Diese sind genauso neugierig wie er, herauszufinden, wer sein Vater ist. Adam schildert detailreich die Erlebnisse seines Alltags und die seiner Mutter. Höhepunkt ist das Kennenlernen des kleinwüchsigen Lehrers Elliot, den er mit seiner Mutter verkuppeln will. Denn die hat ein Faible für Kleinwüchsige, da sie selbst auch recht klein ist.

Ausführlich aus der Sicht eines Jugendlichen erzählt John Irving in seinem neuen Roman „Der letzte Sessellift“ viel über die Eigentümlichkeiten der Erwachsenen. Die verschiedenen Versionen der Beziehungen faszinieren Adam. Romane und Filme unterstützen seine blumige Phantasie so sehr, dass er später Schriftsteller wird.

Irvings Erzählstil zeichnet sich aus durch Überzeichnungen und skurrile Begebenheiten, die urkomisch wirken. Seine bisher erschienenen 14 Romane wurden alle Weltbestseller, und vier wurden verfilmt. *Angela Selke*



John Irving: „Der letzte Sessellift“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 1080 Seiten, 36 Euro

Die Welt
der Ritter

Zu Beginn des Buchs „Mein Sach- und Mach-Ritterbuch“ steht ein Ritter in voller Rüstung. Mit zugeklapptem Helm und Kettenhemd, die Hände auf sein Schwert gestützt, sieht er beeindruckend aus.

Gleich danach beginnt die Reise ins Mittelalter zu den Ritterburgen. Wie waren diese aufgebaut, wer wohnte dort, welche Burgen gab es und wie gestaltete sich der Alltag? Viele Fragen, die kindgerecht, spannend und anschaulich in bunten Bildern erklärt werden. Auch das Basteln kommt nicht zu kurz. So gibt es Anleitungen zum Bau einer Burg aus Pappe, eines Schwertes, eines Schildes und einer Krone. Auch ein Rezept für „Arme Ritter“ wird mitgeliefert. Besonders schön ist der Abschnitt über „Redewendungen aus dem Mittelalter“, denn viele haben sich bis in die heutige Zeit erhalten, wie „gut gerüstet sein“ oder „jemanden ins Visier nehmen“.

Jedes Kind wird dieses Buch schon deshalb anschauen wollen, weil der Rand silbrig glänzt wie eine echte Ritterrüstung. Außerdem verlocken die Bilder im Einband, sofort nachzuschauen, was sich dahinter verbirgt. *Silvia Friedrich*



Hannah Kastenhuber: „Mein Sach- und Mach-Ritterbuch“, klein & groß Verlag, Nürnberg 2020, gebunden, 48 Seiten, 14,95 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Wohltuend und heilend

Salbei, die Arzneipflanze des Jahres 2023, lässt sich vielseitig verwenden

Als **Antioxidantienstar** bezeichnet die Ernährungsberaterin Barbara Simonsohn die Heilpflanze Salbei. In dem beliebten Gartenkraut wurden insgesamt 160 medizinisch wirksame Inhaltsstoffe identifiziert. Unter anderem

hat Salbei eine vorbeugende Wirkung gegen Demenz und Alzheimer. In ihrem Buch „Mutter aller Heilpflanzen“ gibt Simonsohn zahlreiche Tipps zum Einsatz sowohl bei Kosmetik und in der Küche. *MRK*



Barbara Simonsohn: „Salbei. Mutter aller Heilpflanzen“, Mankau Verlag, München 2023, broschiert, 158 Seiten, 12 Euro

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Machtkampf in der
virtuellen Welt

Erik D. Schulz entwirft in seinem Roman „Weltmacht ohne Menschen“ eine Gesellschaft, die von einer Superintelligenz beherrscht wird

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Thema „Künstliche Intelligenz“ (KI) ist in aller Munde. Das inspirierte den Berliner Arzt und Schriftsteller Erik D. Schulz dazu, einen Science-Fiction-Roman mit dem Titel „Weltmacht ohne Menschen“ vorzulegen. Dieser handelt im Jahr 2075 und trägt weitgehend dystopische Züge. Zwar geht es den Menschen materiell gut, wie Schulz an Beispielen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen, hervorragender medizinischer Versorgung und der Allgegenwart von hilfreichen Robotern zeigt. Allerdings ist der Preis dafür eine nahezu lückenlose Überwachung durch umfassende digitale Vernetzung. Hinter dem scheinbar so fürsorglichen Staat, in dem die politische Partei der sogenannten Kampagne die Fäden zieht, steht die von einem Technologiekonzern geschaffene Superintelligenz Daguo, welche die vollständige Kontrolle über Medien, Politik, Militär, Wissenschaft, Industrie und somit in letzter Instanz die Weltherrschaft anstrebt.

Dann geschieht etwas, womit niemand gerechnet hat: Durch einen Sonnensturm kommt es zum Blackout und Zusammenbruch des Internets. In dem folgenden tödlichen Chaos versuchen einige kritische Wissenschaftler mit Hilfe des Arztes Philip Rogge Daguo die Stirn zu bieten, indem sie eine zweite künstliche Superintelligenz namens Omniscient „von der Leine lassen“, welche im Gegensatz zu ihrem Widerpart über moralisch-ethische Grundsätze verfügt.

Fast die gesamte Handlung des Buches dreht sich darum, wie Rogge und die Entwickler vom Omniscient versuchen, der alternativen KI zum Siegeszug zu verhelfen, bevor Daguo dies verhindern kann. Das ist nur mäßig spannend erzählt. Darüber hinaus dürfte auch die Ausdrucksweise des Autors nicht jedermanns Geschmack treffen, denn sie wirkt oft kitschig und steril. Dafür stehen Formulierungen wie „Voller wiedererwachter Erregung sanken wir zurück auf unser Liebeslager aus Stroh und probierten ein letztes Mal von dem Nektar der Liebe.“

Am Ende bleibt außerdem offen, welche Superintelligenz den Sieg davonträgt: Daguo oder Omniscient? Wer wissen will, wie es weitergeht, muss den Nachfolgebund „Eskospace 2101. Weltmacht ohne Menschen II“ lesen, der aber bislang noch nicht erschienen ist. Den Ankündigungen von Schulz zufolge wird die Gruppe um Rogge letztendlich gezwungen sein, mit Hilfe von Omniscient vor Daguo aus dem Sonnensystem zu fliehen und ihr Heil in den Weiten des Weltraums zu suchen, wo sie auf eine noch höher entwickelte Intelligenz trifft.



Erik D. Schulz: „Weltmacht ohne Menschen“, Delfy International Publishing, Berlin 2022, Taschenbuch, 317 Seiten, 14 Euro

BIOGRAPHIE

Psychogramm des
Politikers Brandt

Gunter Hofmann zeichnet den Weg des ersten SPD-Bundeskanzlers von den Anfängen im Exil bis an die Spitze der Bundesregierung nach

VON DIRK KLOSE

Noch ein Buch über Willy Brandt? Gibt es denn nicht schon genug, wird sich mancher fragen. Es liegt wohl an großen Persönlichkeiten selbst, die zu immer neuer Darstellung reizen. Hier ist es Gunter Hofmann, der viele Jahre in Bonn als Parlamentskorrespondent der „Zeit“ gearbeitet und Brandt (1913–1992) aus nächster Nähe kennengelernt hat.

Hofmann wählte als Untertitel „Sozialist – Kanzler – Patriot“. Unter diesen Schlagworten betrachtet er das Leben des früheren Bundeskanzlers (1969–1974). Noch unter den Namen Herbert Frahm war Brandt in Lübeck politisch in der linken Splitterpartei SAP groß geworden, für die er ab 1933 im norwegischen Exil Kurierdienste absolvierte und sich zudem als Journalist in Norwegen über Wasser hielt. Nach dem deutschen Einmarsch 1940 floh er nach Schweden. Unter dem Einfluss der dortigen Sozialdemokratie wandelte er sich nach eigenem Bekunden zum demokratischen Sozialisten.

Seine Stationen ab 1946 in Deutschland waren Berlin, dort ab 1957 Regierender Bürgermeister, 1966 Außenminister in der ersten Großen Koalition in Bonn, 1969 dann erster SPD-Bundeskanzler. 1974 trat er nach der Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume zurück. Seine „neue Ostpolitik“, der im Buch das am spannendsten zu lesende Kapitel gilt, erreichte ihre Höhepunkte mit den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag. Nach der

Kanzlerzeit drängte er als Vorsitzender der von der UNO eingesetzten Nord-Süd-Kommission auf internationale Zusammenarbeit bei der die Menschheit bedrohenden Katastrophen wie Hunger, Kriege und Klima. 1989 kam zu seiner Genugtuung in Deutschland zusammen, „was zusammen gehört“. Zwei gesonderte Kapitel gelten zum einen Herbert Wehner, zu dem Brandt in unversöhnlichem Gegensatz stand, zum anderen seinem treuen „Es-Pe-De-Trommler“ Günter Grass.

Am Ende dieses so materialreichen Buches reibt man sich gleichwohl die Augen: Der Autor hat in erster Linie ein Psychogramm des Politikers Brandt geliefert, eines Mannes, der sich zeitlebens als Geheizter und Außenseiter gefühlt habe. Aber zu seiner Politik selbst erfährt der Leser nur wenig: Ausführlich wird der Moskauer Vertrag erwähnt, weniger der von Warschau, gar nicht der von Prag. Die Europapolitik fehlt ebenso wie Brandts Amerika- und Israelreisen. Akzeptiert man diese Einschränkungen, hat man ein überaus lesenswertes Buch vor sich über einen Politiker, dessen Devise war: „Wir brauchen eine Synthese von praktischem Denken und idealistischem Streben.“



Gunter Hofmann: „Willy Brandt. Sozialist – Kanzler – Patriot“, C.H. Beck Verlag, München 2023, gebunden, 518 Seiten, 35 Euro

KÖNIGSBERGER TIERGARTEN

Ein Ort der Erholung und Bildung

Der Zoo der Pregelmetropole blickt auf eine bewegte Geschichte zurück – Heute einer der drei ältesten in der Russischen Föderation

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auf Initiative des aufstrebenden Bürgertums entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vielerorts in Deutschland öffentliche Tierparks, die der Erholung und Bildung dienen sollten. So auch im Osten, wo bereits im Juli 1865 der Breslauer Zoo seine Pforten öffnete. Wenige Jahre darauf verfolgte man in Königsberg ähnliche Pläne, deren Verwirklichung jedoch zunächst scheiterte, weil die finanziellen Mittel fehlten.

Das änderte sich erst 1895. Damals fand auf dem Hufenpark am Rande der Stadt die Nordostdeutsche Gewerbeausstellung statt. Das brachte deren Leiter, den Zahntechniker und Apotheker Hermann Claaß, auf die Idee, einen früheren Vorschlag des Königsberger Oberbürgermeisters Karl Selke aufzugreifen und hier einen Tiergarten einzurichten, wobei nun die Holzbauten der Gewerbeausstellung den Grundstock bilden sollten. Also etablierte er gemeinsam mit dem Direktor des Zoologischen Instituts der Albertus-Universität, dem Professor Max Braun, einen Verein zur Förderung des Vorhabens, der seine Tätigkeit zum 28. August 1895 aufnahm. Wegen des großen Interesses innerhalb der Königsberger Bürgerschaft und fließender Spenden vermochte es der Verein tatsächlich, einige der Gebäude der Gewerbeausstellung aufzukaufen. Diese wurden dann umgebaut beziehungsweise mit Außenanlagen versehen, sodass der Königsberger Tiergarten schon am 21. Mai 1896 unter allgemeinem Jubel seine Pforten öffnen konnte.

Zu diesem Zeitpunkt verfügte der bald von dem rührigen Claaß geleitete Zoo über 893 Tiere, die 262 Arten angehörten und zumeist mit Hilfe der Tierhandlung Hagenbeck in Hamburg beschafft worden waren. Dazu gehörten nicht zuletzt ein Elefant, ein Leopard, ein Puma sowie mehrere Löwen und Tiger.

Besondere Attraktionen

Da der Königsberger Tiergarten keine Zuschüsse vom preußischen Staat erhielt, mussten die Mittel für den Ausbau und den Unterhalt durch Eintrittsgelder und zusätzliche Angebote auf dem Gelände des Zoos erwirtschaftet werden. So konnten die Besucher auch Ausstellungen und Konzerte genießen oder ihr Geld in einem Restaurant, einem Weinlokal, einer Konditorei, einem Milchkurhaus und zwei Bier-Pavillons lassen. Darüber hinaus gab es zehn Tennisplätze für das betuchte Publikum. 1898 wartete dann gar noch eine ganz besondere Attraktion: Da hatten die Leute die Möglichkeit, mittels eines Heißluftballons bis auf 300 Meter Höhe aufzusteigen. Das kostete drei Mark, also das Sechsfache des Preises der Tageskarte für Erwachsene.

Aufgrund der eingenommenen Gelder wuchs der Tierbestand rapide. Der diesbezügliche Rekordwert wurde im Jahre 1910 erreicht und lag bei genau 2161 Stück. Vom damals sehr guten Ruf des Königsberger Zoos kündete unter anderem das Buch des prominenten britischen Großwildjägers Charles Victor Alexander Peel „Zoological Gardens of Europe“, welches der Einrichtung in Königsberg viel Lob zollte, wengleich mit einer Einschränkung: „Je weiter man in Europa nach Nordosten kommt, desto misstrauischer wird man von den Tierpflegern beäugt.“ So hätten diese Peel im Königsberger Tiergarten öfter als nötig beim Fotografieren behindert.

Zusätzlich zur Erweiterung des Tierbestandes kam es auf Initiative des Denkmalamtes der Provinz Ostpreußen 1912



Pracht und Schönheit in Königsberg: Die Promenade des Tiergartens

Foto: Archiv LO

zur Eröffnung eines Heimatmuseums auf dem Zoogelände mit Windmühle, Backofen, Dorfkirche und zahlreichen Bauernhäusern in sämtlichen für die Region typischen Bauformen. Dieses erste deutsche Freilichtmuseum überhaupt musste 1938 allerdings aus Platzgründen auf den Heckenberg nördlich von Hohenstein im Kreis Osterode verlegt werden. Dort existiert es noch heute unter dem Namen „Museum für volkstümliche Baukunst“.

Der Erste Weltkrieg führte zu einer scharfen Zäsur für den Königsberger Zoo: Zum einen wurden viele Beschäftigte zum Militär eingezogen, woraus die Schließung der Anlage für Besucher resultierte, zum anderen wurde eine drastische Reduzierung des Tierbestandes wegen Futtermangels nötig. Also setzte man kleinere einheimische Arten in Freiheit und erschoss etliche Großtiere.

Zäsur durch Ersten Weltkrieg

Nach Kriegsende 1918 erfolgte sofort die Neueröffnung, was insofern eine Besonderheit war, als andere deutsche Zoos teilweise noch lange geschlossen bleiben mussten – der von Breslau beispielsweise bis 1927. Allerdings brachten die angeblich so „goldenen“ Zwanziger mit ihrer Hyperinflation und der später einsetzenden Weltwirtschaftskrise auch für den Königsberger Tiergarten harte Jahre. Dennoch erholte sich der Bestand langsam: 1920 konnten die Besucher wieder rund 380 Tiere bestaunen und 1924 dann um die 700 Exemplare von etwa 200 Arten. Diese Aufwärtsentwicklung resultierte zum Teil aus der ersten Deutschen Ostmesse 1920, die im Tiergarten abgehalten und von keinem Geringeren als dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert eröffnet worden war.

Als besonders bemerkenswert galten seinerzeit die Züchtungserfolge des Königsberger Zoos: 1923 hatten die hier gehaltenen Kondore Nachwuchs und in den frühen 1930er Jahren dann auch die Tiger, Leoparden, Zebras, Elche, Emus, Pinguine und Seelöwen. Das führte schließlich zu einer Raumnot und Umbauarbeiten, um diese zu beheben. In dieser Zeit entstand das neue Eingangsgebäude im Bauhaus-Stil.

Die Stadt Königsberg, welche 1938 Eigentümerin des Zoos wurde, wollte ihn noch mehr erweitern, musste ihre Pläne aber 1939 angesichts des Ausbruchs des

Zweiten Weltkrieges aufgeben. Andererseits blieb der Tiergarten zunächst vom Krieg verschont, da Königsberg erst ab August 1944 schweren Bombenangriffen der Alliierten ausgesetzt war. Zuvor führte der damalige Oberveterinär der Wehrmacht, Verhaltensforscher und Regierungsrat im Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Bernhard Grzimek, hier noch Forschungen an Elefanten durch.

Grzimek forschte bis 1944

Im Januar 1945 wurde Königsberg dann angesichts des Heranrückens der Roten Armee zur Festung erklärt. Das hatte unter anderem die Erschießung von Großtieren wie Bären, Raubkatzen und Elefanten zur Folge, weil man befürchtete, sie könnten bei den kommenden Kämpfen ausbrechen und die Bevölkerung gefährden.

Nachdem die Rote Armee Königsberg am 9. April 1945 erobert hatte, lag der Zoo an vielen Stellen ebenso in Trümmern wie die Stadt. Und es lebten gerade noch vier Tiere: ein Damhirsch, ein Europäischer Dachs, ein Esel und ein Flusspferd namens Hans, das 1930 aus dem Tiergarten in Wien-Schönbrunn nach Königsberg gebracht worden war. Dieses befand sich zum Ende der Kämpfe in einem äußerst kritischen Zustand. Das resultierte einerseits aus dem Fehlen von Futter und Wasser über fast zwei Wochen. Andererseits lag der Paarhufer mit sieben Granatsplittern im Körper hilflos in einem Gra-

ben. Dort wäre er sicher verendet, wenn der tiermedizinisch erfahrene sowjetische Militärarzt Wladimir Polonskij nicht den Auftrag erhalten hätte, Hans zu behandeln und zu pflegen, was dem Flusspferd mit dem deutschen Namen das Leben rettete.

Dadurch konnte es zum Wappentier des Tiergartens avancieren, als dieser am 27. Mai 1947 als „Kaliningrader Zoopark“ wieder für Besucher öffnete. Nun freilich nicht mehr unter der Leitung des vormaligen Direktors Hans-Georg Thienemann, dem Sohn des berühmten deutschen Ornithologen und Begründers der Vogelwarte Rossitten, Johannes Thienemann. Denn der war mit zahlreichen seiner Mitarbeiter nach Westen geflüchtet und fungierte seit 1946 als Direktor des Zoos in Duisburg.

Zum Zeitpunkt der Neueröffnung zeigte der nunmehrige „Kaliningrader Tiergarten“ 50 Tiere, wobei der Bestand in den folgenden Jahren sukzessive anwuchs, weil nach und nach immer mehr Exemplare aus anderen Zoos der UdSSR eintrafen. Darüber hinaus brachten Seeleute der sowjetischen Fischereiflotte viele exotische Tiere mit und schenkten sie dem Tiergarten.

Aufgrund des Umstandes, dass die historischen Gebäude, Volieren, Käfige und Tiergehege noch aus der Zeit vom Ende des 19. beziehungsweise Anfang des 20. Jahrhunderts stammten, musste der Zoo dringend modernisiert werden. Hierbei erwies sich besonders das seit

1973 praktizierte System der Patenschaften als nützlich: Mit Hilfe zahlreicher Organisationen und Betriebe der Stadt entstanden mehr als 130 neue Anlagen und Gebäude oder erfuhren eine Instandsetzung. Dazu kam die Sanierung von Wegen, Brücken, Kanälen sowie Strom- und Wasserleitungen.

Von 1947 bis heute

Heute erstreckt sich der Königsberger Zoo über mehr als 16 Hektar, und sein Tierbestand liegt bei rund 2360 Exemplaren, welche etwa 320 Arten angehören. Er ist Mitglied in der Euroasiatischen regionalen Assoziation von Tiergärten und Aquarien und wirkt an Projekten zur Erhaltung und Zucht bedrohter Tierarten mit. In diesem Zusammenhang gelang es unter anderem, bei den Schneeleoparden, Flachlandtapiren und Gänsegeiern Nachwuchs zu bekommen. Desgleichen fungiert der Zoo auch als Arboretum, das heißt als Sammlung verschiedenartiger exotischer Bäume und Sträucher. Ebenso bietet er eine Vielzahl von steinernen oder bronzenen Tierskulpturen.

An Baulichkeiten aus der Vorkriegszeit sind unter anderem noch die Bären- und Löwen-Freianlagen, die Adlervoliere und das Seetierhaus mit seinem Außenbecken erhalten. Dazu kommt das 1911 gebaute und von dem Königsberger Architekten Otto Walter Kuckuck entworfene Gesellschaftshaus im Neobarock, welches jetzt als Direktionsgebäude mit Konferenzsaal und Bibliothek dient.

Aufgrund der relativen Vernachlässigung des Königsberger Zoos nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestand wieder ein erheblicher Sanierungsbedarf, zumal etliche der historischen Gehege und Bauten nun auch nicht mehr den Erfordernissen einer zeitgemäßen Tierhaltung entsprechen. Deshalb wurde sogar schon über einen Abriss nachgedacht.

Dieser war für die derzeitige Leiterin des Zoos, die Biologin Swetlana Sokolowa, jedoch keine Option: Der Tiergarten in Königsberg sei eine der drei ältesten derartigen Einrichtungen in der Russischen Föderation und müsse unbedingt erhalten bleiben – einerseits, um einen modernen europäischen Zoologischen Garten zu schaffen, andererseits aber auch, um das hier noch sichtbare deutsche Erbe zu pflegen.

Sichtbares deutsches Erbe pflegen

Um den Erhalt des deutschen Kulturerbes hat Sokolowa sich schon zuvor verdient gemacht. Seit Anfang der 1990er Jahre wirkte sie als Direktorin des Museums Friedländer Tor und knüpfte Kontakte zu deutschen Museen und Archiven. Den Lesern der PAZ ist sie nicht unbekannt. Als Teilnehmerin der von der Landsmannschaft Ostpreußen veranstalteten Deutsch-Russischen Foren trat sie immer wieder in Erscheinung.

Unter der Ägide der engagierten Direktorin wurden seit ihrem Amtsantritt im Königsberger Tiergarten im Jahr 2010 bereits viele Modernisierungen durchgeführt. Neben der Reparatur der vorhandenen Infrastruktur wurden unter anderem ein Affenhaus und ein Haus für tropische Vögel errichtet. Wie zuvor schon als Museums- knüpfte sie auch als Zooleiterin zahlreiche Kontakte zu europäischen Partnern, bereiste die namhaften Einrichtungen – unter anderem auch Hagenbecks Tierpark in Hamburg –, um die dort gesammelten Erfahrungen mit nach Königsberg zu nehmen.

Inzwischen wurde im Königsberger Tiergarten auch wieder ein Museum eingerichtet.

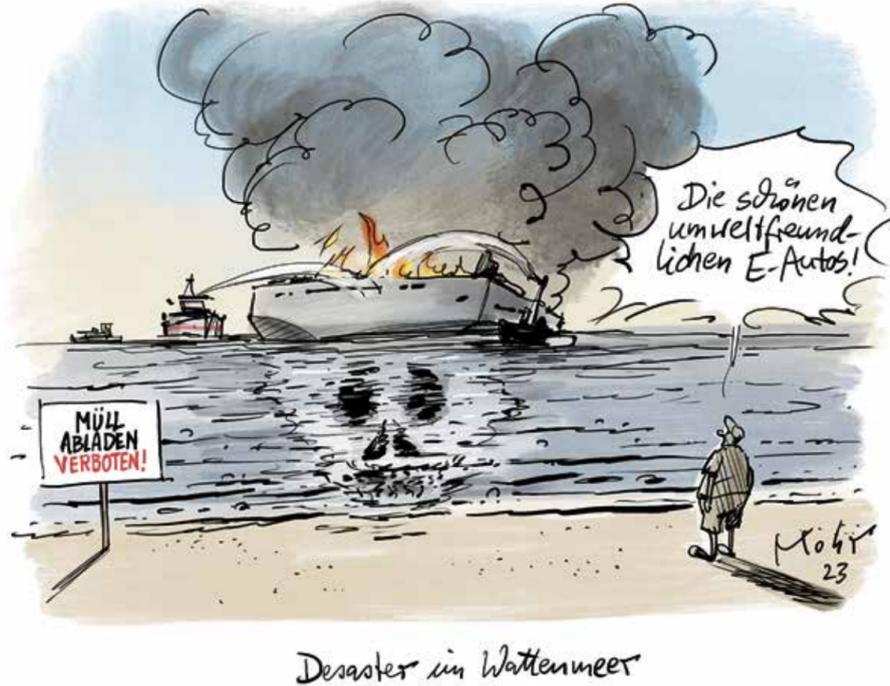


Vortrag während des 9. Deutsch-Russischen Forums in Insterburg 2018: Swetlana Sokolowa stellt ihr Konzept für das Museum im Zoo vor

Foto: MRK

● AUFGESCHNAPPT

Niemandem werde etwas weggenommen wegen des Massenzuzugs von Asylsuchern – so lautet das Versprechen der Politiker, die Deutschlands Grenzen seit Jahren für die ungezügelt Zuwanderung offenhalten. Aber vielleicht reicht es ja, den Einheimischen nur etwas vorzuenthalten, um sie den Neuankömmlingen gegenüber zu benachteiligen? Im Bezirk Spandau baut die Stadt Berlin 128 Wohnungen für 570 Personen. Allerdings sollen sämtliche Wohnungen ausschließlich an Asylsucher gehen und keine einzige an Einheimische. Das stößt auf Unmut, dem der Bausenator des schwarz-roten Senats, Christian Gaebler, mit dem Versprechen entgegentritt, in die (dann nicht mehr neuwertigen) Wohnungen sollten später einmal auch Einheimische einziehen dürfen. Wann das möglich werden soll, wollte der SPD-Politiker nicht sagen. Vermutlich erst, wenn die ersten „Flüchtlinge“ auf dem heiß umkämpften Berliner Wohnungsmarkt etwas Besseres gefunden haben, was in den kommenden Jahren kaum wahrscheinlich ist. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gunnar Schupelius wirft der Ampel vor, die Deutschen bei der geplanten Kindergrundsicherung hinter das Licht zu führen und schreibt in der „B.Z.“ (24. Juli):

„Die Kindergrundsicherung ist eine gut gemeinte Idee. Man sollte aber ehrlich bleiben und klar sagen, dass sie vor allem armen Einwandererfamilien zugutekommen wird, von denen es immer mehr gibt. Die Zahl unerlaubter Einreisen stieg im ersten Halbjahr 2023 um über 50 Prozent. Es handelt sich um versteckte Kosten der unkontrollierten Migration, die mit der Kindergrundsicherung aufgefangen werden. Das wird seitens der Regierung verschwiegen.“

Top-Manager Eckhard Cordes (Bilfinger, zuvor Daimler, Haniel, Metro) wirft in der „Bild“-Zeitung (28. Juli) der Ampel-Regierung vor, Deutschlands Wirtschaft zu ruinieren:

„Deutschland verhält sich hier wie ein Falschfahrer, der glaubt, alle anderen fahren in die falsche Richtung. Wir schalten Atomkraftwerke ab, während der Rest der Welt weiter darauf setzt und selbst Japan die Kernkraftwerke wieder anwirft. Wir verzichten auf das Fracking von Erdgas, importieren aber massenhaft Flüssiggas aus den USA, das dort mit Fracking gefördert wird.“

Dietrich Murswiek, emeritierter Professor für Öffentliches Recht, wirft im Gespräch mit dem „Overton Magazin“ (31. Juli) einen kritischen Blick darauf, wie der Verfassungsschutz den Extremismusbegriff immer mehr ausweitet:

„Wenn der Verfassungsschutz Kritik an der Regierung, auch wenn es sich um drastische und polemische Kritik handelt, mit Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates gleichsetzt und öffentlich als extremistisch brandmarkt, handelt er selbst undemokratisch und verfassungswidrig.“

Und Mario Thurnes wirft bei „Tichys Einblick“ (31. Juli) noch einen Blick auf Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang und die Wirkung von dessen Bemühungen:

„Für Haldenwang gilt das Gleiche wie für den Großteil der deutschen Medien: Sie haben sich so derart deutlich als Gegner der AfD definiert, dass ihre Analysen nicht mehr als das Werk einer neutralen Instanz verstanden werden. Am Ende hat sich ein CDU-Karriereexperte, der die Umfragewerte der AfD senken will, negativ über die AfD geäußert. Das war eine Meldung.“

● WORT DER WOCHE

„Das Verbrennerverbot ist unnützlich. Es ruiniert unsere Automobilindustrie, senkt unseren Lebensstandard und subventioniert andere Länder, vor allem China.“

Hans-Werner Sinn, Wirtschaftsexperte, in der „Bild“-Zeitung vom 1. August

DER WOCHENRÜCKBLICK

Eine Schippe drauf

Wie wir eine lästige Debatte über E-Autos umfahren, und wie Habeck Schlimmes schlimmer macht

VON HANS HECKEL

Das ist nun wirklich die blödeste Art von Schiffsunglück, die uns passieren konnte. Schon ein explodierter Flüssiggastanker wäre übel gewesen für die Prediger der grünen Energiewende. Aber schlimmer noch, es mussten ausgerechnet E-Autos sein, welche die äußerst sensible und weltweit einmalige Wattenmeerküste an den Rand einer unsagbaren Öko-Katastrophe gesteuert haben.

Wie kriegt man das bloß unter den Teppich gekehrt? Das Problem mit der Selbstentzündung von Lithium-Ionen-Batterien ist eigentlich bekannt, hat bislang nur noch nicht zu einer derart riskanten Havarie geführt. Theoretisch könnten wir die Gefahr ja als unvermeidliches „Restrisiko“ verkaufen, das nun mal jeder neuen, hoffnungsvollen Technologie innewohnt. Ja, das könnte man, wenn man nicht jenen Hinweis auf das unvermeidliche „Restrisiko“ ausgerechnet der finsternen „Atomlobby“ jahrzehntelang als Gipfel des Zynismus um die Ohren gehauen hätte. Mit „Restrisiko“ kann man den Leuten nach allem kaum kommen.

Es hilft also nur die alte Schule des Ablenkens: So wird pausenlos über Abschleppvorgänge, Löschbemühungen oder die Frage diskutiert, in welchen Häfen der lodernde Autofrachter gezogen werden soll. Da fällt die Grundsatzfrage, welche Gefahren von den Lithium-Ionen-Akkus in den immer mehr werdenden E-Autos für Mensch und Umwelt ausgehen, fast von selbst unter den Tisch.

Gut so, schließlich wollen wir uns den Traum vom „grünen Wirtschaftswunder“, welches uns die Ampel bei Regierungsantritt versprochen hat, nicht von ein paar kokelnden Elektrokarren kaputtschmoren lassen. Wirtschaftswunder? Nun, wundern tun sich die Deutschen in der Tat jeden Tag ein bisschen mehr. Und zwar über die Geschwindigkeit, mit der ihre einst stolze Industrie zerbröckelt oder ins Ausland flüchtet.

„Deindustrialisierung“ galt bis vor Kurzem als rechtspopulistischer Kampfbegriff gegen die Segnungen der klimapolitischen „Transformation“. Dann platzte die rot-grüne Landesregierung von Niedersachsen aus der schönen Kulisse mit einem hässlichen Brandbrief an die politisch artverwandte Bundesregierung. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Wirtschaftsvertretern des Bundeslandes flehen die Niedersachsen um Hilfe aus Berlin,

um die augenscheinlich sehr reale Deindustrialisierung ihrer Heimat zu stoppen. Wer derart öffentlich auf eine Bundesregierung zustürmt, die aus Parteifreunden besteht, bei dem rappelt's im Karton – und zwar kräftig, es riecht nach Panik.

Gern verweist die Bundesregierung auf „globale Probleme“ als Ursache für unsere missliche Entwicklung, um nicht selbst verantwortlich gemacht zu werden. Aber die ganze Weltwirtschaft wächst, sogar Russland legt zu, während nur Deutschlands Ökonomie schrumpft oder höchstens stagniert. Ob Lockdownfolgen oder Lieferkettenbrüche, Zinswende und steigende Rohstoffpreise, Krieg oder Sanktionen – darunter leiden alle oder zumindest sehr viele Volkswirtschaften – aber die anderen wachsen trotzdem, nur Deutschland steigt ab.

Und? Bleibt die Bundesregierung da etwa untätig? Aber nein: Nur einen Tag, nachdem die trübe Meldung über Deutschlands Schlusslichtrolle durch war, trat das Habeck-Ministerium mit einem Plan hervor, der die deutsche Exportwirtschaft empfindlich treffen dürfte: Staatliche Kreditgarantien (sogenannte Hermes-Bürgschaften) soll es nur noch für Geschäfte geben, die strengen Klima-Auflagen genügen. Das heißt für die Unternehmen: mehr Kosten, mehr Bürokratie, weniger Geschäft im Ausland.

Aber die FDP kann das auch!

Die Botschaft des Ministers an die strauchelnde deutsche Wirtschaft ist eindeutig: Was, ihr meint, ihr hättet Schwierigkeiten? Wartet mal ab, bis ich erst richtig durchgeladen habe, dann kriegt ihr noch welche!

Straucheln tut auch die FDP. Zwar sind die Grünen in den Umfragewerten zurückgefallen. Nach Lage der Zahlen dürfen sie aber, wenn kommenden Sonntag Wahlen wären, trotzdem in etwa das gleiche Ergebnis erhoffen wie 2021. Für die Liberalen sieht es viel schlechter aus. Wohl deshalb will sich FDP-Verkehrsminister Volker Wissing nicht von Habeck in den Schatten stellen lassen und hat eine Reform des Gesetzes über die Maut auf Bundesfernstraßen vorgelegt.

Danach soll sich die Lkw-Maut schon zum 1. Dezember fast verdoppeln, indem ein Maut-Aufschlag in Höhe von 200 Euro pro Tonne CO₂ eingeführt wird. Ab 1. Juli 2024 will Wissing zudem die Freigrenze kräftig herabsetzen. Sind bislang nur Nutzfahrzeuge mit einem Gewicht ab 7,5 Tonnen mit den Zu-

satzkosten belegt, sollen sie fortan schon ab 3,5 Tonnen eingefordert werden.

Geht doch! So werden auch die Liberalen wieder sichtbar und schärfen ihr Profil als „Wirtschaftspartei“. Misswirtschaft ist schließlich auch Wirtschaft, irgendwie.

Besonders skeptische Zeitgenossen raunen seit Jahrzehnten, dass Deutschland in Wahrheit kein souveränes Land sei und von fremden Mächten niedergehalten werde. Die Ampel ist der Beweis, wie falsch sie liegen. Es bedarf keiner feindseligen Fremdmacht, um Deutschland die Luft abzudrehen. Das können unsere eigenen Regierenden viel besser, als es jede „Besatzungsmacht“ jemals geschafft hätte. Und die Regierenden lassen sich von ihrem eigenen „Erfolg“ sogar zusätzlich anspornen: Sobald sie gewahr werden, welchen Schaden sie angerichtet haben, legen sie sofort noch eine Schippe Zerstörungspotential obendrauf.

Oder werden wir hier ungerecht? Immerhin hat mittlerweile sogar Habeck gewarnt, Deutschland könne bald keine Industrie mehr haben, wenn nichts gegen die Deindustrialisierung unternommen werde.

Was will er dagegen tun? Genau das, was sozialistische Planwirtschaftler immer tun, wenn sie erkennen, dass ihr ehrgeiziger Plan an der schnöden Wirklichkeit zerschellt ist: Sie pumpen Subventionen hinterher, denn die Alternative würde ja lauten, dem Volk einzugestehen, dass man Mist gebaut hat. Das geht natürlich nicht, ergo müssen immer höhere Finanzmittel in den Unsinn gesteckt werden, damit das Scheitern nicht auffällt. Alle Leser, welche die DDR noch am eigenen Leibe erlebt haben, kennen das Muster aus dem Eff-Eff.

Habeck will Industriestrom subventionieren, nachdem seine eigene Politik den Marktpreis für Strom in Deutschland auf weltweit einmalig hohes Niveau katapultiert hat. Zahlen müssen das all diejenigen, die keine Subventionen erhalten, etwa die Privathaushalte und die „nicht energie-intensiven Betriebe“. Experten befürchten, dass der billigere Industriestrom bei den preislich privilegierten Abnehmern sogar zu höherem Verbrauch führen könnte, was den unsubventionierten Preis noch weiter steigen ließe. Na und? Dann wird der Kreis der Subventionierten eben immer weiter ausgedehnt. Bis irgendwann nichts mehr geht, weil die ausufernden Subventionen nicht mehr finanzierbar sind, wie weiland 1989.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de